

Zur Wirklichkeit der deutschen
Entwicklungspolitik und humanitären Hilfe

K O M P A S S 2 0 2 6



IM FOKUS:

Kurs finden zwischen globaler
Verantwortung und nationalen
Interessen

Impressum

KOMPASS 2026

Zur Wirklichkeit der deutschen
Entwicklungspolitik und
humanitären Hilfe

HERAUSGEGEBEN VON

Deutsche Welthungerhilfe e.V. &
Terre des Hommes Deutschland e.V.

BERATUNG

DATENANALYSE: CPC Analytics,
Christian Franz, Steven Kerr

INHALTLICHE DOSSIERS UND GRAFISCHE BERATUNG ZU KINDER- UND JUGENDTHEMEN:

Antonia Baskakov, Zoe Coutlakis,
Bah Traoré Legrand,
Dr. Sandrine Gukelberger,
Mouhamadou Moustapha Souare

REDAKTIONSTEAM

Silvia Richter, Frauke Böhner,
Dr. Rafaël Schneider, Asja Hanano,
Jonas Schubert, Dr. Olivier Moliner

AUTOR*INNEN

Anne-Catrin Hummel, Lisa Hücking,
Bettina Ide, Maja-Catrin Riecher,
Justyna Szambelan, Jonas Schubert,
Dr. Olivier Moliner

GESTALTUNG

publicgarden GmbH

DRUCK

Siebengebirgsdruck GmbH & Co. KG

REDAKTIONSSCHLUSS

03. Juni 2026

ISBN-NUMMER:

978-3-941553-42-2

Dieser Bericht ist online
verfügbar unter:

[WELTHUNGERHILFE.DE/KOMPASS-2026](https://www.welthungerhilfe.de/kompass-2026)
[TDH.DE/KOMPASS2026](https://www.tdh.de/kompass2026)

INHALT

VORWORT	04
---------	----

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE EMPFEHLUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG	06
---	----

Kurs finden zwischen globaler Verantwortung und nationalen Interessen	08
--	-----------

Entwicklungsfinanzierung neu definieren	34
--	-----------

ENDNOTEN	44
----------	----

ABKÜRZUNGEN	47
-------------	----

KONTAKT	48
---------	----

VORWORT

Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe stehen angesichts zahlreicher Krisen und globaler Umbrüche zunehmend unter Druck.

Mit großer Sorge blicken wir auf die Entwicklung im internationalen humanitären System: Mangelnde politische Unterstützung, drastisch sinkende Finanzierung und eine zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts erschweren den Zugang zu Menschen in Not und schwächen die Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit der humanitären Hilfe. Sie wird zunehmend politisiert und instrumentalisiert – etwa in Gaza und den übrigen palästinensischen Gebieten.

Von globalen Krisen sind junge Menschen besonders betroffen – und geben durch ihr Engagement zugleich Anlass zur Hoffnung: In Ländern wie Marokko, Madagaskar, Kenia, Senegal, Sri Lanka, Nepal oder Bangladesch setzen sich junge, zivilgesellschaftlich organisierte Bewegungen mit Nachdruck für Teilhabe, Würde, Transparenz und wirtschaftliche Perspektiven ein. Mit Protesten fordern sie ihre Rechte ein – vielfach mit Erfolg.

Auch in Deutschland führen die globalen Umbrüche zu veränderten politischen Prioritäten. Geopolitische Spannungen, wirtschaftliche Unsicherheiten und eine angespannte Haushaltslage verschärfen innenpolitische Verteilungskonflikte und polarisieren. Damit wächst auch der

politische Druck auf Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, ihre Legitimität unter Beweis zu stellen und sich stärker an Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen auszurichten. Vor dem Hintergrund all dieser Entwicklungen sind Reformen in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe dringend notwendig. Mit dem *Kompass 2026* beleuchten wir die bisherigen Schritte der Bundesregierung in diesem Prozess und ziehen – nach inzwischen mehr als einem Jahr Amtszeit – eine erste Bilanz. In ihrem Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung klar zur Überwindung von Hunger, Armut und Ungleichheit bekannt. Nun muss sie zeigen, ob es ihr gelingt, den selbst proklamierten politischen Kurs zu entwickeln, der globale Verantwortung und nationale Interessen gleichermaßen berücksichtigt.

Der vorgelegte Reformplan des BMZ und die jüngst veröffentlichte Jahresbilanz des Ministeriums machen deutlich, dass der Bundesregierung bislang eine überzeugende Strategie fehlt, wie die unterschiedlichen Elemente der Reformagenda in der Praxis systematisch ineinandergreifen und ihre Wirkungen sich gegenseitig verstärken können. Zielkonflikte zwischen wirtschaftlichen Interessen und entwicklungspolitischen Zielen – etwa dort, wo die Förderung von Investitionen, Exporten und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit mit menschenrechtlichen Standards kollidiert – müssen dabei transparent gemacht und aufgelöst werden.

Gleichzeitig muss sich die Bundesregierung am Kabinetttisch für eine ausreichende Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe einsetzen. Mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen fordern wir die Bundesregierung mit Nachdruck auf, von den geplanten Kürzungen in der Entwicklungsfinanzierung abzusehen und insbesondere die Kürzungen bei der humanitären Hilfe zurückzunehmen. Auch muss sich die Bundesregierung für die konsequente Einhaltung des Völkerrechts und den Schutz des humanitären Raums einsetzen. Angesichts zunehmender Zugangsbeschränkungen und der fortschreitenden Politisierung humanitärer Hilfe braucht es auch von deutscher Seite verstärkte humanitäre Diplomatie, um Einschränkungen in der humanitären Handlungsfähigkeit entschlossen entgegenzuwirken.

Die aktuellen globalen Entwicklungen machen deutlich, dass Entwicklungsfinanzierung neu gedacht werden muss. Neue Instrumente mit stärkerer systemischer Wirkung müssen konzipiert werden. Zudem gilt es, die Wirtschaftlich-

keit und Wirksamkeit entwicklungspolitischer Maßnahmen durch einen offeneren Wettbewerb bei der Vergabe zu stärken. Die anstehenden Reformprozesse bieten die Chance, eine gerechtere, inklusivere und wirksamere Entwicklungszusammenarbeit zu gestalten.

Glaubwürdig kann ein politischer Kurs nur dann sein, wenn Partnerschaften auf Augenhöhe mehr sind als Rhetorik. Die Nord-Süd-Kommission bietet die Chance, diesen Anspruch unter Beweis zu stellen. Zivilgesellschaftliche Akteure aus dem sogenannten globalen Süden und insbesondere junge Menschen müssen systematisch in die Formulierung, Umsetzung und Evaluierung entwicklungspolitischer Strategien einbezogen werden. Ihre Perspektiven und ihre Expertise sind entscheidend für die Legitimität, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit politischer Entscheidungen.

Wir laden Sie ein, den *Kompass 2026* als Orientierung für einen klaren politischen Kurs zu nutzen – damit globale Verantwortung auch künftig handlungsleitend bleibt.



MATHIAS MOGGE

Generalsekretär & Vorstandsvorsitzender
Deutsche Welthungerhilfe e. V.



JOSHUA HOFERT

Vorstand Kommunikation & Vorstandssprecher,
Terre des Hommes Deutschland e. V.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE EMPFEHLUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG



REFORMPROZESS systemischer und partner- schaftlicher gestalten

◆ Der Reformprozess in der deutschen Entwicklungspolitik sollte dazu führen, dass langfristige, systemtransformierende Ansätze in Strategien verankert werden, die gemeinsam mit Partnerländern und lokalen Akteuren entwickelt und umgesetzt werden. Diese Strategien sollten Ziele wie nachhaltige und resiliente Ernährungssysteme, den Schutz natürlicher Ressourcen, wirtschaftliche Entwicklung, funktionierende Governance-Strukturen und Teilhabe, Gesundheit, Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene (WASH), soziale Sicherung und den Schutz zivilgesellschaftlicher Räume zusammendenken.

◆ Der Reformplan des BMZ sollte durch ein verbindliches Wirkungsmodell ergänzt werden, das die vier übergeordneten Ziele miteinander verknüpft, ihre Wechselwirkungen transparent macht und durch messbare Indikatoren, konkrete Finanzierungsziele sowie verbindliche Mittelzusagen unterlegt wird. Für die Umsetzung braucht es ressortübergreifende Steuerungs- und Entscheidungsstrukturen, flexible, mehrjährige Budgets sowie eine

stärkere Berücksichtigung von lokalen Akteuren und von Konsortien.

◆ Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss nationale und regionale Entwicklungsstrategien stärken, insbesondere dort, wo diese zum Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele beitragen. Gleichzeitig muss die Bundesregierung die Entwicklung einer ambitionierten Post-2030-Agenda gezielt vorantreiben. Die Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit an politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands darf diesen Bestrebungen nicht entgegenwirken.



DEMOKRATISCHE TEILHABE auf allen Ebenen ermöglichen

◆ Das BMZ sollte die im Wirtschafts-Aktionsplan vorgesehene frühzeitige Beteiligung wirtschaftlicher Akteure um verbindliche Beteiligungsformate für zivilgesellschaftliche sowie kinder- und jugendpolitische Akteure ergänzen. Ihre Perspektiven sollten systematisch in Regierungsverhandlungen, Ländergespräche und Reformprozesse einfließen. Die geplante Nord-Süd-Kommission muss mit einem sichtbaren zivilgesellschaftlichen

und Kinder- und Jugend-Mandat ausgestattet sein.

◆ Angesichts politischer Umbrüche und autokratischer Tendenzen sollten Strategien zur Förderung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Kräfte gestärkt werden, unter anderem durch den Schutz digitaler Räume und den Schutz vor Desinformation. Bildung, Empowerment und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sollten wesentliche Bestandteile von Strategien zum Schutz der Menschenrechte sowie zur Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Handlungsräume durch Entwicklungszusammenarbeit sein.

◆ Der angekündigte Schwerpunkt des BMZ auf Kinder und Jugendliche muss ressortübergreifend und partnerschaftlich mit den Ländern des sogenannten globalen Südens umgesetzt werden.



KOOPERATIONEN MIT DER WIRTSCHAFT an klaren Regeln und inter- nationalen Vereinbarungen ausrichten

◆ Kooperationen mit der Wirtschaft in Deutschland und in den Partnerländern müssen

entwicklungspolitischen Kriterien, verbindlichen umwelt- und menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten und den Entwicklungsstrategien der Partnerländer unterliegen. Sie sollten nachweislich zur nachhaltigen Entwicklung vor Ort beitragen – durch faire, sichere und formale Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere für junge Menschen, sowie durch eine Erhöhung der lokalen Wertschöpfung.

◆ Entwicklungspolitische Kooperationen mit Unternehmen müssen transparent, rechenschaftspflichtig und an verbindliche Wirkungskriterien gebunden sein. Durch Leistungskriterien sollte beispielsweise nachgewiesen werden, dass Jugendarbeitslosigkeit reduziert wird.

◆ Das BMZ sollte die Investitionen in multilaterale Initiativen wie „Global Partnership for Education“ und „Education Cannot Wait“ nach 2026 auf hohem Niveau fortführen und mit seiner wirtschaftlichen Zusammenarbeit verknüpfen.



Mehr Verantwortung in der HUMANITÄREN HILFE übernehmen

◆ Die Bundesregierung sollte diplomatische Kanäle nutzen, um die humanitären Prinzipien zu schützen und die politische Instrumentalisierung der humanitären Hilfe zu vermeiden. Zudem muss sie sich konsequenter für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts einsetzen. Dazu zählt auch, Verstöße gegen das Völkerrecht in UN-Foren systematisch anzusprechen und den humanitären Zugang in Krisengebieten einzufordern.

◆ Deutschland sollte seinen Einfluss nutzen, um die Reformagenda für ein zukunftsfähiges humanitäres System aktiv mitzugestalten. Humanitäre Hilfe muss bedarfsorientiert, neutral und unabhängig sein und darf nicht sicherheits-, migrations- oder geopolitischen Interessen untergeordnet werden.

◆ Die Umstrukturierung im Auswärtigen Amt darf nicht dazu führen, dass die humanitäre Hilfe an Priorität verliert. Die neue Abteilung „Globale Ordnung“ muss die humanitäre Hilfe strukturell aufwerten. Zugleich sollte der Fokus wieder stärker auf vergessene Krisen gelegt werden.

◆ Die Bundesregierung muss humanitäre Hilfe bedarfsgerecht finanzieren und hierfür jährlich mindestens 2,8 Milliarden Euro bereitstellen. Das Auswärtige Amt sollte dabei zehn Prozent seines Budgets für vorausschauende humanitäre Hilfe vorsehen.

◆ Die Bundesregierung muss den HDP-Nexus stärken und darauf hinwirken, dass humanitäre, entwicklungs- und friedenspolitische Ansätze besser miteinander verzahnt werden. Dafür braucht es mehrjährige Finanzierung, eine ressortübergreifende Zielentwicklung und die konsequente Einbindung und Stärkung lokaler Akteure.



ENTWICKLUNGS-FINANZIERUNG bedarfs- und wirkungsorientiert gestalten

◆ Deutschland sollte an der Verpflichtung festhalten, 0,2 Prozent seines Bruttonationaleinkommens

für die ökonomisch schwächsten Länder (LDCs) aufzuwenden. Darüber hinaus muss Deutschland eine konstruktive Rolle dabei spielen, finanzielle Verpflichtungen im Nachfolgeabkommen der Agenda 2030 zu verankern.

◆ Für mehr Wirksamkeit und Kosteneffizienz in der Entwicklungszusammenarbeit sollten zivilgesellschaftlichen Organisationen größere Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Hierfür werden trägeroffene Finanzierungsinstrumente benötigt, die eine Auswahl von Vorhaben unabhängig von der Art der Organisation, sondern auf Grundlage ihres Beitrags zur Zielerreichung und ihrer Wirtschaftlichkeit ermöglichen.

◆ Die Bundesregierung sollte Ernährungssicherheit und das Recht auf angemessene Nahrung als verbindliches und strategisches Ziel der deutschen Entwicklungspolitik festschreiben und finanziell untermauern. Die bilaterale Finanzierung für Ernährungssicherheit sollte auch außerhalb Afrikas, insbesondere in fragilen und von Krisen betroffenen Ländern, aufrechterhalten werden.

◆ Gerade bei knappen Haushaltsmitteln muss die Finanzierung transformativer Maßnahmen gesichert bleiben. Die „Sonderinitiative Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme“ (SI AGER) sollte in ihrer verstetigten Form weiterhin neben bilateralen und multilateralen Trägern auch von zivilgesellschaftlichen Trägern umgesetzt und mindestens mit Mitteln auf bisherigem Niveau ausgestattet werden.

Kompass 2026

KURS FINDEN ZWISCHEN GLOBALER VERANTWORTUNG UND NATIONALEN INTERESSEN

Die internationale Zusammenarbeit befindet sich in einer Phase tiefgreifender Veränderungen. In einer Zeit, die geprägt ist von globalen Machtverschiebungen und Autokratisierungstendenzen¹, erstarkender nationaler und rechtspopulistischer Positionen, zunehmender Fragilität und sich zuspitzenden Ernährungs- und Klimakrisen, stehen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und humanitäre Hilfe vor beispiellosen Herausforderungen. Dies gilt auch für das Engagement Deutschlands. Wenngleich hier große Teile der Öffentlichkeit die Entwicklungszusammenarbeit weiterhin grundsätzlich befürworten und ihren langfristigen Nutzen

sehen – insbesondere mit Blick auf die Überwindung von Hunger und Armut und Verbesserungen bei Bildung und Gesundheit –, wird sie in Teilen als wenig wirksam und intransparent wahrgenommen.² Hinzu kommt, dass viele Menschen die Ausgaben der Bundesregierung für die Entwicklungszusammenarbeit erheblich überschätzen.³

Ein schwaches globales Wirtschaftswachstum erhöht den Druck auf die Staatshaushalte, was Verteilungsdiskussionen verstärkt und die Finanzmittel für die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit schrumpfen lässt. Für die Geberländer rücken (wirtschaftliche) Eigeninteressen

und die Möglichkeit geostrategischer Einflussnahme als handlungsleitende Motive zunehmend in den Vordergrund. Wenn Entwicklungspolitik sich vor diesem Hintergrund zu viele Ziele gleichzeitig setzt, läuft sie Gefahr, sowohl global als auch im Bundeskabinett zu wenig Gehör zu finden – selbst bei zentralen Zielsetzungen wie Armutsbekämpfung oder „Zero Hunger“. Dabei hat die internationale Zusammenarbeit in der Vergangenheit nachweislich zur Verringerung von Armut beigetragen.⁴

Gleichzeitig lässt sich vor allem in den Ländern des sogenannten globalen Südens seit einigen Jahren eine große Unzufriedenheit mit den

JUGEND AUF DEN BARRIKADEN – DIE WICHTIGSTEN MOBILISIERUNGSTREIBER DER JUGENDPROTESTE WELTWEIT

Quelle: Gukelberger, Sandrine und Mouhamadou Moustapha, Souare (2026): Zur Relevanz von Jugendbewegungen für die internationale Zusammenarbeit Deutschlands (unveröffentlichtes Manuskript).



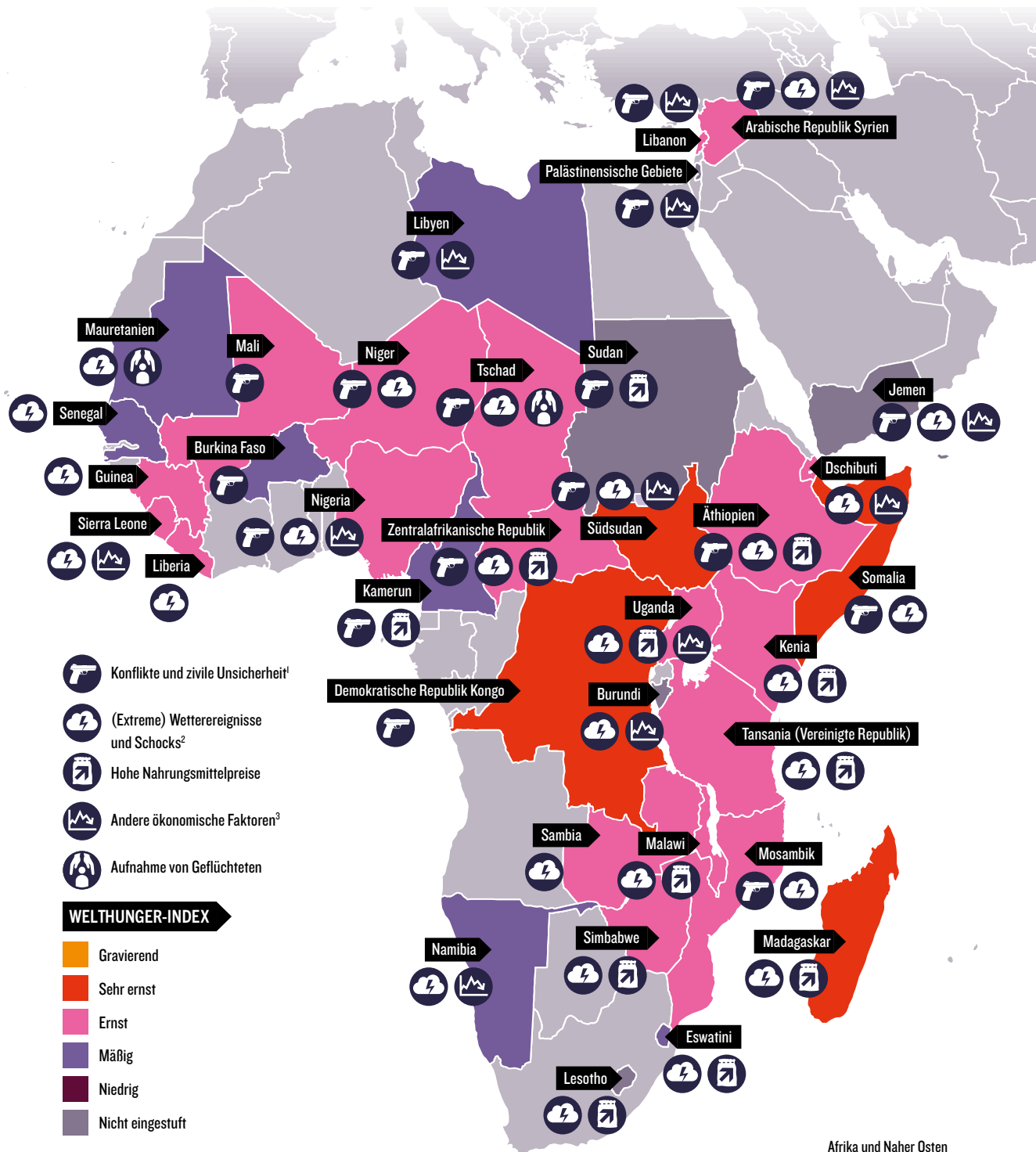
herrschenden politischen und wirtschaftlichen Systemen beobachten. Sie äußert sich zunehmend in Jugendprotestbewegungen. Länder wie Marokko, Kenia oder Bangladesch können hier als Beispiel dienen. Obwohl die Auslöser häufig spezifisch sind – etwa eine ungerechte Steuererhebung, steigende Lebenshaltungskosten oder eine als willkürlich empfundene Änderung der Verfassung –, sind die Forderungen sehr ähnlich: soziale und politische Teilhabe, wirtschaftliche Perspektiven, funktionierende Verwaltungen, öffentliche Sicherheit und Beseitigung der Korruption. Oft drücken die Proteste auch eine Kritik am wahrgenommenen Mangel nationaler Souveränität

und an als ungleich empfundenen internationalen Partnerschaften aus. Dabei ist der Schutz digitaler Rechte zu einem zentralen Faktor dieser Bewegungen geworden; denn die digitalen Räume erweitern zwar die Möglichkeiten der Vernetzung und Mobilisierung, sind zugleich aber Orte von Überwachung, Desinformation und Repression. Vor diesem Hintergrund sind Jugendproteste zunehmend nicht mehr allein als kurzfristige Reaktionen auf politische oder wirtschaftliche Krisen zu verstehen; sie können auch Ausdruck eines generationellen Bewusstseinswandels sein, in dem junge Menschen neue Vorstellungen von politischer Legitimität, gesellschaftlicher

Verantwortung und Zukunft entwickeln. Entwicklungen in Ländern wie der Ukraine, Nepal, Georgien oder Madagaskar verdeutlichen, dass solche Bewegungen bestehende Machtverhältnisse nachhaltig verschieben und politische Transformationsprozesse beschleunigen können. Jugendproteste erscheinen damit zunehmend als Frühindikatoren tiefergehender gesellschaftlicher Umbrüche und einer Neuverhandlung politischer Ordnung. Insbesondere in Ländern mit großen Jugendpopulationen und begrenzter institutioneller Responsivität können wiederkehrende Protestzyklen jedoch auch zu einem strukturellen Merkmal politischer Systeme werden.

EMPFÄNGERLÄNDER EXTERNER NAHRUNGSMITTELHILFE

Dargestellt sind 41 Länder, die externe Nahrungsmittelhilfe erhalten, sowie die zugrunde liegenden Ursachen und die jeweiligen Kategorien des Welthunger-Index. Quelle: FAO, Crop Prospects and Food Situation, Triannual Report, März 2026, Welthunger-Index 2025.



Afrika und Naher Osten

¹ Umfasst die Kategorien Gewalt, Konflikte, zivile Unsicherheit

² Umfasst die Kategorien Dürre, Erdbeben, Extreme Wetterereignisse, Überschwemmungen, widrige Wetterbedingungen

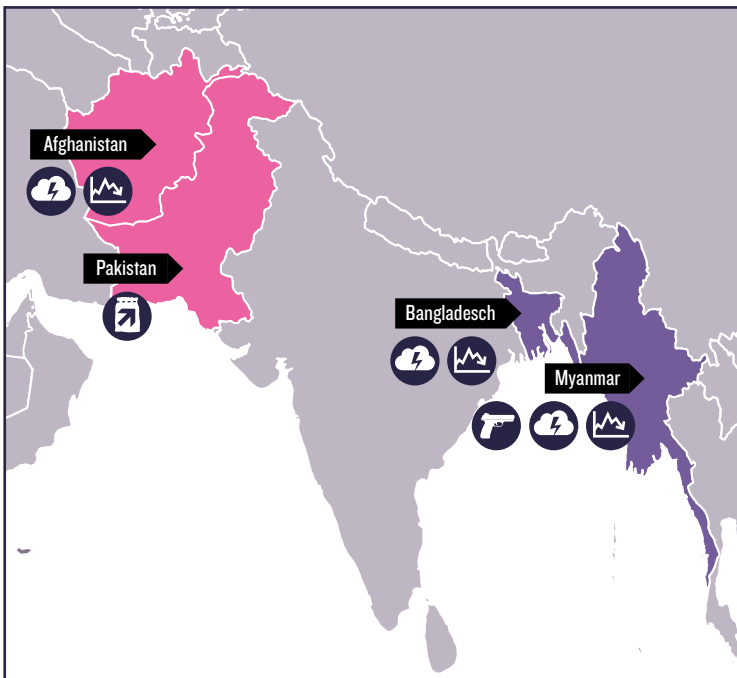
³ Umfasst die Kategorien Finanzierungskürzungen, geringes Einkommen, hohe Preise, makroökonomische Herausforderungen, ökonomische Einschränkungen, ökonomische Instabilität, ökonomische Krise, ökonomische Verschlechterung, ökonomischer Abschwung, ökonomische Herausforderungen, Wirtschaftskollaps, Wirtschaftskrise

Gleichzeitig beobachten wir, dass sich das humanitäre System in einer tiefgreifenden Krise befindet. Während der Bedarf an humanitärer Hilfe (vor allem durch neue oder fortwährende Kriege und Konflikte) rapide steigt, sinkt die politische Unterstützung, und Mittel werden drastisch gekürzt. Millionen Menschen bleiben so von überlebensnotwendiger Hilfe ausgeschlossen. Hinzu kommt, dass humanitäres Völkerrecht zunehmend missachtet und der Zugang für humanitäre Organi-

sationen massiv erschwert wird. Das Beispiel Gazas zeigt dies besonders deutlich. Die Handlungsfähigkeit, Verlässlichkeit und der universelle Anspruch humanitärer Hilfe werden dadurch immens geschwächt.

Die zunehmende Zahl lang anhaltender Kriege und geopolitischer Konflikte hat jedoch nicht nur Auswirkungen auf die humanitäre Hilfe, sondern verändert auch die Rahmenbedingungen für die Entwicklungszusammenarbeit grundlegend.

Fragile Kontexte, Vertreibung, eingeschränkte staatliche Handlungsfähigkeit und zunehmende sicherheitspolitische Spannungen erschweren langfristige Entwicklungsprozesse und erfordern eine engere Abstimmung zwischen Entwicklungs-, Friedens- und Sicherheitspolitik. Vor diesem Hintergrund ist es entscheidend, dass Deutschland sich auf multilateraler Ebene dafür einsetzt, den Zugang zu humanitärer Hilfe zu sichern, die Konfliktprävention zu stärken und kohärente internationale Antworten auf Krisen zu finden.



Asien



Europa



Lateinamerika und die Karibik

Die Folgen der als völkerrechtswidrig eingestuften Angriffe Russlands auf die Ukraine und der USA und Israels auf Iran verdeutlichen einmal mehr, wie eng geopolitische Konflikte und Ernährungssicherheit zusammenhängen – und wie anfällig und wenig resilient die globalen Ernährungssysteme sind.

Beispiel Iran: Die mehrere Monate anhaltenden kriegsbedingten Einschränkungen des Schiffsverkehrs in der Straße von Hormus – der Meerenge zwischen Persischem Golf und Oman – haben die Preise für Energie und Düngemittel deutlich steigen lassen. Steigende Energiepreise betreffen sämtliche Bereiche der Lebensmittelproduktion – von Anbau und Ernte über die Lagerung und Verarbeitung bis zum Transport. Werden Düngemittel teurer, geht ihr Einsatz zurück, was mittelfristig die Produktivität in der Landwirtschaft senkt. Insgesamt wächst die Wahrscheinlichkeit, dass Lebensmittel sich verteuern. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat Mitte April vor einer Kettenreaktion gewarnt, die mit den Folgen der Covid-19-Pandemie vergleichbar sei, sollte die Straße von Hormus nicht bald für den Transport wichtiger landwirtschaftlicher Betriebsmittel geöffnet werden.⁵

Die Wechselwirkungen zwischen hohen Energiepreisen und Lebensmittelpreisinflation, gepaart mit einer globalen Konjunkturabschwächung, können vor allem für einkommensschwache Bevölkerungsschichten schwerwiegende Folgen haben.⁶ Fatal sind sie insbesondere für Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. Steigende Energie- und Lebensmittelpreise erhöhen die Transport- und Beschaffungskosten für humanitäre Organisationen – in einer Zeit, in der die Budgets durch Mittelkürzungen ohnehin stark eingeschränkt sind. Störungen der Transportinfrastruktur haben zur Folge, dass Hilfsgüter verzögert zu den Menschen in Not gelangen, wodurch das Risiko steigt, dass sie verstärkt von akuter Ernährungs-

unsicherheit und Mangelernährung sowie von gesundheitlichen Einschränkungen betroffen sind.⁷

Beispiele wie diese zeigen deutlich, wie störanfällig das internationale humanitäre System ist – ein „weiter so“ kommt nicht in Frage. Umfassende Reformen sind nötig. Dabei geht es nicht nur um die Bewältigung akuter Finanzierungslücken, sondern um die generelle Frage, wie ein zukunftsfähiges humanitäres System unter veränderten geopolitischen und ökonomischen Bedingungen gestaltet sein kann und muss – und wie seine grundlegenden Prinzipien geschützt werden können.

Auf all die genannten Herausforderungen reagiert auch die Bundesre-

gierung mit Reformbestrebungen, was richtig und wichtig ist. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die gewählten Ansätze – wie die stärkere Betonung nationaler und geopolitischer Interessen – tatsächlich zu mehr Wirksamkeit, Legitimität und Gerechtigkeit in der internationalen Zusammenarbeit führen und auch geeignet sind, zu einer ambitionierten Post-Agenda 2030 beizutragen. Oder ob unter dem Schlagwort „Reform“ nicht vielmehr ein schleichen- der Rückschritt droht.

Fest steht: Die Reform- und Finanzierungsentscheidungen von heute werden den Handlungsspielraum deutscher Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe auf Jahre hinaus prägen.

REAKTION AUF GLOBALE KRISEN, ANPASSUNGEN AN INNENPOLITISCHE DEBATTEN – DOCH WOHN WILL DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK?

**DIE NEUE SCHWERPUNKTSETZUNG IM
BMZ-REFORMPLAN „ZUKUNFT ZUSAMMEN
GLOBAL GESTALTEN“ LÄSST BEFÜRCHTEN,
DASS ENTWICKLUNGSPOLITISCHE
WERTE GEGENÜBER DEUTSCHEN
WIRTSCHAFTS- UND
GEOPOLITIKINTERESSEN
ZURÜCKTRETEN.**

**EIN KLARES ENTWICKLUNGS-
POLITISCHES LEITBILD IST IM
REFORMPLAN NICHT ERSICHTLICH;
EIN KONKRETES FINANZIERUNGS-
ZIEL UND SPEZIFISCHE MITTEL-
ZUSAGEN WERDEN NICHT
GENANNT.**

**DIE ROLLE ZIVILGESELLSCHAFTLICHER
AKTEURE IN DER GESTALTUNG UND
UMSETZUNG DER REFORM IN
DEUTSCHLAND UND DEN PARTNER-
LÄNDERN IST UNKLAR; AUCH FÜR DEN
ANGEKÜNDIGTEN FOKUS AUF KINDER-
UND JUGENDRECHTE FEHLT EINE
STRATEGISCHE UND ZIELÜBERGREIFENDE
VERANKERUNG.**

Im Januar 2026 hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den Reformplan „Zukunft zusammen global gestalten“ vorgestellt.⁸ Er sieht vor, dass die deutsche Entwicklungspolitik „strategischer, fokussierter und partnerschaftlicher“ wird. Sie soll „interessengeleitet“ und zugleich „wertebasiert“ sein. Künftig sollen vier übergeord-

nete Ziele den Handlungsrahmen der deutschen Entwicklungspolitik bilden: 1) „Armut, Hunger und Ungleichheiten überwinden, Rechtsstaatlichkeit und zivilgesellschaftliche Räume stärken“; 2) „Frieden und Stabilität – nachhaltig Sicherheit fördern“; 3) „Wirtschaftliche Zusammenarbeit für nachhaltiges und gerechtes Wachstum ermöglichen“; 4) „Strategische Allianzen für glo-

bale Lösungen und das multilaterale System stärken“. Eine neue Organisationsstruktur innerhalb des Ministeriums trat Anfang Mai 2026 in Kraft.

Der Reformplan erkennt zentrale globale Herausforderungen an und bekennt sich ausdrücklich zu wesentlichen Bezugspunkten der Entwicklungspolitik wie der Agenda 2030, den Pariser Klimazielen, den

Menschenrechten und dem Multilateralismus. Das ist zu begrüßen. Auch der angekündigte Fokus der deutschen EZ auf fragile Staaten und das Ziel, die ökonomisch schwächsten Länder (*least developed countries*, LDCs) zu stärken,⁹ ist positiv zu bewerten. Vor diesem Hintergrund ist die geplante Konzentration des Engagements auf Afrika verständlich – schließlich befindet sich dort ein Großteil der Länder mit akuter Ernährungsunsicherheit und niedrigem Pro-Kopf-Einkommen, und in Teilen des Kontinents sind die strukturellen Herausforderungen, insbesondere durch eine hohe Anzahl Konflikte und klimabedingter Schocks, besonders groß. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Afrika zugleich von großer Innovationskraft und hoher gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Dynamik geprägt ist; so lagen im Jahr 2025 beispielsweise zwölf der 20 weltweit am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften auf dem afrikanischen Kontinent.¹⁰ Hier kommen vor allem langfristig wirkende strukturelle Faktoren wie Urbanisierung, eine junge Bevölkerung, Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und erneuerbare Energien sowie zunehmende regionale Integration zum Tragen.

Unklar bleibt im Reformpapier, welchen Stellenwert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit künftig Staaten und Bevölkerungsgruppen jenseits der strategisch priorisierten Regionen und Partnerkategorien beimisst – etwa LDCs außerhalb Afrikas, Staaten, die weder zu den LDCs noch zu den aufstrebenden Volkswirtschaften zählen, oder armen Bevölkerungsgruppen innerhalb aufstrebender Volkswirtschaften. Zudem findet sich im Papier kein verbindliches Finanzierungsziel – weder generell noch spezifisch für die LDCs. Das seit 1981 bestehende,¹¹ in der Agenda 2030

verankerte und zuletzt 2025 auf der Internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung bekräftigte Ziel, 0,2 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für diese Länder auszugeben, wird nicht erwähnt. Aktuell liegen die Ausgaben für LDCs deutlich unter dieser Zielmarke – und sind zudem weiter rückläufig (siehe Seite 38)

Wie steht es um die Ernährungssicherheit?

Positiv hervorzuheben ist, dass die Beseitigung von Hunger, Armut und Ungleichheit im Reformpapier als eines der übergeordneten Ziele ausdrücklich genannt ist und dass in diesem Rahmen die „Sonderinitiative Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme“ (SI AGER) zu einem dauerhaften Haushaltstitel weiterentwickelt und verstetigt werden soll. Allerdings deutet die künftige Herangehensweise auf ein zu enges Verständnis des Themas hin. So werden Einzelmaßnahmen hervorgehoben, die für die Zielgruppen und für die Wirkungskommunikation zwar wichtig sind – etwa Schulspeisungen mit ihrer positiven Wirkung auf Ernährung, Bildung und Entwicklung von Kindern (siehe hierzu auch Seite 41). Offen bleibt bislang jedoch, wie die im Reformplan genannten Ziele im Sinne einer systemischen Transformation von Agrar- und Ernährungssystemen konkret umgesetzt werden sollen. Zwar nennt das Papier verschiedene relevante Einzelaspekte (etwa Ernährungssicherung, Wasser, lokale Wertschöpfung oder multilaterale Kooperationen), ein kohärenter Ansatz zur langfristigen Transformation hin zu resilienten und nachhaltigen Ernährungssystemen bleibt jedoch bislang wenig konkretisiert. Auch ist kein Konzept ersichtlich, das es ermöglicht, basierend auf Evaluierungen von entsprechenden Programmen, in die das BMZ in der

Vergangenheit erfolgreich investiert hat, zu lernen. Entscheidend wird sein, den neuen Haushaltstitel (Nachfolge der SI AGER) finanziell ausreichend auszustatten und flexibel auszugestalten, sodass neben multilateralen Partnern auch zivilgesellschaftliche und lokale Akteure Zugang zur Finanzierung haben und damit wirksam eingebunden werden können. Erforderlich wären zudem langfristige und regional differenzierte Ansätze, die Resilienz, soziale Sicherung, den Schutz natürlicher Ressourcen sowie die Stärkung lokaler Wertschöpfung und politischer Teilhabe miteinander verbinden.

Entwicklungspolitische Kernziele in Gefahr?

Die angekündigte stärkere Verzahnung von Entwicklungs-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik („strategisch und interessengeleitet“) kann neue politische Handlungsspielräume eröffnen. Gleichzeitig birgt sie aber die Gefahr, dass entwicklungspolitische Kernziele („wertegeleitet“) gegenüber wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen an politischer Sichtbarkeit verlieren und sich – trotz eines expliziten Bekenntnisses hierzu im Reformplan – zunehmend deutschen Staats- und Wirtschaftsinteressen unterordnen müssen. Das gilt vor allem für die Überwindung von Armut und Hunger und die Beseitigung von Ungleichheit, in die zahlreiche Bereiche der Entwicklungspolitik hineinspielen. Beispiel Klimapolitik: Die Themen „Klima“ und „Umwelt“ werden nicht länger als strategische, zentrale Bausteine transformativer Entwicklungspolitik behandelt, sondern als „zu schützende globale öffentliche Güter“ beschrieben. Klare Ziele und Verantwortlichkeiten sind hier nicht definiert, was angesichts fehlender internationaler Durchsetzungsmechanismen den wirksamen Schutz dieser Güter gefährdet.

In Bezug auf die Klimazusammenarbeit signalisiert der Plan insgesamt eine Verschiebung hin zum Klimaschutz. Die Anpassung an den Klimawandel wird im Dokument kaum thematisiert – obwohl sie für die Ernährungssicherung und die gesellschaftliche Resilienz vor allem in Krisenregionen von entscheidender Bedeutung ist. So gibt der Index der multidimensionalen Armut an, dass fast 80 Prozent der armen Menschen weltweit von größeren Klimawandelrisiken betroffen sind.¹² Das Thema „Klimaschutz“ ist wiederum stark mit der Energiewende und damit der Sicherung von Rohstoffen verknüpft. Allerdings ist anzunehmen, dass beispielsweise in Afrika Klimaanpassung im Kontext von Ernährungssicherung auch weiterhin ein wichtiger Bestandteil der bilateralen Zusammenarbeit bleiben wird, was wichtig und richtig ist.

Strukturell wird die deutsche Klimafinanzierung wahrscheinlich stärker auf Kredite verlagert werden. Nur noch LDCs sollen Zuschüsse erhalten, während aufstrebenden Volkswirtschaften rückzahlbare Kredite angeboten werden. Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel wie der Schutz von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen vor unregelmäßigen Niederschlägen oder der Aufbau von Frühwarnsystemen auf Gemeindeebene erbringen allerdings selten die Art von rentablen Renditen, die privates Kapital anziehen oder eine zeitnahe Rückzahlung der Kredite ermöglichen. Aber genau diese Maßnahmen haben genuin entwicklungspolitische Zielsetzungen. Sie betrachten den Klimawandel als gesellschaftliche Herausforderung und gehen die damit verbundenen strukturellen Ungleichheiten an, statt beispielsweise auf schnell sichtbare „technische“ Wirkungen zu setzen.

Offen bleibt auch beim Klimathema, wie die Zusammenarbeit künf-

tig mit Staaten ausgestaltet werden soll, die weder zu den von den Vereinten Nationen (UN) klassifizierten 44 LDCs noch zu den aufstrebenden Volkswirtschaften zählen – wie beispielsweise Jordanien, Kenia oder Ghana. Eine Verschiebung hin zu einem höheren Kreditanteil in der Finanzierung würde die Schuldenlast dieser Länder erhöhen und Ungleichheit verschärfen.¹³

Unabhängig davon, ob die künftige deutsche Entwicklungspolitik primär werte- oder interessenbasiert ist oder eine Mischung aus beidem darstellt, muss sie sich an den entwicklungspolitischen Herausforderungen in den Partnerländern orientieren und auf partnerschaftlichen, kontextsensiblen und lokal getragenen Ansätzen beruhen, um dauerhaft wirksam zu sein.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung schreibt zu seinen Grundsätzen und Zielen: „Das BMZ versteht sich als Transformationsministerium, das weltweit den Umbau hin zu einer nachhaltigen, klima- und naturverträglichen Wirtschaftsweise voranbringt, wirtschaftliche Zusammenarbeit fördert und zugleich Frieden, Stabilität und nachhaltige Sicherheit stärkt. Dazu wird die bilaterale Zusammenarbeit mit den Partnerländern weltweit abgestimmt und ein starker, an den SDGs orientierter Multilateralismus gefördert. Im respektvollen Miteinander mit den Partnerländern sollen globale Strukturen so verändert werden, dass ein besseres Leben für alle Menschen möglich ist.“¹⁴ Insgesamt spiegelt der Reformplan des BMZ aber eine stark staatlich-strategische Perspektive wider, die in erster Linie auf deutsche innenpolitische Diskurse und geopolitische Veränderungen reagiert und deutsche Interessen formuliert.

Ressortübergreifende Strategien nicht ausreichend

Zudem stehen die im Reformpapier genannten vier übergeordneten Ziele der zukünftigen Entwicklungspolitik und die davon angesprochenen Akteure weitgehend unverbunden nebeneinander, ohne dass hinreichend deutlich wird, wie sie im Sinne einer Fokussierung und kohärenten Umsetzung zusammenwirken können. Dies gilt insbesondere für die vorgesehene engere Verzahnung von Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik, wie sie das BMZ auch bereits mit seinem im Oktober 2025 vorgelegten Aktionsplan „Starke Partnerschaften für eine erfolgreiche Wirtschaft weltweit“¹⁵ skizziert hat (siehe auch Seite 20). Die angekündigte interministerielle Arbeitsgruppe von BMZ und Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) markiert einen ersten institutionellen Schritt in diese Richtung; offen bleibt jedoch, wie eine vergleichbare Abstimmung mit dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) ausgestaltet werden soll. Zwar greift die Agrarexportstrategie des BMLEH einzelne entwicklungspolitische Bezüge wie das Recht auf Nahrung auf, zentrale Leitprinzipien des Wirtschafts-Aktionsplans des BMZ – etwa eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe – werden bislang jedoch nicht ausreichend thematisiert. Auch eine Kooperation zwischen BMZ und Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR), die das große Interesse der Partnerländer der deutschen EZ an einer Zusammenarbeit im Bereich Forschung & Entwicklung/Innovation widerspiegeln würde, ist nicht ersichtlich.

Gerade die engen Verflechtungen zwischen Entwicklungs-, Wirtschafts-, Ernährungs- und Sicherheitspolitik sowie die absehbaren

globalen Folgewirkungen der aktuellen Krisenlagen unterstreichen die Bedeutung einer ressortübergreifend abgestimmten Politikstrategie. Ob ein solcher Ansatz bereits in den Reformüberlegungen des BMZ angelegt ist oder künftig stärker in die Politikgestaltung der Bundesregierung einfließen wird, bleibt aus externer Perspektive bislang offen.

Auch im Kontext der aktuellen Eskalation rund um den US-israelischen Krieg gegen den Iran bleibt bislang offen, welche konkrete Rolle das BMZ innerhalb der ressortübergreifenden Abstimmung einnimmt und wie entwicklungspolitische und humanitäre Folgen strategisch mitgedacht werden. Aus entwicklungspolitischer Perspektive wäre insbesondere eine frühzeitige und sichtbare Zusammenarbeit zwischen BMZ, BMWE und Auswärtigem Amt (AA) wichtig, um mögliche Auswirkungen auf Ernährungssicherheit, fragile Staaten, globale Lieferketten und humanitäre Bedarfe gemeinsam zu analysieren und entsprechende politische Antworten zu koordinieren. Angesichts der potenziell weitreichenden globalen Auswirkungen der Eskalation ist eine stärkere öffentliche Kommunikation darüber, ob und wie das BMZ seine strategische Rolle im Rahmen einer kohärenten Krisenreaktion weiter ausbauen möchte, unverzichtbar.

Zivilgesellschaft nicht ausreichend beteiligt

Explizit wird im Reformplan die Förderung der Zivilgesellschaft als zentraler Partner erwähnt. Ihre Rolle wird allerdings nur unzureichend konkretisiert; ihr Handlungsrahmen scheint sich auf die Umsetzung der Ziele zu konzentrieren. Gleichzeitig lässt die Konzentration der künftigen deutschen EZ auf multilaterale und internationale Initiativen befürchten, dass die Zivilgesellschaft

in der Umsetzung generell eine untergeordnete Rolle spielen wird. In Zeiten zunehmend eingeschränkter Handlungsspielräume ist aber eine konsistente Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure auf allen Ebenen erforderlich, auch und vor allem bei wichtigen Entscheidungsprozessen wie Regierungsverhandlungen. Zurzeit sieht das BMZ diese direkte Beteiligung aber vor allem für Akteure aus der Wirtschaft vor. Wie begrenzt die Beteiligungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft oft sind, macht auch die Hamburg Sustainability Conference (HSC) deutlich. Sie soll laut BMZ „als zentrale Austauschplattform von Entscheidungsträger*innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen zu globalen entwicklungspolitischen Herausforderungen genutzt“ werden.¹⁶ Allerdings ist die Teilnahme an der HSC nur auf Einladung möglich, und die Durchführung von Side Events ist mit hohen finanziellen Kosten verbunden. Dies erschwert vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen den Zugang zur Konferenz.

Auch mit Blick auf den Reformprozess selbst wären mehr Beteiligungsmöglichkeiten wünschenswert gewesen. Zwar gab es punktuelle Konsultationen und die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme, was wir begrüßen; es fehlte jedoch ein klar strukturierter, transparenter und kontinuierlicher Beteiligungsprozess, vor allem für Partner aus dem sogenannten globalen Süden. Reformen dieser Tragweite benötigen eine breite gesellschaftliche Verankerung; eine überwiegend ministeriumsinterne Debatte reicht dafür nicht aus. Ein frühzeitig angelegter und systematischer Konsultationsprozess hätte es ermöglicht, unterschiedliche Perspektiven und Argumente stärker einzubeziehen und zugleich die Legitimität und

Tragfähigkeit der Prioritätensetzungen zu stärken. Hier kann das BMZ von Afrika lernen – etwa vom Post-Malabo-Prozess zur Entwicklung des neuen Aktionsplans des Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CAADP-Kampala-Agenda) der Afrikanischen Union. Zwar gab es auch dort ernstzunehmende Kritik, insbesondere hinsichtlich der dominanten Rolle technischer Expert*innen internationaler Organisationen und der unzureichenden Berücksichtigung einzelner zivilgesellschaftlicher Anliegen. Dennoch war der Prozess grundsätzlich partizipativ angelegt und darauf ausgerichtet, Beteiligung möglichst inklusiv, strukturiert und kontinuierlich zu gestalten.¹⁷

Kinder- und Jugendliche als Schlüsselakteure des Wandels stärken

Zu Beginn ihrer Amtszeit hat Bundesministerin Reem Alabali Radovan angekündigt, in der staatlichen Entwicklungspolitik einen Fokus auf Kinder- und Jugendrechte zu legen. Der Reformplan ordnet diesen Schwerpunkt jedoch nur einem von vier übergeordneten Zielen der internationalen Zusammenarbeit zu: der Überwindung von Armut, Hunger und Ungleichheit. Ein konkretes Vorhaben ist der bereits im Dezember 2025 gestartete Sonderaufruf „Sichere Ernährung – stark fürs Leben“. Wir begrüßen den Kinder- und Jugendschwerpunkt. In vielen Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit stellen Kinder und Jugendliche die Mehrheit der Bevölkerung. Die Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen in diesen Ländern hängt daher entscheidend davon ab, ob es gelingt, diesen jungen Menschen ein schützendes Umfeld und gute Entwicklungsbedingungen zu bieten und ihnen durch gesellschaftliche Teilhabe Perspektiven zu eröffnen.

Kinder tragen die größte Last

Armut, Gewalt und zunehmend auch der Klimawandel und Unfreiheit rauben vielen Kindern und Jugendlichen das Nötigste, um gesund aufzuwachsen und positiv in die Zukunft zu blicken. Nach Berechnungen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) aus dem Jahr 2025 machen Kinder in 108 untersuchten Ländern nur ein Drittel der Bevölkerung aus. Sie stellen jedoch mehr als die Hälfte aller Menschen, die als mehrdimensional arm gelten. Das heißt, ihnen fehlen nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch der Zugang zu sauberem Wasser, Bildung, medizinischer Versorgung und guten Wohnverhältnissen. Viele dieser Kinder sind unterernährt. Insgesamt leben 586 Millionen Kinder und damit rund 27,8 Prozent aller Kinder in mehrdimensionaler Armut; der Anteil ist mehr als doppelt so hoch wie bei Erwachsenen (13,5 Prozent). Am stärksten betroffen sind die jüngsten Kinder im Alter von 0 bis 9 Jahren: Sie machen erschreckende 33,1 Prozent aller Menschen in multidimensionaler Armut aus.¹⁸

Kinder und Jugendliche sind Schlüsselakteure des Umwelt- und Klimaschutzes, der Friedenssicherung, der Digitalisierung, des demokratischen Wandels und der Wirtschaft. Viele der in diesem Kapitel kritisch aufgeworfenen Fragen – wie die Ver- teilung der EZ, die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Partner, die Verzahnung von Entwicklungs-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik und die hierarchische Steuerungslogik – lassen sich am Beispiel dieser wichtigen Zielgruppe der Entwicklungszusammenarbeit konkretisieren. Die eingangs hervorgehobenen Protestbewegungen und auch weniger sichtbare Formen des lokalen, häufig weiblichen Engagements zeigen, dass junge Menschen sich sozial und politisch einbringen und ihre Lebensumstände verbessern wollen. Die deutsche Entwicklungspolitik sollte ihre Bestrebungen und ihre Kreativität als Gestaltungsressource

verstehen und unterstützen – und so Spannungsquellen in Chancen für demokratische Erneuerung und inklusive Entwicklung verwandeln. Neben der Förderung wirtschaftlicher Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit gehört dazu auch die Stärkung integrativer Regierungssysteme, die jungen Bürger*innen Handlungsspielräume eröffnen und ihnen ermöglichen, sich sinnvoll an öffentlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Geschützte Räume für junge Menschen – analog und digital

Digitale Technologien haben die Art der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe junger Menschen im sogenannten globalen Süden grundlegend verändert. Sie spielen heute eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung junger Bürger*innen, der Verbreitung von Informationen, der

Dokumentation und der Konstruktion von Narrativen politischer Auseinandersetzungen. Gleichzeitig bergen sie auch die Gefahr politischer Einflussnahme durch Desinformation.¹⁹ Eine gezielte und durchdachte Förderung und Sicherung von digitalen Fähigkeiten und digitalen Räumen für junge Menschen, inklusive des Umgangs mit künstlicher Intelligenz, stärkt deren Resilienz und Unabhängigkeit in schwierigen Kontexten. Eine verbesserte Konnektivität – auch in ländlichen Gebieten – kann demokratische Strukturen festigen sowie informelle und dezentrale Netzwerke stärken, die bislang nur schwer organisierbar waren. Sie ersetzt jedoch nicht die Notwendigkeit analoger Unterstützungsstrukturen wie etwa Jugendzentren.

Damit entwicklungspolitische Maßnahmen für junge Menschen nicht als „von oben auferlegt“ und instrumentalisierend wahrgenommen werden, müssen sie partizipativ, lokal verankert, alters- und kontextsensibel und partnerschaftlich konfiguriert sein. All dies geht nur mit einem kohärenten Politikansatz, der den Schutz, die Förderung und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Sinne des „Qualitätsmerkmals der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ – Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und Inklusion²⁰ – über Themen- und Regionalschwerpunkte, Partnerschaftsmodelle und Umsetzungsstrukturen hinweg systematisch in die Reformen des BMZ integriert. Institutionell soll der Kinder- und Jugendschwerpunkt künftig dem Menschenrechtsreferat zugeordnet werden. Diese Entscheidung ist inhaltlich stimmig. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob angesichts der bisherigen Verortung des Referats im Haus und der Personalausstattung die notwendige Steuerungswirkung entfaltet werden kann.

FAZIT: REFORM MIT OFFENEM ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN UND STRATEGISCHEN LEITBILD

Mit dem *Kompass 2025* hatten wir die Bundesregierung aufgefordert, die Reform der Entwicklungspolitik konsequent anzugehen, unter anderem durch eine partnerschaftliche Reform gemeinsam mit Ländern des sogenannten globalen Südens und eine stärkere Berücksichtigung der Rechte von Kindern und Jugendlichen – vor allem auch in Krisen- und Konfliktsituationen. Diese Forderung wird nur zum Teil erfüllt.

Denn auch, wenn zentrale Herausforderungen wie Hunger, Armut, Teilhabe und fragile Staatlichkeit im BMZ-Reformplan adressiert und die Bedeutung von Perspektiven für junge Menschen sowie gleichberechtigte Partnerschaften angesprochen werden, ist bisher kein Ansatz ersichtlich, der geeignet wäre, die Ziele ausreichend integrativ und transformativ wirkend umzusetzen.

Auch die Forderung des *Kompass 2025*, das entwicklungspolitische Engagement Deutschlands stärker auf Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung auszurichten und das Recht auf Nahrung zu stärken, wird nicht erfüllt. Dies zeigt sich unter anderem an der Neuorientierung der internationalen Zusammenarbeit im BMLEH: Hier stehen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Agrarprodukte und die Schaffung von Absatzmärkten für deutsche Unternehmen der Agrar- und Ernährungsbranche nun im Fokus. Das Recht auf Nahrung ist nicht mehr prioritär, unter anderem abzulesen an der Tatsache, dass das entsprechende Referat (Ref. 624) aufgelöst und die Stelle des „Botschafters für das Recht auf Nahrung“ nicht nachbesetzt wurde.

Für den bilateralen Treuhandfonds der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), über den in der Vergangenheit Projekte zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung im sogenannten globalen Süden finanziert wurden, wurden im Haushalt 2026 keine Mittel eingestellt. Mit welcher Strategie das BMLEH in Zukunft die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung unterstützen wird, ist bisher unklar. Der Fokus auf die alleinige Förderung deutscher Agrexporte könnte in dieser Hinsicht negative Auswirkungen haben, indem er lo-

kale Produzent*innen und Betriebe in Ländern des sogenannten globalen Südens vom Markt verdrängt. Es steht zu befürchten, dass die in der vergangenen Legislaturperiode erfolgte Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik an einem menschenrechtlichen Ansatz und an den Politikempfehlungen des Welternährungsausschusses der Vereinten Nationen (*Committee on World Food Security*, CFS) nun dem Primat deutscher Export- oder Investitionsinteressen untergeordnet wird. Zudem sind die potenziellen Auswirkungen einer verstärkten

Die Lebensrealitäten im Blick behalten

Gerade bei der Förderung jugendlichen Engagements durch die staatliche EZ zeigt sich häufig ein strukturelles Spannungsfeld: Beteiligung wird gefördert, zentrale Voraussetzungen für wirksames zivilgesellschaftliches Engagement – etwa Sicherheit, institutionelle Nachhaltigkeit und grundlegende Bedarfe – bleiben jedoch oft unzureichend berücksichtigt. Insbesondere in Krisenkontexten reicht eine Fokussierung auf Finanzierung und Dialogförderung nicht aus. Nachhaltige Friedensarbeit beispielsweise erfordert zugleich psychosoziale Unterstützung, Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven sowie physische Sicherheit. Fehlen diese Grundlagen, fehlt auch der Raum für wirksame Beteiligung. Dadurch besteht das Risiko, entwicklungspolitische Programme umzusetzen, ohne die Lebensrealitäten der Zielgruppen ausreichend einzubeziehen.

Zudem verlaufen Förderbeziehungen häufig über staatliche oder institutionelle Partner, sodass Perspektiven aus der Praxis nur begrenzt in politische Prozesse einfließen. Direktere und authentischere Austauschformate mit zivilgesellschaftlichen Jugendorganisationen könnten helfen, lokale Herausforderungen stärker in die Programmgestaltung einzubinden.

Nutzung biogener Kraftstoffe, wie sie im neuen Heizungsgesetz der Bundesregierung vorgesehen ist, mit Risiken für die Landnutzung und Agrarproduktion verbunden, denn es liegt nahe, dass die dafür erforderlichen Mengen an Biokraftstoffen zu erheblichen Teilen international beschafft werden müssten.

Mit der angedachten stärkeren Ausrichtung des BMZ auf Wiederaufbauaufgaben – ganz im Sinne des Leitbilds „Das BMZ ist das Wiederaufbau-Ministerium“²¹ – ist einerseits die wichtige Chance verbunden, entwicklungspolitische Expertise und menschenrechtliche Ansätze systematisch in den Wiederaufbau von Krisen- und Kriegsregionen einzubringen. Hierfür sind die geplanten gebündelten Investitionen in soziale Sicherung als stabilisierendes Element in den neuen Fokusregionen ein positives Beispiel. Andererseits steht auch fest, dass der Wiederaufbau etwa in Gaza oder der Ukraine eine finanzielle und politische Dimension erreicht, die nur im Rahmen einer leistungsfähigen internationalen Architektur gelingen kann, in der Deutschland seine Beiträge kohärent, strategisch abgestimmt und ressortübergreifend verankert.

Der UN-Fonds „Education Cannot Wait“, der Bildung in Krisenregionen ermöglichen soll, steht beispielhaft für diese multilaterale Architektur. Hier sollte Deutschland seinen Beitrag über 2026 hinaus auf hohem Niveau aufrechterhalten.

Laut Reformplan soll die deutsche Entwicklungspolitik auch zukünftig einem klaren Werte-Kompass folgen, wobei die Menschenrechte eine wichtige Leitplanke bilden. Ihr Schutz wird vor allem als Querschnittsaufgabe betrachtet. Dies entspricht zwar ihrer Relevanz für alle neuen Reformziele des BMZ,

kann aber auch dazu führen, dass ihre Einhaltung letztlich zu einer Verfahrens- und Prozessfrage wird und die politische Dimension an Bedeutung verliert. So bleibt weitestgehend unklar, welche konkreten menschenrechtlichen Schwerpunkte die deutsche EZ verfolgen will und welche Rolle diese Schwerpunkte im Rahmen der Umsetzung spielen sollen. Dabei ist die international eingebettete menschenrechtliche Werteordnung dringend auf Unterstützung angewiesen. Das BMZ könnte hier seine Stärken einbringen und etwa den geplanten Ausbau strategischer Allianzen mit Regionalorganisationen zur Förderung ihrer Menschenrechtsschutzsysteme nutzen.

Der Reformplan benennt darüber hinaus Demokratieförderung als Ziel der deutschen Entwicklungspolitik. Dies ist ein wichtiger und zu begrüßender Schwerpunkt, der durchaus im Kontrast zu innenpolitischen Entwicklungen steht. Gleichzeitig ist noch weitgehend unklar, mit welchen Hebeln das BMZ den Schutz der Demokratie in Partnerländern angesichts wachsender autokratischer Tendenzen wirksam unterstützen will, auch im Hinblick auf zivilgesellschaftliche Handlungsräume.

Insgesamt stärkt die BMZ-Reform zwar bestehende strategische Ansätze; sie stellt jedoch keine grundlegende Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik dar. Erforderlich wären mehr übergreifende Ansätze, die Ernährungssysteme, wirtschaftliche Entwicklung und lokale Wertschöpfung, Governance-Strukturen, Klima-, Teilhabe- und Gesundheitsfragen sowie den Schutz zivilgesellschaftlicher Räume zusammendenken und mit den nötigen institutionellen Anpassungen einhergehen: mehrjährige, flexible Budgets statt kleinteiliger

Projektfinanzierung; Lokalisierung als Grundlage und die Vergabe von Mitteln an Konsortien – zum Beispiel aus (lokaler) Zivilgesellschaft, Staat und multilateralem Partner – statt an einzelne Organisationen; Einbindung der lokalen Wirtschaft als wichtigem Motor der Entwicklung; gemeinsame Steuerungseinheiten für Querschnittsthemen statt Referatslogik. Für die Ausgestaltung könnte die angekündigte entwicklungspolitische Nord-Süd-Kommission wichtige Impulse geben. Sinnvoll kann diese Kommission allerdings nur sein, wenn sie nicht alte EZ-Denkweisen reproduziert (die allerdings auch im Namen der Kommission deutlich werden), sondern einen neuen, offenen und prozessorientierten Dialog über globale Ordnung ermöglicht. Nach bisherigem Stand erscheint die Kommission vor allem als staatlich initiiertes strategisches Dialogformat. Vonnöten ist aber eine echte Einbindung der Partnerländer bei Agenda-Setting und Ausführung. Insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure aus dem sogenannten globalen Süden müssen in der Kommission vertreten sein – und zwar durch Stimmen, die Entwicklungszusammenarbeit kritisch reflektieren. Dabei sollte vor allem auch die Perspektive junger Menschen angemessen berücksichtigt werden. Nur so kann Entwicklungspolitik zu globaler Strukturpolitik beitragen.

Eine Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik ist überfällig, und wir begrüßen den Reformwillen der Bundesregierung. Der vom BMZ veröffentlichte Reformplan bleibt aber in vielen Punkten vage, und es ist unklar, welches strategische und entwicklungspolitische Leitbild darin tatsächlich verfolgt wird. Hier sollte die Bundesregierung den bis 2027 angekündigten Zeitraum für die Umsetzung der Reform nutzen und nachbessern.

NICHTSTAATLICHE AKTEURE AUS PARTNERLÄNDERN MIT EINBEZIEHEN: AGRIBRIDGE ZEIGT, WIE ES GEHT



AgriBridge ist ein afrikanisch-deutsches Politik-Netzwerk für nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme. Es wird gemeinsam von der Welthungerhilfe und AKADEMIYA2063, einem führenden panafrikanischen Thinktank, koordiniert. Im September 2025 als „Netzwerk von Netzwerken“ gegründet, verknüpft AgriBridge afrikanische Forschungsorganisationen, den Privatsektor, (Klein-)Bauern und Bäuerinnen und die Zivilgesellschaft miteinander. Seine 14 Mitgliedsorganisationen²² zählen zu den führenden Organisationen im afrikanischen Agrar- und Ernährungssektor und agieren primär panafrikanisch. Durch eine stärkere Einbindung afrikanischer Perspektiven in die entwicklungspolitische Debatte in Deutschland sollen neue Impulse für politische Veränderungen gesetzt werden, die die Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme in Afrika nachhaltig voranbringen. Ziel ist es, Strategien und Investitionen stärker an der Realität vor Ort, an wissenschaftlicher Evidenz, an gemeinsamen Interessen und an Menschenrechten – insbesondere dem Recht auf Nahrung – auszurichten.

Das Netzwerk nimmt damit eine zentrale Lücke in der aktuellen Entwicklungspolitik im Agrar- und Ernährungssektor in den Blick: Zwar begrüßen wir den Austausch, den die Bundesregierung mit afrikanischen Partnern pflegt und ihren Anspruch, „Partnerschaften auf Augenhöhe“ zu führen. Dieses Bekenntnis bleibt jedoch rein rhetorisch, wenn nach wie vor überwiegend Geberländer und große internationale Akteure die politischen Strategien bestimmen. Werden Akteure aus Partnerländern systematisch und

wirkungsvoll in Entscheidungsprozesse eingebunden, stärkt dies die Wirksamkeit, Legitimität und Nachhaltigkeit entwicklungspolitischer Maßnahmen erheblich. Gerade vor dem Hintergrund von Autokratisierungstendenzen in einigen Ländern spielen nichtstaatliche Akteure eine entscheidende Rolle.



Mit Blick auf die aktuellen geopolitischen Entwicklungen muss für die Bundesregierung umso mehr gelten: Eine Politik „auf Augenhöhe“ darf keine bloße Rhetorik bleiben. Das BMZ sollte seine Konsultationspraxis grundlegend reformieren. Es sollte nichtstaatliche Akteure – darunter zivilgesellschaftliche Organisationen, (Klein-)Bauern und Bäuerinnen, den Privatsektor sowie Forschungseinrichtungen – systematisch in die Formulierung, Umsetzung und Evaluierung der Entwicklungspolitik einbinden und so ihre Expertise, Perspektiven und Bedürfnisse wirksam in politische Entscheidungen einfließen lassen.

Um die deutsche Entwicklungspolitik in ihrer Zusammenarbeit mit Afrika zu beraten, entwickelt das AgriBridge-Netzwerk evidenzbasierte und praxisnahe Policy-Empfehlungen zu zentralen Themen wie Klima, Handel, Governance und Finanzierung an der Schnittstelle von Agrar- und Ernährungssystemen.

Policy Note #1

Handel als Katalysator für resiliente afrikanische Agrar- und Ernährungssysteme

Jüngste Krisen, insbesondere der Irankrieg und dessen Auswirkungen auf Energiepreise, Düngemittelversorgung, Lieferketten und Lebensmittelpreise, verdeutlichen, dass ein stärkerer (inner-)afrikanischer Agrarhandel entscheidend zur Resilienz von Ernährungssystemen beitragen kann. Mit Initiativen wie dem Wirtschafts-Aktionsplan des BMZ²³ und der Agrexportstrategie des BMLEH²⁴ setzt die Bundesregierung darauf, die Wettbewerbsfähigkeit und Markterschließung deutscher Unternehmen zu stärken. Das AgriBridge-Positionspapier zum Agrarhandel zeigt, wie eine vertiefte agrarhandelspolitische Zusammenarbeit zwischen Afrika und Deutschland zur Ernährungssicherung und zu nachhaltigem Wachstum beitragen kann.

Forderungen des AgriBridge-Netzwerkes an die Bundesregierung:

- 1. Partnerschaftsbasierte Investitionen ausbauen:** Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Afrika und Deutschland sollte gezielt durch nachhaltige, partnerschaftlich gestaltete Investitionen gestärkt werden, die lokale Wertschöpfung, Innovation und Technologietransfer fördern und verbindliche soziale sowie ökologische Standards einhalten.
- 2. Umsetzung der panafrikanischen Freihandelszone (African Continental Free Trade Area, AfCFTA) fördern:** Investitionen in handelsfördernde Infrastruktur und institutionelle Kapazitäten sind entscheidend, um den innerafrikanischen Handel zu stärken.

3. Inklusiven Agrarhandel gezielt unterstützen: Durch verbesserten Zugang zu Finanzierung, Qualifizierungsmaßnahmen und den Einsatz digitaler Lösungen sollten insbesondere Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Frauen, junge Menschen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stärker in regionale und internationale Wertschöpfungsketten integriert werden.

Policy Note #2 Finanzierung von resilienten Agrar- und Ernährungssystemen

Die Afrikanische Union hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Agrar- und Ernährungssysteme zu transformie-

ren und nachhaltiger zu gestalten. Hierfür bilden das Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CAADP) und die 2025 verabschiedete Kampala Declaration (2026–2035) den Rahmen. Nun kommt es darauf an, die politischen und finanziellen Steuerungsinstrumente und die Rechenschaftsmechanismen so zu gestalten, dass sie diese Ambitionen wirksam unterstützen. Das zweite Positionspapier des Agri-Bridge-Netzwerks analysiert daher, wie innovative Finanzinstrumente – von Blended Finance über Risikoabsicherung bis hin zu nachhaltigen Anleihen – gezielt eingesetzt

werden können, um öffentliche und private Mittel besser zu mobilisieren und miteinander zu verzahnen. Zudem wird beleuchtet, wie afrikanische Regierungen die unter CAADP festgelegten ehrgeizigen Verpflichtungen einhalten können und welche Maßnahmen sich dabei bereits bewährt haben. Dabei wird aufgezeigt, wie Entwicklungsfinanzierung zu diesem Ziel strategisch beitragen kann und wie dabei sichergestellt wird, dass Prioritäten, Investitionen und Entscheidungen gemeinsam und partnerschaftlich gestaltet und verantwortet werden. Das Positionspapier wird Ende August 2026 veröffentlicht.

ZUSAMMENARBEIT MIT DER WIRTSCHAFT: ALTE DEBATTE MIT NEUEN AKZENTEN

IN VIELEN LÄNDERN UND
SEKTOREN BLEIBEN PRIVATE
INVESTITIONEN BEGRENZT,
AUCH KOMMEN SIE NICHT
ALLEN BEVÖLKERUNGSGRUPPEN
ZUGUTE. HIER IST GEZIELTES
ÖFFENTLICHES ENGAGEMENT
WEITERHIN NOTWENDIG.

KOOPERATIONEN MIT DER
PRIVATWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND
UND IN DEN PARTNERLÄNDERN KÖNNEN
WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG
FÖRDERN; UM NACHHALTIG UND IM SINNE
DER PARTNERLÄNDER ZU WIRKEN, SIND
KLARE KRITERIEN, TRANSPARENZ UND DIE
EINBINDUNG ALLER RELEVANTEN AKTEURE
VONNÖTEN.

JUNGE MENSCHEN MÜSSEN
ALS WIRTSCHAFTLICHE
AKTEURE ERNST GENOMMEN
UND IHRE TEILHABE
ÜBER GANZHEITLICHE
ENTWICKLUNGSANSÄTZE
GARANTIERT WERDEN.

Mit seinem Reformplan „Zukunft zusammen global gestalten“ und dem Aktionsplan „Starke Partnerschaften für eine erfolgreiche Wirtschaft weltweit“ setzt das BMZ einen Schwerpunkt seines entwicklungspolitischen Engagements auf Wirtschaftskooperationen. Ziel ist es, mehr private Investitionen zu mobilisieren, deutsche – insbesondere mittelständische – Unternehmen

einzubinden und zugleich die Wertschöpfung vor Ort zu stärken. Diese Ausrichtung ist kein grundsätzlicher Kurswechsel, sondern eine Neukonturierung einer alten Debatte: Seit seiner Gründung bewegt sich das BMZ im Spannungsfeld zwischen entwicklungspolitischen Zielen und nationalen Interessen (Soft Power, Rohstoffsicherung, Exportförderung, geopolitische Stabilität), die je nach Schwerpunkt der Haus-

leitung und aktuellen politischen Entwicklungen unterschiedlich gewichtet und kommuniziert werden. Entwicklungspolitik ist und war stets Teil deutscher Außen- und Wirtschaftspolitik. Der Fokus des Reformplans macht diese Verzahnung nun expliziter und reagiert damit in Zeiten schwächelnder Konjunktur auf das politische Ziel der neuen Bundesregierung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen

Wirtschaft zu fördern. Die Schlüsselfrage ist, wie sich dieser Fokus in der Praxis mit anderen Zielsetzungen des Reformplans, wie der Bekämpfung von Ungleichheit und der Förderung nachhaltiger Sicherheit, wirksam verknüpfen lässt. Ebenso wichtig ist die Frage, wie es gelingen kann, die unterschiedlichen Akteure wirtschaftlicher Kooperationen einzubinden. Dazu gehören neben den Partnerregierungen die Privatwirtschaft, Gewerkschaften und nicht zuletzt die Zivilgesellschaft der Partnerländer, die trotz vielerorts schrumpfender Handlungsspielräume häufig wirksamer agieren kann als externe Akteure.

Potenziale, Zielkonflikte, Grenzen

Die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft kann einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung entwicklungspolitischer Ziele leisten. Sie kann Privatkapital mobilisieren, Investitionen finanziell tragfähiger und damit nachhaltiger machen, den Wissenstransfer fördern (etwa zu Standards) und damit die Ausbildung von Fachkräften und die wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern voranbringen.²⁹ Darüber hinaus kann das BMZ in Länder- und Regierungsverhandlungen zu besseren rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für die

Wirtschaft beitragen und zudem die Umsetzung von sozial gerechten und ökologisch tragfähigen Produktionsweisen stärken. Unternehmen sind zentrale Akteure für wirtschaftliche Entwicklung; die deutsche EZ kann gemeinsam mit ihnen erproben und aufzeigen, wie sich diese Entwicklung nachhaltig gestalten lässt.

Die stärkere Einbindung der Wirtschaft bringt aber auch Zielkonflikte mit sich, die frühzeitig adressiert werden müssen, um wirtschaftliche Interessen mit entwicklungspolitischen Anforderungen in Einklang zu bringen. Während Unternehmen auf schnelles Handeln, Planungssicherheit, Skalierbarkeit und Wirtschaftlichkeit angewiesen sind, muss die Entwicklungszusammenarbeit dem Grundsatz, niemanden zurückzulassen (*leave no one behind*), verpflichtet bleiben. Das bedeutet: Beteiligung ermöglichen, soziale Standards absichern und faire Bezahlung durchsetzen – was Zeit und Geld kostet und Kompromisse erfordert. Zudem verfügen die Durchführungsorganisationen der EZ nicht über dieselbe spezifische unternehmerische Expertise wie der Privatsektor. Der zusätzliche Koordinations- und Ressourcenaufwand muss bei der Konzeptionierung der Projekte berücksichtigt werden.

Neben diesen Faktoren führen auch wirtschaftliche und strukturelle Risiken dazu, dass private Investitionen überwiegend in Länder mit mittlerem Einkommen (*middle income countries*, MICs)³⁰ fließen. In Ländern mit niedrigem Einkommen wie den LDCs wirken mangelnde Infrastruktur, fehlende qualifizierte Arbeitskräfte, wenig ausgebaute Märkte und politische Instabilität hinderlich. Eine funktionierende Verwaltung und die nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen sind oft nicht ausreichend vorhanden. Damit fehlt die nötige staatliche Kapazität,

Wirtschaftspartnerschaften – Tradition in der deutschen EZ

Bereits in den 1990er-Jahren wurden Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft als öffentlich-private Partnerschaften konzipiert, um Unternehmen in die EZ einzubinden. Privatwirtschaftliche Erfahrungen und komparative Vorteile sollten genutzt werden, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Partnerländer voranzutreiben. Beispiele für solche Partnerschaften sind das 1999 gegründete Programm „developPPP“ oder das 2019 ins Leben gerufene Programm „AfricaConnect“ (heute „ImpactConnect“). Diese Programme können durchaus mit punktuellen Erfolgen aufwarten, erreichen jedoch über die Projektebene hinaus selten breitenwirksame, strukturelle Transformationen, die sich auf Einkommen, Beschäftigung und stabile wirtschaftliche Entwicklung auswirken.²⁵

Seit 2024 bündelt das BMZ die Instrumente zur Förderung der Wirtschaft unter der Dachmarke „Partners in Transformation – Business & Development Network“.²⁶ Damit ermöglichen Instrumente wie zinsgünstige Darlehen oder Handelsgarantien Investitionen in Märkten, die für private Kapitalgeber allein zu risikobehaftet wären. Im Jahr 2024 wurden laut BMZ 490 Kooperationsprojekte im Rahmen von Wirtschaftspartnerschaften durchgeführt, wodurch private Mittel in Höhe von rund 449 Millionen Euro mobilisiert wurden.²⁷ Über die Höhe der eingesetzten öffentlichen Gelder zur Hebelung dieser privaten Finanzmittel wird allerdings nicht regelmäßig berichtet.²⁸

um Kooperationen mit der Wirtschaft entwicklungsfördernd zu gestalten. Gerade in diesen Ländern ist ein gezieltes Engagement der Entwicklungszusammenarbeit aber erforderlich, um förderliche Rahmenbedingungen für den Privatsektor zu schaffen und es den Ländern so zu ermöglichen, ihr erhebliches Entwicklungspotenzial zu erschließen. Kooperationen zwischen Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren können die nötigen staatlichen Voraussetzungen zwar nicht ersetzen; sie können aber dazu beitragen, lokale Beteiligung zu stärken, soziale Standards abzusichern und Investitionen stärker an entwicklungspolitischen Zielen auszurichten.

Nicht minder relevant ist, dass Ministerien den Wechseln der Hausleitung und dem Rhythmus der Legislaturperioden unterworfen sind. So war das BMZ Motor und Mitgestalter des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG); heute nimmt es jedoch nur noch begrenzt Einfluss, wenn auf höchster politischer Ebene eine andere Ausrichtung – etwa eine Abschwächung des EU-Lieferkettengesetzes³¹ – verfolgt wird.

Partnerschaften auf Augenhöhe – Anspruch und Bedingungen

Viele Partnerländer wollen sich selbst von der klassischen Projektförderung lösen und fordern mehr wirtschaftliche Kooperationen, Investitionen und Handelsmöglichkeiten. Sofern eine solche wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht primär deutschen Exportinteressen dient (wie es das BMZ einst für *develoPPP* anvisierte)³², kann der Fokus des entwicklungspolitischen Engagements auf Wirtschaftskooperationen ein Hebel für Entwicklung sein – gerade auch für ländliche Räume – und messbar zur Armutsbekämpfung, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zu lokaler Wertschöpfung und zur

Stärkung der Ernährungssicherheit im Einklang mit der Agenda 2030 beitragen. Allerdings sind die Beziehungen zwischen dem sogenannten globalen Norden und dem globalen Süden weiterhin von Machtasymmetrien geprägt. Auch können ausländische Direktinvestitionen Abhängigkeiten verstärken, politischen Einfluss ausüben und lokale Unternehmen verdrängen. Um solchen Verdrängungseffekten entgegenzuwirken, sollte die Entwicklungszusammenarbeit gezielt Kooperationen mit lokalen Unternehmen fördern und lokale Wirtschaftsakteure stärker als gleichwertige Partner in die Konzeption und Umsetzung wirtschaftlicher Vorhaben einbeziehen. Eine starke lokale Privatwirtschaft ist zentral für nachhaltige Beschäftigung, Wertschöpfung, Innovation und langfristige wirtschaftliche Eigenständigkeit.

Probleme wie unsichere Landrechte oder eine schwache Einhaltung der Gesetzgebung erhöhen die Risiken für die lokale Bevölkerung – und bremsen die Investitionsbereitschaft in- und ausländischer Investoren. Um diese Risiken sichtbar zu machen und vulnerablen Gruppen bei Wirtschaftskooperationen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit eine Stimme am Verhandlungstisch zu geben, ist es zwingend erforderlich, alle relevanten Akteure beziehungsweise ihre Interessenvertretungen – einschließlich der Zivilgesellschaft sowie des lokalen Privatsektors – in Länder- und Regierungsverhandlungen einzubeziehen.³³ Diese Multi-Akteurs-Konsultationen tragen wesentlich dazu bei, wirtschaftliche Risiken frühzeitig zu erkennen, lokale Akzeptanz zu stärken und die Nachhaltigkeit von Investitionen zu sichern. Auch muss sichergestellt sein, dass die Wirtschaftsprojekte mit nationalen und regionalen Entwicklungsagenden vereinbar sind. Nur so kann die viel

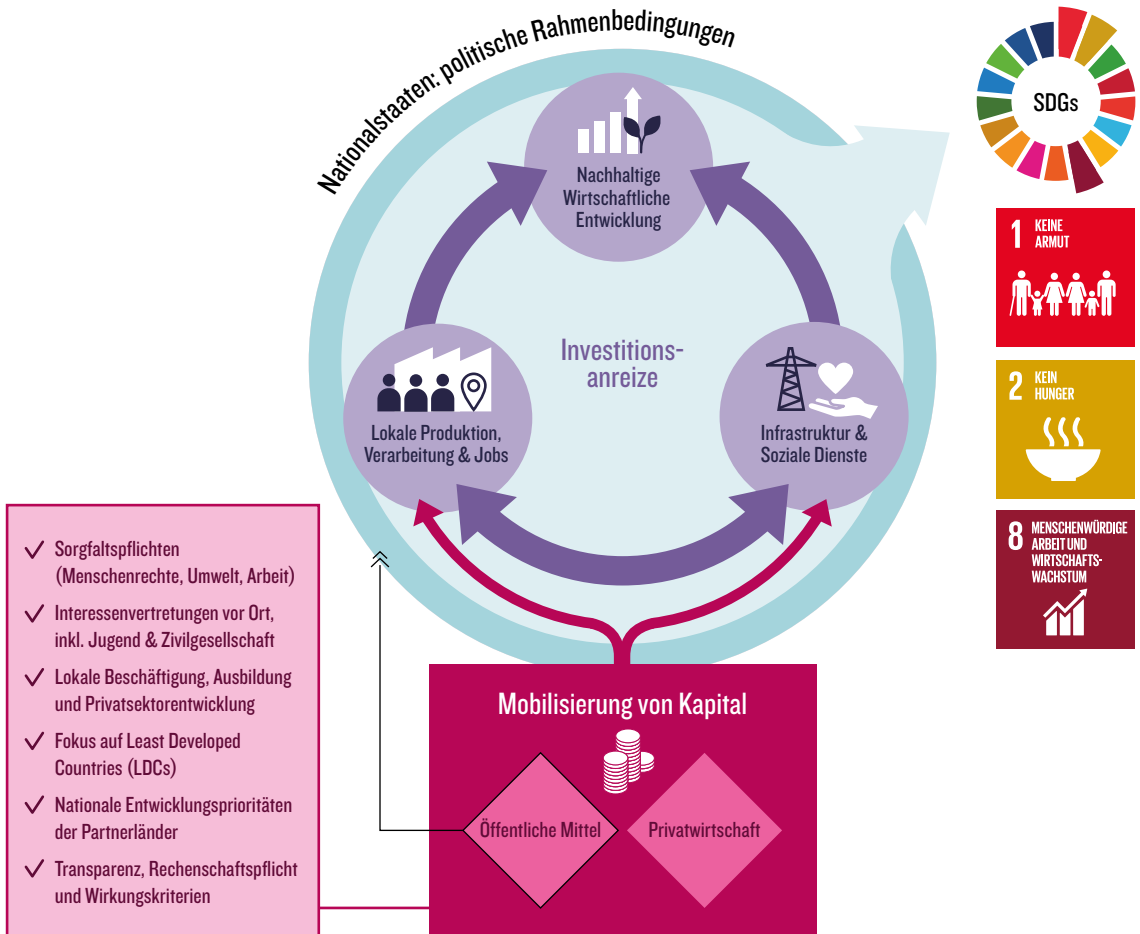
zitierte Partnerschaft auf Augenhöhe erreicht und gewährleistet werden, dass Risiken wie Abhängigkeiten oder Verdrängungseffekte frühzeitig erkannt und adressiert werden.

Fest steht: Auch der neue wirtschaftliche Schwerpunkt des BMZ kann keine Wunder vollbringen. Umfang und Reichweite entwicklungspolitisch finanzierter Wirtschaftskooperationen bleiben begrenzt, und für deutsche Unternehmen bestehen weiterhin erhebliche Investitionshürden in Afrika und in den LDCs. Auch muss realistisch eingeschätzt werden, in welchem Umfang privates Kapital für den Einsatz in fragilen oder konfliktbetroffenen Staaten generiert werden kann. Fest steht aber auch: Die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft kann zusätzliches Kapital mobilisieren und so sowohl förderliche Rahmenbedingungen schaffen als auch unmittelbar nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Produktionsweisen finanzieren. Damit ist sie eines von vielen Instrumenten in einem Werkzeugkasten, der zum Erreichen der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) beiträgt. Für nachhaltige und wirksame Kooperation braucht es allerdings klare Kriterien, Teilhabe und Transparenz. Darüber hinaus sollte sich das BMZ auf multilateraler Ebene dafür einsetzen, die internationalen Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel zu verbessern; und sie sollte sich wirksam in die Verhandlungen für ein UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten einbringen.

Um lokale Wertschöpfung und Privatsektorentwicklung in LDCs wirksamer zu fördern, bietet es sich an, die analytische Stärke der UN-Handels- und Entwicklungsorganisation (UNCTAD) konsequenter zu nutzen, insbesondere durch eine

ZUSAMMENWIRKEN VON ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT, PRIVATWIRTSCHAFT UND SDGs

Quelle: eigene Darstellung.



stärkere operative Zusammenarbeit mit dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) und der UN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO). Das BMZ sollte sich dafür einsetzen, dass UNCTAD-Empfehlungen systematisch in handels- und investitionspolitische Prozesse einfließen und diese gezielt durch bilaterale EZ-Mittel unterstützen, um den Wirtschaftsfokus des Reformplans sinnvoll zu gestalten.

Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass mit Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit gerade in den LDCs weiterhin zentrale soziale Basisleistungen wie

Ernährungssicherung, Zugang zu Wasser und Sanitärversorgung, Grundbildung, Basisgesundheitsversorgung und soziale Sicherung gewährleistet werden müssen. Auch wenn die Verantwortung hierfür grundsätzlich bei den Staaten selbst liegt – die ihrer Bevölkerung gegenüber rechenschaftspflichtig sind –, bleibt externe Unterstützung vielfach unverzichtbar. Dabei sollte die Finanzierung so ausgestaltet sein, dass sie staatliche Kapazitäten stärkt und unterstützt, um so die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese Leistungen langfristig eigenständig getragen werden können.

Perspektiven für junge Menschen schaffen

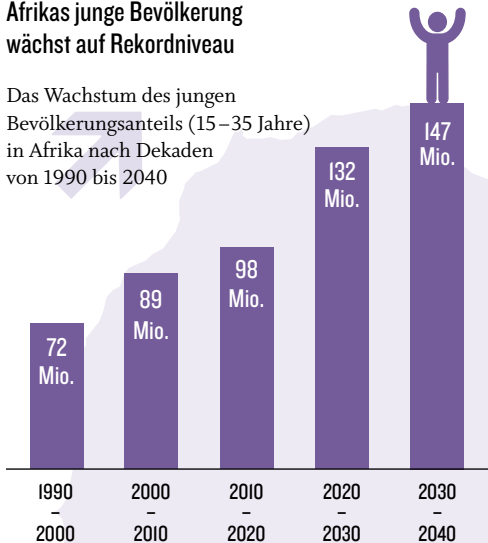
In den kommenden zwei Jahrzehnten werden 1,2 Milliarden junge Menschen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen in den Arbeitsmarkt streben. Nach Schätzungen der Weltbank werden in diesem Zeitraum jedoch nur 420 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen – ein „Überschuss“³⁴ von 780 Millionen Jugendlichen.³⁵ Der Anteil der 15- bis 24-Jährigen in Ländern mit niedrigem Einkommen, die weder (offiziell) arbeiten noch zur Schule gehen, studieren oder eine Berufsausbildung absolvieren – die

AFRIKAS JUGEND IM AUFBRUCH

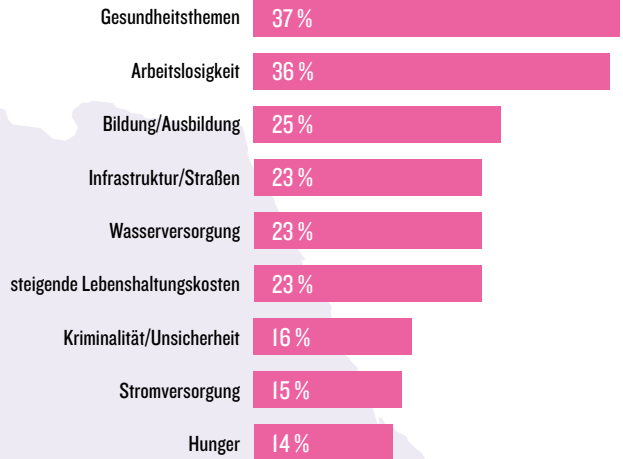
Quelle: Afrobarometer (2025): From Aspiration to Action. Barriers to Youth Empowerment in Africa (2025);
Mastercard Foundation: Africa Youth Employment Outlook 2026.

Afrikas junge Bevölkerung wächst auf Rekordniveau

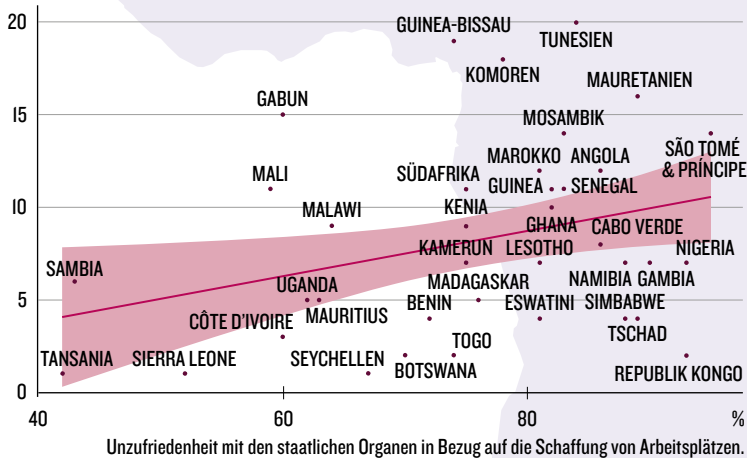
Das Wachstum des jungen Bevölkerungsanteils (15–35 Jahre) in Afrika nach Dekaden von 1990 bis 2040



Welche dringenden Alltagsprobleme Regierungen aus Sicht junger Afrikaner*innen anpacken sollten (18–35 Jahre)



% Bereitschaft, auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren



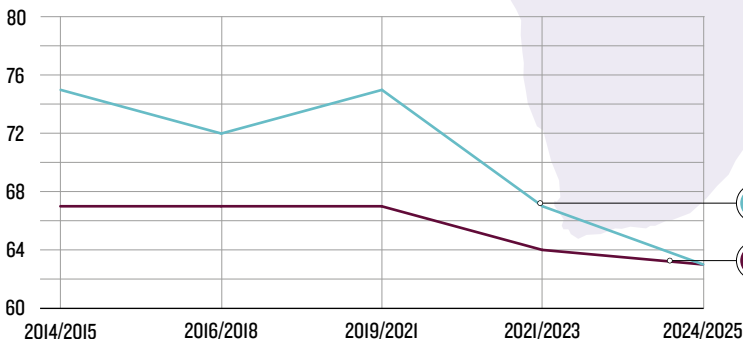
Unzufriedenheit mit Regierungsführung steigert Protestbereitschaft

Daten des Afrobarometers (2024/2025) zeigen: Je schlechter 18- bis 25-Jährige die Regierungsführung in für sie wichtigen Lebensbereichen wie der Schaffung von Arbeitsplätzen bewerten, desto eher beteiligen sie sich an Protesten.



Welche Regierungsform bevorzugen junge Menschen in Afrika?

% in 28 afrikanischen Ländern, 18–25 Jahre



Die Akzeptanz von Militärregierungen nimmt bei jungen Menschen zu.



Die Unterstützung junger Menschen für die Demokratie als Regierungsform nimmt ab.



● Ablehnung militärischer Regierungen

● Befürwortung demokratischer Regierungen

sogenannten NEET (*Not in Education, Employment or Training*), – wird bis 2027 voraussichtlich auf knapp 28 Prozent steigen.³⁶ Dies ist eine zentrale Herausforderung für die Entwicklungspolitik.

Für das BMZ ist die Schaffung fairer, sicherer und formaler Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen schon jetzt ein Schwerpunktthema, und sie sollte zu einem zentralen Umsetzungsziel der wirtschaftlichen Zusammenarbeit werden. Auch die meisten Partnerländer haben spezielle Beschäftigungsstrategien für junge Menschen aufgelegt. Konkrete Empfehlungen für die zukünftige Ausrichtung auf dem Fokuskontinent Afrika wurden zuletzt Mitte März 2026 auf der BMZ-Konferenz „United for Youth – Social Partners for Jobs in Africa“ erarbeitet.

Generell sollten junge Menschen schon frühzeitig in bilaterale und multilaterale Wirtschaftskooperationen – die ihre Zukunft schließlich maßgeblich beeinflussen – eingebunden werden. Dies könnte beispielsweise im Vorfeld von Regierungsverhandlungen über Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Investitionsvereinbarungen erfolgen, etwa parallel zu den bereits im Wirtschafts-Aktionsplan vorgesehenen Konsultationen mit dem privaten Sektor. Unterstützung könnten dabei unter anderem Gewerkschaften leisten. Insbesondere sollte Berufsbildung und Beschäftigungsförderung für junge Menschen nicht isoliert betrachtet, sondern mit anderen Prioritäten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gekoppelt werden, etwa der Unterstützung der deutschen Privatwirtschaft und Investitionen in kapitalintensive Sektoren wie Energie, Infrastruktur und Rohstoffgewinnung.³⁷

Die Bedingungen, unter denen junge Menschen in den Arbeitsmarkt eintreten, formen langfristig die Steuerbasis und Entwicklungspfade eines Landes. In Subsahara-Afrika sind 72 Prozent der 25- bis 29-Jährigen in unsicheren, informellen Beschäftigungsverhältnissen tätig, da die Zahl der formellen Arbeitsplätze mit dem demografischen Wachstum nicht Schritt hält. Jüngere Arbeitnehmer*innen sind auch stärker in „ungelernten“ manuellen Tätigkeiten in der Land- und Forst-

wirtschaft sowie in Fischerei, Kleinhandel und Handwerk vertreten. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass sie ihr ganzes Leben lang in diesen Arbeitsverhältnissen bleiben. Dies vermindert staatliche Einnahmen und drückt die Kaufkraft, die für privatwirtschaftliches Wachstum notwendig wäre. Vom BMZ unterstützte Förderprogramme und Investitionsvorhaben sollten daher künftig überprüfbare Mindestquoten für lokale Auszubildende und Neueinstellungen von 18- bis 30-Jährigen

Afrikas Jugend: auf der Suche nach Teilhabe und wirtschaftlicher Inklusion

Afrika hat mit 532 Millionen Menschen zwischen 15 und 35 die jüngste Bevölkerung der Welt – und sie wird bis in die 2070er-Jahre hinein weiter ansteigen.³⁸ Jedes Jahr drängen zehn Millionen junge Menschen in den afrikanischen Arbeitsmarkt, doch Schätzungen zufolge entstehen nur etwa drei Millionen reguläre Arbeitsplätze.^{39,40} 57 Prozent der jungen Afrikaner*innen waren im Jahr 2025 arbeitslos und knapp 23 Prozent zählten zur Gruppe der NEET. Unzureichende Ausbildungsmöglichkeiten, unrealistische Anforderungen an die Berufserfahrung und ein Missverhältnis zwischen vorhandenen Qualifikationen und Anforderungen der Arbeitgeber werden als Gründe genannt. Dementsprechend stehen der Zugang zu qualifizierter Berufsbildung und die Schaffung von Arbeitsplätzen bei jungen Menschen ganz oben auf der Liste der Bereiche, in die ihre Regierung investieren sollte – neben dem Zugang zu Grundbildung, Gesundheit und anderen sozialen Basisleistungen. Auch stellen zwei Drittel der 18- bis 35-jährigen Afrikaner*innen ihren politischen Entscheidungsträger*innen ein schlechtes Zeugnis aus, wenn es darum geht, „Youth Leadership“ zu fördern. Konkrete Wege zu wirtschaftlicher Inklusion und echter Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen sind daher von oberster Priorität. Gelingt es nicht, diese Ziele zu verwirklichen, besteht die Gefahr, dass das Vertrauen in zivile Regierungen und demokratische Institutionen weiter untergraben wird.⁴¹

enthalten. Denkbar sind hier auch Auflagen für die öffentliche Beschaffung und Bedingungen für öffentlich bezuschusste öffentlich-private Partnerschaften (*public private partnerships*, PPP), beispielsweise Quoten für Jugendbeschäftigung.

Für junge Menschen ist der Eintritt in den Arbeitsmarkt vor allem in Zeiten von Kriegen und Konflikten schwierig – die Erwartungen ihrer Familien an ihre Produktivität sind hoch, zugleich entstehen kriegsbedingte Bildungslücken, und das Risiko, in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu geraten, steigt. Insbesondere in fragilen und humanitären Kontexten sollte die EZ das Ziel verfolgen, junge Menschen vor Risiken wie wirtschaftlicher Ausbeutung zu schützen, ihre Lebensgrundlagen und beruflichen Perspektiven zu fördern und ihre Resilienz zu stärken. Dies kann auch negativen Bewältigungsstrategien vorbeugen.

Deutschland verfügt über zahlreiche bewährte Instrumente, die gezielt in die neue Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit integriert werden könnten, etwa das duale Ausbildungssystem, mit dem auch der Reformplan wirbt. Erhebungen mit jungen Menschen in Afrika zeigen zudem, dass ein starker Wunsch nach Fachkräfteaustausch besteht. Die vom BMZ geförderte Fachkräfteallianz begrüßen wir. Dabei sollten die Vermittlung und der Austausch von Fachkräften als ergänzendes Instrument ermöglicht werden, allerdings unter strengen Auflagen: Schutz vor Ausbeutung, zeitliche Begrenzung, Aufbau von Rückkehr-/Transfermechanismen und somit die Verhinderung von Brain drain. Ein solch verantwortungsbewusstes Vorgehen könnte die öffentliche Wahrnehmung des BMZ positiv stärken. Auch bei der Formalisierung von Arbeitsverhältnissen, der Standardsetzung und der Unterstützung von Verwaltungen

hat das BMZ viel Expertise, die für den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Jugendlichen gezielt genutzt werden kann. Dies kann zu einem Investitionsanreiz für deutsche Unternehmen werden, für die unter anderem der Fachkräftemangel eine Hürde darstellt.

Um sicherzustellen, dass wirtschaftliche Partnerschaften im Zuge der Reform junge Menschen tatsächlich erreichen, braucht es explizite und verbindliche Leistungskriterien, die schon in der Projektkonzeption berücksichtigt werden. Dazu sollten Basisindikatoren für die wirtschaftliche Teilhabe und die Bedürfnis-

sicherung von Jugendlichen sowie die gesunde Entwicklung von Kindern in die neue Evidenzarchitektur aufgenommen werden. Neben den Chancen gilt es auch, die kinder- und jugendrechtlichen Risiken im Kontext wirtschaftlicher Zusammenarbeit anzugehen, sie transparenter zu machen und sicherzustellen, dass Standards eingehalten werden – wie sie etwa im Rahmen von Verträglichkeitsprüfungen oder Lieferkettengesetzen festgeschrieben sind.

Werden Kinder und Jugendliche nicht als wirtschaftliche Akteure betrachtet, bleiben zentrale Hebel für nachhaltiges Wachstum und

Multiakteurs-Dialoge zur Stärkung von Umweltrechten in der Rohstoffindustrie

Dialogorientierte Ansätze können gerade in politisch sensiblen Kontexten wie dem Rohstoffsektor dazu beitragen, gemeinschaftlich getragene Veränderungsprozesse zu fördern. Dies zeigt ein vom BMZ gefördertes Projekt von Terre des Hommes in Mosambik, das gezielt auf eine von Kindern und Jugendlichen geführte Interessenvertretung für das Recht auf eine gesunde Umwelt setzt. Im Zentrum stehen transformative Multiakteurs-Dialoge, die unterschiedliche Gruppen – darunter lokale Gemeinschaften, Zivilgesellschaft und Unternehmen – systematisch zusammenbringen. Ergänzend werden schulbasierte Öko-Clubs sowie Jugendnetzwerke aufgebaut und gestärkt.

Diese Ansätze ermöglichen es Kindern und Jugendlichen, aktiv an Umweltverträglichkeitsprüfungen mitzuwirken, sich in zivilgesellschaftliche Dialogprozesse mit Bergbauunternehmen einzubringen und eigenständig Umweltmonitoring durchzuführen. Auf diese Weise tragen sie dazu bei, Verstöße gegen Umweltrechte sichtbar zu machen und Rechenschaft einzufordern. Gleichzeitig werden die Kompetenzen der jungen Menschen gestärkt und ihre Rolle als legitime Akteure in politischen Aushandlungsprozessen festigt.

Stabilität ungenutzt. Kinder- und jugendzentrierte Maßnahmen sind daher kein Luxus, sondern strategische Investitionen in wirtschaftliche und politische Stabilität. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Gesundheit und frühes Lernen wichtige Grundlagen für zukünftige Produktivität sind. Schäden durch frühe Mangelversorgung sind sowohl biologisch als auch wirtschaftlich irreversibel. Wachstumsverzögerung, eine Folge chronischer Mangelernährung, betrifft weltweit

150 Millionen Kinder unter fünf Jahren. Sie führt zu dauerhaften kognitiven Defiziten und über die gesamte Lebensspanne zu geschätzten Einkommensverlusten von über zehn Prozent. Auf Makroebene belastet Unterernährung die Weltwirtschaft jährlich durch Produktivitätsverluste in Höhe von rund 1 Billion US-Dollar.⁴² Hinzu kommt, dass Investitionen in fortgeschrittene Industrien nicht mehr in lokale Beschäftigung übersetzt werden können, wenn den Menschen diese

grundlegenden Fähigkeiten fehlen. Das BMZ sollte seine Länderprogramme und seine Projektfinanzierung daher so ausrichten, dass Bildung, Gesundheit, Ernährungsprogramme und soziale Sicherung als Kernbestandteil wirtschaftlicher Entwicklungsstrategien gelten und nachhaltig gesichert werden. Dies wäre ein wichtiger Beitrag, um wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Zielen zur Überwindung von Hunger, Armut und Ungleichheit zu verzahnen.

HUMANITÄRE HILFE – AUS RÜCKSCHRITT WIEDER FORTSCHRITT MACHEN

**DAS INTERNATIONALE HUMANITÄRE
SYSTEM BEFINDET SICH IN
EINER TIEFGREIFENDEN KRISE:
WÄHREND IMMER MEHR
MENSCHEN AUF HUMANITÄRE HILFE
ANGEWIESEN SIND, GEHT DIE
FINANZIERUNG MASSIV ZURÜCK.**

**INTERNATIONALE REFORMPROZESSE
WIE DER HUMANITÄRE RESET
SIND DRINGEND NÖTIG, UM DIE
HUMANITÄRE HILFE ZUKUNFTSFÄHIG
ZU MACHEN. ES DARF JEDOCH KEINEN
RÜCKSCHRITT HIN ZU KURZFRISTIGER,
REIN LEBENSRETTENDER UND VON
GEOPOLITISCHEN INTERESSEN
GESTEUERTER HILFE GEBEN.**

**DIE ZUNEHMENDE POLITISIERUNG
UND INSTRUMENTALISIERUNG VON
HILFE UND DIE MISSACHTUNG DES
HUMANITÄREN VÖLKERRECHTS
UNTERGRABEN DIE HUMANITÄREN
PRINZIPIEN UND ERSCHWEREN DEN
ZUGANG ZU DEN BETROFFENEN.**

Die internationale humanitäre Hilfe durchläuft eine tiefgreifende Krise. Seit Jahren steigt der Bedarf kontinuierlich an. Über 300 Millionen Menschen sind weltweit auf humanitäre Hilfe angewiesen; gleichzeitig werden weniger als die Hälfte der internationalen Hilfsappelle gedeckt. In der Praxis bedeutet dies, dass sich humanitäre Hilfe zunehmend auf reine Lebensrettung beschränkt, während präventive Maßnahmen und Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz und zur Stabilisierung wegfallen. Genau diese Ansätze wären aber entscheidend, um Krisen langfristig einzudämmen und den Bedarf an hu-

manitärer Hilfe und die damit verbundenen Kosten zu senken. Neue geopolitische Dynamiken – etwa im Kontext von Konflikten im Nahen und Mittleren Osten – verschärfen diese Entwicklung zusätzlich.

Noch immer bilden Kriege und Konflikte die wichtigsten Treiber für humanitäre Krisen. Ihre Zahl und Intensität hat sich seit 2010 mehr als verdoppelt und liegt heute auf dem höchsten Stand seit 1946.⁴³ Große und lang anhaltende Krisen wie in Gaza, Sudan oder der Ukraine lassen die humanitären Bedarfe massiv steigen. Unzureichende Finanzierung, mangelnde politische Unter-

stützung und die zunehmende Missachtung humanitären Völkerrechts durch Staaten erschweren nicht nur die Reaktion auf Krisen, sondern tragen selbst dazu bei, dass humanitäre Notlagen länger andauern. Humanitäre Hilfe wird zunehmend politisiert und instrumentalisiert – etwa in Gaza und den übrigen palästinensischen Gebieten. Die wachsende Diskrepanz zwischen steigenden Bedarfen und unzureichender politischer Unterstützung schwächt die Handlungsfähigkeit, Verlässlichkeit und den universellen Anspruch humanitärer Hilfe immens. So müssen viele Menschen Not leiden, denen eigentlich geholfen werden könnte.

Immer mehr Menschen von Konflikten betroffen

Einer von sieben Menschen auf der Welt lebt in einem Konfliktgebiet.⁴⁴ Bei Kindern ist dieser Anteil noch höher: Mit insgesamt 520 Millionen Kindern lebte 2024 nach Angaben des Peace Research Institute Oslo weltweit jedes fünfte Kind in einem Konfliktgebiet (definiert als Gebiete im Umkreis von 50 Kilometer um Orte, an denen gewalttätige Konflikte stattfanden). Dies ist sowohl relativ als auch in absoluten Zahlen ein Allzeithoch.⁴⁵ Auch schwere Verstöße gegen Kinderrechte in bewaffneten Konflikten haben 2024 zum dritten Mal in Folge ein verheerendes Ausmaß erreicht, mit einem erschreckenden Anstieg um 25 Prozent im Vergleich zu 2023. Die Vereinten Nationen haben für das Jahr 2024 41.370 schwere Verstöße gegen Kinderrechte ermittelt, unter anderem die Verweigerung des Zugangs zu humanitärer Hilfe.⁴⁶

Laut dem jüngsten SOFI-Bericht („State of Food Security and Nutrition in the World 2025“) waren 2024 rund 673 Millionen Menschen und damit 8,3 Prozent der Weltbevölkerung unterernährt.⁴⁷ Die Zahl der von akutem Hunger bedrohten Menschen lag laut dem aktuellen Global Report on Food Crises bei 266 Millionen.⁴⁸ Diese im Vergleich zum Vorjahr deutlich niedrigere Zahl erklärt sich allerdings nicht etwa durch einen Rückgang des Hungers, sondern schlicht mit geringerer Datenverfügbarkeit. Nach wie vor zählen Konflikte zu den Haupttreibern des Hungers. Dementsprechend geht das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) davon aus, dass die Zahl der Menschen, die aufgrund der Auswirkungen des Irakkrieges von akutem Hunger bedroht sind, in diesem Jahr um weitere 45 Millionen steigen könnte. Gleichzeitig hat die Finanzierung der humanitären Hilfe einen historischen Tiefstand erreicht.⁴⁹ Bereits 2024 betrug die globale Finanzierung für humanitäre Hilfe nur knapp 22 Milliarden US-Dollar;⁵⁰

2025 ist sie um 35,8 Prozent auf nur noch 15,5 Milliarden US-Dollar geschrumpft (und damit bezeichnenderweise stärker als die öffentliche Entwicklungsfinanzierung insgesamt; siehe Seite 34). Dem stand ein weltweiter Finanzierungsbedarf von 47,4 Milliarden US-Dollar gegenüber. Damit wurde nur noch ein Drittel des Bedarfs gedeckt.⁵¹

Veränderungen in der deutschen humanitären Hilfe – mehr Risiko als Chance

Auch Deutschland hat seine Leistungen für die humanitäre Hilfe im vergangenen Jahr stark gekürzt – um 53 Prozent auf 1,05 Milliarden Euro. Das ist der niedrigste Stand seit 2016 (siehe Grafik auf Seite 29).

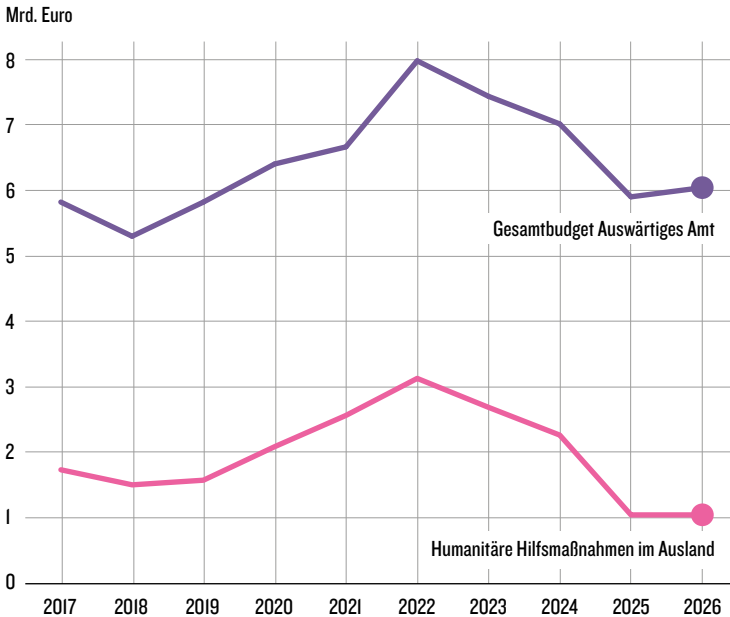
Zudem findet derzeit in der deutschen Außenpolitik ein institutioneller Umbau statt, dessen Auswirkungen noch nicht abzusehen sind: Im November 2025 hat Bundesaußenminister Johann Wadephul angekündigt, das Auswärtige Amt umzustrukturieren. Oberste Leitlinie müsse

dabei sein, „unsere Wirksamkeit in den Bereichen der Sicherheitspolitik, der Internationalen Ordnung und der Wirtschaftsförderung und -sicherheit zu erhöhen“;⁵² das Handeln der Behörde solle „konsequent auf die außen- und sicherheitspolitischen Interessen und Ziele Deutschlands und Europas ausgerichtet“ werden. Hierfür soll eine eigene Abteilung für Sicherheitspolitik und eine für EU-Politik und Geoökonomie eingerichtet werden. Die „Abteilung S“ (Krisenprävention, Stabilisierung, Friedensförderung und Humanitäre Hilfe), die die deutsche humanitäre Hilfe bislang zentral koordiniert und die Mittel vergibt, wird aufgelöst und in die zum Teil neu zugeschnittenen Regionalabteilungen (Afrika; Amerika; Asien und Pazifik; Europa; Naher/Mittlerer Osten) sowie in die Abteilung „Globale Ordnung“ integriert. In dieser Abteilung soll es eine neu geschaffene Unterabteilung „Humanitäre Hilfe und Stabilisierung“ geben, in der neben einer Haushaltskopfstelle auch strategische und multilaterale Themen der humanitären Hilfe und Stabilisierung angesiedelt werden. Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode 2029 sollen zudem von den insgesamt rund 6.300 Stellen (im In- und Ausland) acht Prozent abgebaut werden; betroffen sind fast ausschließlich die Stellen in der Zentrale in Berlin (zurzeit etwa 3.100).

Es steht außer Frage, dass die Umstrukturierung Potenzial birgt: Die neue Abteilung „Globale Ordnung“ könnte eine bessere Verzahnung von humanitärer Hilfe und multilateraler Politik ermöglichen und so strategische Themen der deutschen humanitären Hilfe (wie Lokalisierung, Geschlechtergerechtigkeit, Partizipation, vorausschauende humanitäre Hilfe) prominenter in die deutsche multilaterale Politik einfließen lassen. Die Verlagerung von humanitären Zuständigkeiten in die Regionalabteilungen bietet zudem

HUMANITÄRE HILFE IM BUNDESHAUSHALT 2017–2026

In Milliarden Euro (zu laufenden Preisen); bis 2024 Ist-Werte, ab 2025 Soll-Werte. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

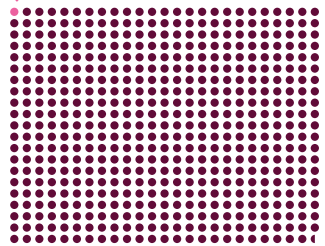


2026

MACHEN DIE AUSGABEN FÜR
HUMANITÄRE HILFSMAßNAHMEN
NUR 0,2 % DES BUNDESHAUSHALTS AUS.

1,05 Mrd. €

HUMANITÄRE HILFE



BUNDESHAUSHALT

524,54 Mrd. €

die Möglichkeit, die Einhaltung der humanitären Prinzipien, den Zugang zu Betroffenen und den Einsatz für das humanitäre Völkerrecht kontinuierlich und auf mehreren Ebenen in Verhandlungen mit Partnern der deutschen Außenpolitik zu stärken.

Allerdings droht durch die Neuausrichtung, den Stellenabbau und die Verschiebung der Schwerpunktsetzung der Verlust von Expertise und Kohärenz in der humanitären Hilfe; vor allem aber läuft sie Gefahr, insgesamt an Bedeutung zu verlieren, da sie sich stärker als zuvor anderen Zielen (Sicherheit, außenpolitische Interessen, Wirtschaftsförderung) unterordnen muss.

Dabei sollte nicht vergessen werden, dass humanitäre Hilfe Krisen lindert und damit stabilisierend und friedensfördernd wirkt, indem sie Voraussetzungen dafür schafft, dass betroffene Menschen Krisen überstehen und Wiederaufbau und Entwicklung perspektivisch möglich werden. Stabilere Regionen sind

weniger konfliktanfällig, weisen geringere Fluchtdynamiken auf (wobei die Mehrheit der Flüchtenden Zuflucht im eigenen Land oder in Nachbarländern sucht; siehe dazu auch *Kompass 2025*, Seite 24⁵³) und bieten zudem bessere Voraussetzungen für wirtschaftliche Kooperation. Damit sind Investitionen in humanitäre Hilfe immer auch Investitionen in globale Stabilität und damit in deutschem Interesse.⁵⁴ Humanitäre Hilfe kann damit eine wichtige Grundlage für Deutschlands sogenannte Soft Power sein, denn sie stärkt Deutschlands Einfluss in multilateralen Prozessen und trägt zur internationalen Reputation bei. Zieht sich Deutschland hier zurück, werden diese Räume von anderen Akteuren besetzt, die ihre eigenen politischen Interessen verfolgen. Hinzu kommt die Frage der politischen Glaubwürdigkeit. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag eine „auskömmliche“ Finanzierung der humanitären Hilfe zugesagt. Kürzungen oder stagnierende Mittel stehen im Widerspruch zu diesem Anspruch und

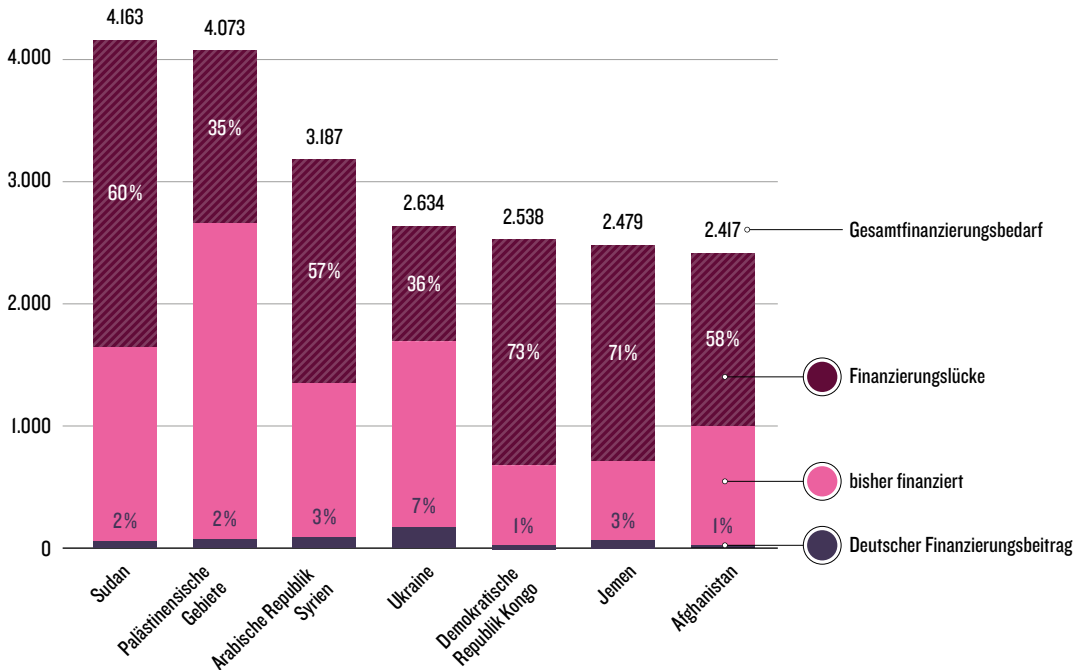
stellen Deutschlands Verlässlichkeit als internationaler Partner in Frage. Gerade in Zeiten wachsender Krisen ist diese Verlässlichkeit jedoch ein zentraler Bestandteil außenpolitischer Handlungsfähigkeit.

Dies gilt auch mit Blick auf vergessene und ferne Krisen – etwa im Sudan oder in Myanmar –, die bisher von der deutschen humanitären Hilfe mitberücksichtigt wurden. Die Sorge wächst, dass die Vergabe von Hilfe stärker an deutsche Interessen geknüpft werden könnte und die Länder mit den schwächsten Ökonomien sowie Regionen, in denen Deutschland keine Sicherheitsinteressen hat, dabei nicht mehr die notwendige Beachtung finden. Diese Entwicklung wäre kurzsichtig, weil damit in diesen Ländern das Destabilisierungspotenzial steigt und die Widerstandskraft gegenüber Not-situationen und Schocks sinkt. Bisherige Errungenschaften, etwa eine erhöhte Resilienz von Gemeinschaften, die durch Krisen bedroht sind, werden gefährdet, was zu einem

DEUTSCHER FINANZIERUNGSBEITRAG FÜR HUMANITÄRE KRISEN IM JAHR 2025

In Millionen US-Dollar, in laufenden Preisen; Quelle: UN OCHA Financial Tracking Service, Stand Mai 2026.

Mio. USD



Teufelskreis aus sich immer weiter verstärkenden Krisen führt.⁵⁵

Humanitäre Hilfe ist Ausdruck politischer Verantwortung. Eine verlässliche und substanzielle Finanzierung ist nicht nur moralisch geboten, sondern vor allem auch strategisch klug. Wer heute bei humanitärer Hilfe kürzt, zahlt morgen doppelt – finanziell und sicherheitspolitisch. Gerade in Zeiten massiv steigender Bedarfe und sich zurückziehender Geber sollte Deutschland aber eine Vorreiterrolle einnehmen; es muss seine Mittel für humanitäre Hilfe unbedingt wieder anheben, um Millionen von Bedürftigen die Hilfe zukommen zu lassen, die sie zum Überleben benötigen. Ganz so, wie es der Begriff „auskömmlich“ im Koalitionsvertrag verspricht. Deutschlands Beitrag zur internationalen humanitären Hilfe lag zwischen 2014 und 2024 durchschnittlich bei etwa zehn Prozent des globalen Bedarfs. Ein vergleichbarer Wert für

das Jahr 2026 wäre laut Berechnungen des Verbands VENRO eine Summe von 2,8 Milliarden Euro. Das ist weitaus mehr als die für dieses Jahr eingestellten 1,05 Milliarden Euro und ein winziger Bestandteil des bundesdeutschen Gesamthaushalts von 524,54 Milliarden Euro. Die Mittel entsprechend anzuheben, wäre ein wichtiges außenpolitisches Signal gegenüber anderen Geberstaaten. Und ein wichtiger Beitrag, um das unter Druck stehende humanitäre System zu stabilisieren.

Reformen im internationalen humanitären System – nötig, aber auf dem falschen Weg

Nicht erst seit dem Rückzug seines größten Gebers USA ist klar, dass das internationale humanitäre System dringend einer Reform bedarf. Die humanitäre Hilfe muss effizienter, effektiver, flexibler und unbürokratischer werden, wie UN-Nothilfe-Koordinator Tom Fletcher

bereits Ende 2024 gefordert hat. Der Finanzierungseinbruch zu Beginn des letzten Jahres hat dann zu dem im März 2025 angestoßenen Reformprozess namens „Humanitarian Reset“ geführt. Er soll für mehr Wirksamkeit im System sorgen – unter anderem durch eine Stärkung lokaler und nationaler Strukturen, die direktere Finanzierung lokaler Akteure über Länderfonds (z. B. die *country-based pooled funds*, CBPFs) und eine „Hyper-Priorisierung“ der Bedarfe.

Während die Pläne für die Hyper-Priorisierung von vielen humanitären Organisationen von Anfang an eher kritisch gesehen wurden – rechnet sie die tatsächlichen Bedarfe doch künstlich herunter (siehe Box auf Seite 31) –, wurden die Pläne zur Strukturreform zunächst größtenteils begrüßt, da sie einen Bürokratie-Abbau, effizientere Koordinationsstrukturen mit größerer Nähe zu Betroffenen und lokalen humanitären

Helfer*innen und einen großen Sprung bei der Umsetzung der „Lokalisierungsagenda“ versprochen. Mittlerweile ist aus der Begeisterung eher Beunruhigung geworden. Vom ursprünglichen Plan Fletchers, die Hälfte der internationalen humanitären Mittel über CBPFs abzuwickeln und davon wiederum 70 Prozent direkt an lokale Akteure

zu vergeben, ist man weit entfernt; stattdessen wetteifern nun UN-Institutionen mit genau diesen Akteuren um Gelder. Zudem werden die meisten Vergabe-Entscheidungen nicht von den Repräsentant*innen vor Ort mitgetragen, weil diese in den meisten Länderfonds noch völlig unterrepräsentiert sind. Die Vergabe soll sich zwar danach richten, welcher

Akteur „best placed“ ist, aber dieses Kriterium ist äußerst subjektiv. Es ist außerdem wichtig hervorzuheben, dass neben den vom UN-Nothilfebüro OCHA verwalteten CBPFs auch andere Formen länderbasierter, regionaler und globaler Fonds existieren, die von NGOs aufgesetzt und verwaltet werden, etwa die des aus 42 Hilfsorganisationen bestehenden „Start Network“.⁵⁶ Diese länderbasierten, teils bereits deutlich stärker lokalisierten Finanzierungsmodelle spielen im Rahmen der aktuellen Umstrukturierung des Systems bislang jedoch keine wesentliche Rolle.

Die dramatischen Folgen der Hyper-Priorisierung

Durch die Hyper-Priorisierung soll erreicht werden, dass die knappen Ressourcen der humanitären Hilfe zuerst dort eingesetzt werden, wo die höchste Dringlichkeit besteht. So startete das OCHA im Juni 2025 einen Spendenaufruf in Höhe von 29 Milliarden US-Dollar, um den dringenden weltweiten Bedarf an humanitärer Hilfe zu decken. 114 Millionen Menschen sollten darüber versorgt werden.⁵⁷ Tatsächlich hätten in dem Jahr aber mehr als 300 Millionen Menschen humanitäre Hilfe benötigt. Für 2026 haben die Vereinten Nationen einen Aufruf in Höhe von 33 Milliarden US-Dollar gestartet, mit denen 135 Millionen Menschen in Not erreicht werden sollen. Auch diese Zahl entspricht bei weitem nicht der Zahl der Bedürftigen. Wenn aber aufgrund der Mittelknappheit nur noch akuteste Not in geopolitisch relevanten Regionen gelindert werden kann, begeben wir uns in einen Teufelskreis. Dies lässt sich anhand der IPC-Skala⁵⁸ anschaulich zeigen. Die fünfstufige IPC-Skala (*Integrated Food Security Phase Classification*) wird genutzt, um die akute Ernährungsunsicherheit und das Ausmaß von Unterernährung und Hunger einzustufen, vergleichbar zu machen und daraus notwendige Hilfsmaßnahmen abzuleiten. Werden beispielsweise aufgrund der Hyper-Priorisierung Menschen von der Versorgung ausgeklammert, die in Stufe 3 klassifiziert sind, führt dies unausweichlich zu negativen Bewältigungsstrategien. Die betroffenen Menschen verkaufen beispielsweise produktives Vermögen wie Vieh, nehmen ihre Kinder aus der Schule oder entscheiden sich für deren Frühverheiratung. Durch die Folgen gelangen die Menschen schneller in die Stufen IPC 4 und 5. Damit ist es jedoch schwieriger, ihnen zu helfen und ihre Situation zu stabilisieren. Deswegen ist es zum einen essenziell, humanitäre Hilfe angemessen zu finanzieren; zum anderen muss sie mit langfristigen Maßnahmen der EZ verknüpft werden, um die Resilienz der Menschen und der Gemeinschaften zu stärken.

Ein weiteres Problem stellen Geber-Vorgaben dar, die gegen die humanitären Prinzipien verstoßen. So konnte Nothilfe-Koordinator Fletcher die USA zwar dazu bewegen, zwei Milliarden US-Dollar für CBPFs bereitzustellen, allerdings zu einem hohen Preis: Die USA bestimmen darüber, in welche Länder die Gelder fließen, und die Implementierungsvorgaben sind (durch die US-Haushaltsanforderungen) mit sechs Monaten extrem kurz. Dies steht einer Umsetzung durch lokale Akteure diametral entgegen. Die Anwendung der *Global Gag Rule* auf diese Gelder konnte zwar abgewendet werden (das auch als *Mexico City Policy* bekannte Gesetz verbietet die finanzielle Unterstützung für alle Organisationen, die sich für sichere Schwangerschaftsabbrüche einsetzen oder dazu beraten; sie wurde kürzlich von Donald Trump auf alle Aktivitäten ausgedehnt, die im Zusammenhang mit Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion stehen, und gilt für nahezu die gesamte zivile Auslandshilfe der USA und deren Empfänger); fraglich ist aber, welche Rolle die Mitarbeiter*innen des US-Außenministeriums in den CBPF-Gremien spielen sollen. Die Verhandlungen zwischen UN OCHA und den USA hinter verschlossenen Türen und die unvermittelte Bekanntgabe

der Abmachung laufen den Versprechen des Humanitarian Reset, dezentralisierter, partizipativer und rechenschaftspflichtiger zu werden, entgegen und tragen zu einer weiteren Diskreditierung des Systems bei.

Ein weiterer Teil des Humanitarian Reset, der – wie uns die Kolleg*innen aus einigen unserer Programmländer berichten – für viel Kopfzerbrechen sorgt, ist die Verkleinerung beziehungsweise zum Teil Auflösung des bisherigen, vom Ständigen interinstitutionellen Ausschuss (*Inter-Agency Standing Committee*, IASC) gesteuerten Cluster-Systems zur Koordinierung von Hilfsmaßnahmen. Als Teil der Reformen wurden thematische Cluster zusammengelegt und aus einigen Ländern komplett abgezogen; zudem wurde ein neuer Fokus auf die sektorübergreifende Koordination der Hilfe auf lokaler Ebene (*area-based coordination*) gelegt, um die Hilfe schneller, flexibler und unter stärkerer Einbeziehung lokaler Akteure zu organisieren. Dieser prinzipiell begrüßenswerte Ansatz birgt allerdings die Gefahr, dass technisches Fachwissen verloren geht oder Doppelstrukturen entstehen (so beispielsweise berichtet von unseren Partnern aus Somalia). Eine Zusammenlegung von Clustern kann zudem bedeuten, dass wichtige Fortschritte – etwa eine stärkere Präsenz von Frauen und Minderheiten in Führungsrollen – zunichte gemacht werden. Momentan wird die lokalere Koordinierung vor allem dadurch erschwert, dass nicht genug lokale Kapazitäten zur Verfügung stehen, um den Staffeln zu übernehmen; zudem verfügen diese Akteure häufig nicht über die nötigen Finanzmittel, um die Arbeit auszuführen.

Handlungsprinzipien für die Zukunft der humanitären Hilfe

Durch all diese Entwicklungen ist die zielführende Umsetzung be-

reits bestehender Reform-Agenden in der humanitären Hilfe bedroht. Statt Grundsätze und Innovationen wie qualitäts- und bedarfsorientierte Finanzierung, vorausschauende Hilfe, Geschlechtergerechtigkeit, Partizipation, Lokalisierung und Menschenrechtsorientierung weiter voranzutreiben und umzusetzen, beobachten wir vermehrt den Ruf nach einer Rückkehr zum Fokus auf lebensrettende Maßnahmen und eine Orientierung an den politischen Prioritäten der Geber, wie etwa im Fall der Vergabe der US-Mittel an die CBPFs. Da macht auch die derzeitige Entwicklung in Deutschland keine Ausnahme. Angesichts der sinkenden Finanzierungs-Bereitschaft der Geber und der neuen politischen Realitäten müssen die folgenden Handlungsprinzipien in der humanitären Hilfe sowohl international als auch in Deutschland (wieder) stärker in den Vordergrund treten:

Lokale Akteure zu Entscheidungsträgern machen

Der Löwenanteil der humanitären Hilfe wird von gemeindebasierten Helfer*innen vor Ort geleistet. Sie sind in den betroffenen Gemeinden in der Regel sehr gut vernetzt, kennen die lokalen Gegebenheiten und leisten häufig sehr viel früher Hilfe als externe humanitäre Akteure. Ein prominentes Beispiel hierfür sind „Emergency Response Rooms“, ein Netzwerk von hunderten gemeindebasierten Gruppen, die nach Schätzungen allein im Jahr 2025 rund zwölf Millionen Menschen im Sudan mit Hilfe versorgt haben und im vergangenen Jahr mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet wurden. Ihre lokalen Notfall-Komitees leisten überlebenswichtige humanitäre Hilfe an Orten, die von Hilfsorganisationen nicht erreicht werden können. Diese Arbeit wird, wie die von vielen anderen lokalen Hilfsinitiativen auch, vom aktuellen System unter anderem aufgrund ihrer Informalität zu wenig

wahrgenommen und zu wenig bis gar nicht unterstützt. Ein zukunftsfähiges humanitäres System muss nicht nur die betroffenen Menschen in den Mittelpunkt stellen und ihnen Mitgestaltungsmöglichkeiten einräumen; es muss auch so angepasst werden, dass es lokale Akteure direkt und flexibel unterstützt und sie vor allem zu Entscheidungsträgern macht. Nur so werden sie in die Lage versetzt, wirksam humanitäre Hilfe zu leisten.⁵⁹ Dabei sollten sich internationale NGOs künftig stärker als vernetzende und unterstützende Akteure verstehen, die Finanzierung, Wissen und Partnerschaften auf unterschiedlichen Ebenen zusammenführen, anstatt primär selbst als ausführende Organisationen zu agieren – wie es auch die Initiative „Future of Aid 2040“ empfiehlt.⁶⁰

Vorausschauend statt reaktiv agieren

Zudem sollten die aktuellen Reformbestrebungen genutzt werden, um das bislang überwiegend reaktive humanitäre System konsequent vorausschauender und risikobasiert auszurichten. Krisen sind zunehmend vorhersehbar, und die hohe Kosteneffizienz frühzeitiger Maßnahmen ist gut belegt. Studien zeigen, dass vorausschauende Maßnahmen Verluste reduzieren und Ernährungs- sowie Einkommensgrundlagen sichern können. So erhöhen frühzeitige Bargeldhilfen die Ernährungssicherheit und senken die Verschuldung der Menschen; Viehbestände werden durch eine Zusatzfütterung und veterinärmedizinische Maßnahmen geschützt, was wiederum die Lebensgrundlagen der Menschen sichert. Vorausschauendes Handeln erhöht die Resilienz der Menschen, reduziert den Bedarf an kostenintensiver Nothilfe und erlaubt eine würdevollere Unterstützung. Frühwarnsysteme – etwa zu Erdbeben oder Tsunamis – ermöglichen es den Menschen bei-

spielsweise, rechtzeitig selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen. Programme wie die vom Auswärtigen Amt kofinanzierte Welthungerhilfe Anticipatory Humanitarian Action Facility (WAHAFA) belegen, dass vorausschauende humanitäre Hilfe, insbesondere in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren, nachhaltige Strukturen stärkt und Wirkung über Programmlaufzeiten hinaus entfaltet. Für eine Skalierung dieses Ansatzes sind jedoch verlässliche und planbare Finanzierungsmechanismen entscheidend.

Humanitarian-Development-Peace-Nexus ausbauen

Die geopolitischen Veränderungen mit ihrer gravierenden Zunahme an Krisen und Konflikten in Kombination mit den drastisch sinkenden Mitteln sowohl für die EZ (siehe Seiten 34–36) als auch für die humanitäre Hilfe machen es gerade jetzt erforderlich, den Humanitarian-Development-Peace-Nexus (HDP-Nexus) zu stärken. Dieser Ansatz, der humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung miteinander verknüpft, arbeitet einerseits darauf hin, Bedarfe zu reduzieren (durch Friedensförderung und Konfliktlösung). Andererseits hat er zum Ziel, die Widerstandsfähigkeit von Menschen in Krisensituationen zu stärken, indem die Trennung zwischen Hilfsmaßnahmen und Entwicklungsmaßnahmen aufgehoben wird. Der HDP-Nexus nimmt seit dem „World Humanitarian Summit“ 2016 einen wichtigen Raum in der Reformdebatte zum humanitären System ein und wird auch in der „Strategie des Auswärtigen Amts zur humanitären Hilfe im Ausland“ als wichtiger Ansatz betont.⁶¹ Der im BMZ angesiedelte Haushaltstitel „Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur“ (KWI) ist hier ein innovatives und zukunftsweisendes Instrument deutscher Zusammenarbeit. Leider wird er in diesem

Jahr auf nunmehr 696 Millionen Euro gekürzt.⁶²

Völkerrecht und humanitäre Prinzipien stärken

Wie weiter oben erwähnt, besteht die Gefahr, dass humanitäre Hilfe sich zunehmend (sicherheits-)politischen Interessen unterordnen muss und die humanitären Prinzipien (Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Menschlichkeit) damit in den Hintergrund treten. Konflikte wie der Krieg in Gaza haben zudem deutlich gemacht, wie selektiv Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht international behandelt werden; auch die Bundesregierung hat hier nur begrenzt öffentlichen Druck ausgeübt. Gleichzeitig blieb der Einsatz humanitärer Diplomatie zur Sicherstellung humanitären Zugangs und zum Schutz der Zivilbevölkerung hinter den Erwartungen zurück. Dies schwächt die Glaubwürdigkeit westlicher Geberstaaten und das Primat der humanitären Prinzipien.

Deutschland muss seine Verantwortung wahrnehmen

Humanitäre Hilfe genießt nach wie vor eine hohe Unterstützung in der deutschen Bevölkerung, wie verschiedene Studien belegen.^{63,64} Die Bundesregierung sollte sich mehr denn je dafür starkmachen, dass die humanitäre Hilfe sich weiterhin konsequent an den Bedarfen orientiert – also dort bereitgestellt wird, wo die Menschen sie am dringendsten benötigen – und nicht primär von sicherheitspolitischen oder wirtschaftlichen Interessen gesteuert wird; und sie muss sich dafür einsetzen, dass die humanitären Prinzipien als zentraler Grundpfeiler und Legitimierungsgrundlage der humanitären Hilfe auf keinen Fall geschwächt oder unterlaufen werden. Als Unterzeichner des (2016 ins Leben gerufenen) Reformprozesses

„Grand Bargain“ und momentaner Vorsitzender der OCHA Donor Support Group ist Deutschland bestens platziert, um Reformprozesse in diesem Sinne aktiv mitzugestalten und ein zukunftsfähiges humanitäres System aufzubauen. Hierfür sollte die Bundesregierung eine stärkere Rolle im Bereich der humanitären Diplomatie einnehmen und ihr Gewicht in multilateralen Foren nutzen, um das humanitäre Völkerrecht konsequenter voranzutreiben. Diese Dringlichkeit wird durch die Situation in aktuellen Krisengebieten wie Gaza und dem Sudan unterstrichen, wo der Zugang zu den Betroffenen durch die Verletzung der völkerrechtlichen Prinzipien (und die mangelnde internationale Reaktion auf diese Verletzungen) massiv erschwert wird.

Die internationale humanitäre Hilfe steht vor grundlegenden Veränderungen, die über Finanzierungslücken und UN-Reformen hinausgehen. Gleichzeitig ist nicht erst seit dem Finanzierungseinbruch klar, dass das bisherige humanitäre System reformiert werden muss. Initiativen wie „Future of Aid 2024“⁶⁵ halten Geber und Umsetzungsorganisationen dazu an, ihre Rolle und Funktionsweise mit Blick auf eine zukunftsfähige humanitäre Hilfe zu überprüfen. Und sie zeigen mögliche Zukunftsszenarien für die humanitäre Hilfe auf. Gleichzeitig muss angesichts der wachsenden Zahl von Kriegen und Konflikten ein noch viel stärkerer Fokus auf den Schutz und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts gelegt werden. Zudem müssen diplomatische Anstrengungen verstärkt werden, um humanitäre Krisen beizulegen beziehungsweise zu vermeiden. Für beides braucht die Bundesregierung eine Außenpolitik, in der die humanitäre Hilfe eine wichtige Rolle spielt und mit ausreichenden Mitteln auch für strukturelle Reformen hinterlegt ist.⁶⁶

Kompass 2026

ENTWICKLUNGS- FINANZIERUNG NEU DEFINIEREN

2025 SANKEN DIE ÖFFENTLICHEN
ENTWICKLUNGSLEISTUNGEN SO STARK
WIE NIE ZUVOR; AM GRÖSSTEN WAREN
DIE EINSCHNITTE BEI DEN ÖKONOMISCH
SCHWÄCHSTEN LÄNDERN (LDCs).

EIN GROSSTEIL DER DEUTSCHEN
ODA-MITTEL WIRD NACH WIE VOR FÜR
INLANDSAUSGABEN AUFGEWENDET;
INVESTITIONEN IN LANGFRISTIG
TRAGFÄHIGE ERNÄHRUNGSSYSTEME
HINGEGEN STEHEN ZUNEHMEND
UNTER DRUCK.

DIE DEUTSCHEN ODA-LEISTUNGEN
FÜR LANDWIRTSCHAFT UND
LÄNDLICHE ENTWICKLUNG IN
SUBSAHARA-AFRIKA
GEHEN SEIT 2023 STARK ZURÜCK.

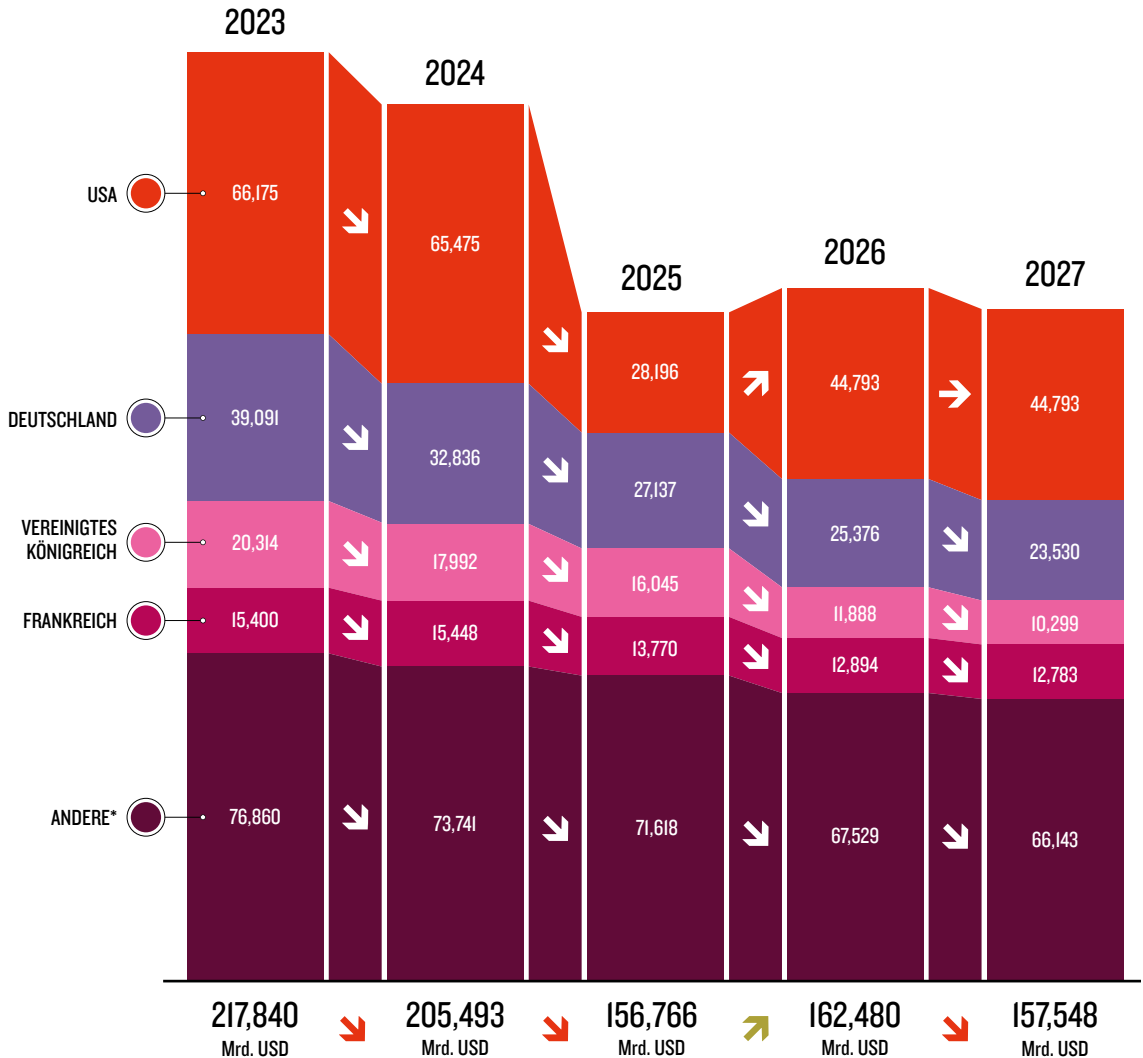
Die weltweiten öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (*official development assistance*, ODA) sinken so stark wie nie zuvor: Nach einem Rückgang von 7,1 Prozent im Jahr

2024 gegenüber dem Vorjahr folgte 2025 ein Absturz um 23,1 Prozent. Damit belief sich die ODA der Mitgliedsländer des Entwicklungsausschusses (*development assistance committee*, DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenar-

beit und Entwicklung (OECD) 2025 auf 172 Milliarden US-Dollar, nachdem sie im Jahr 2024 noch 224 Milliarden US-Dollar betragen hatte (Angaben in Nettoauszahlungen, in konstanten Preisen von 2025). Dies ist der bislang größte Rückgang

PROGNOSTIZIERTER RÜCKGANG DER ODA DER 17 GRÖSSTEN GEBERLÄNDER

In Milliarden US-Dollar, in konstanten Preisen von 2024, nach Schenkungsäquivalenten; Quelle: Donor Tracker von SEEK Development.



* Australien, Belgien, Kanada, Dänemark, Irland, Italien, Japan, Republik Korea, Niederlande, Norwegen, Spanien, Schweden, Schweiz

in der Geschichte der ODA – die OECD spricht von einem historischen Einbruch. Insgesamt übertraf dieser sogar die ohnehin pessimistischen Prognosen der Organisation (9–17 %). Drei Viertel des globalen Rückgangs sind auf die massiven Einschnitte in den USA zurückzuführen. Doch kam es 2025 zum ersten Mal vor, dass die fünf größten Geberländer – die USA,

Deutschland, das Vereinigte Königreich, Japan und Frankreich – alle gleichzeitig die Mittel kürzten. Die deutsche ODA ist im Jahr 2025 real um 17 Prozent auf 25,79 Milliarden Euro gesunken.

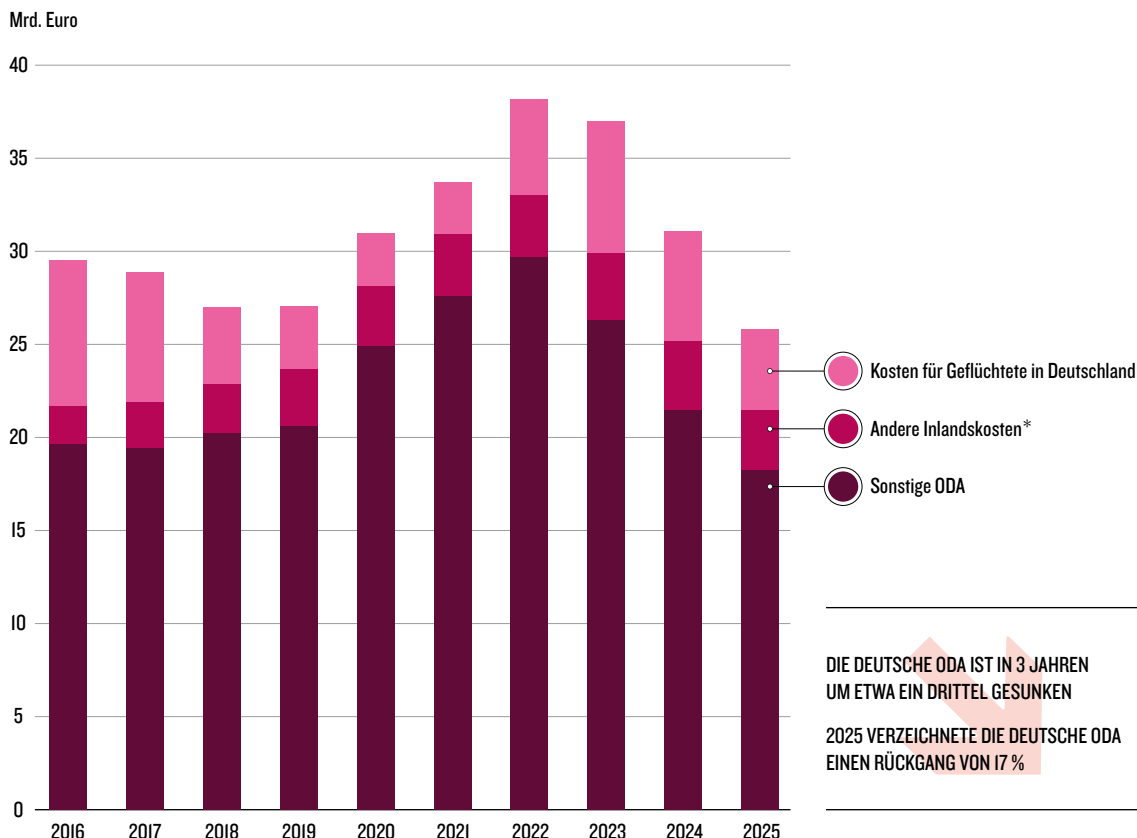
Die politische Unterstützung bröckelt

Die international vereinbarte Zielmarke, 0,7 Prozent des Bruttona-

tionaleinkommens (BNE) für die ODA zur Verfügung zu stellen, scheint außer Reichweite, obwohl sie nach wie vor für alle Mitgliedsländer des OECD-Entwicklungsausschuss gilt. Insgesamt machte die ODA-Leistung dieser Länder 2025 gerade einmal 0,26 Prozent ihres BNE aus. In diesem Kontext verwundert es nicht, dass die Finanzierungslücke zur Umsetzung der

DEUTSCHE ODA-QUOTE 2016–2025

In Milliarden Euro, in konstanten Preisen von 2025, gemessen nach Auszahlungen (2016–2017) und Schenkungsäquivalenten (ab 2018); Aufschlüsselung nach Auszahlungen; die Daten für 2025 sind vorläufig. Quelle: OECD (DAC1).



* Als „andere Inlandskosten“ kategorisiert sind Kosten für Studienplätze für ausländische Studierende, administrative Kosten sowie Bildungsarbeit in Deutschland. Für 2025 wurden die Werte für Kosten für Studienplätze für ausländische Studierende vom BMZ übernommen und die Kategorie „Bildungsarbeit in Deutschland“ auf Grundlage der OECD-Daten der Jahre 2022–24 geschätzt (Durchschnitt).

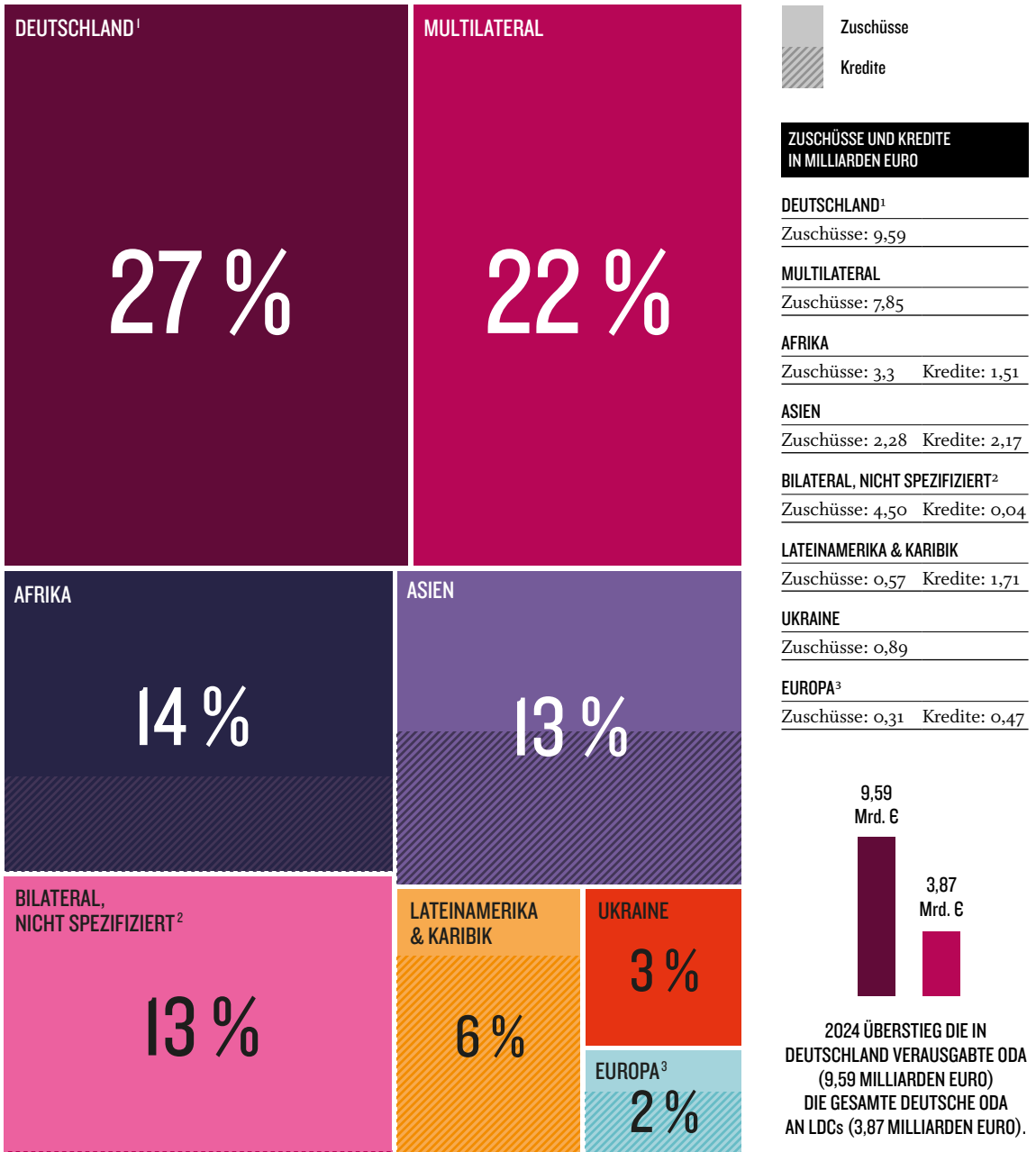
Agenda 2030 bei der Vierten Internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung („Financing for Development“, FfD4) im Jahr 2025 auf vier Billionen US-Dollar beziffert wurde.⁶⁷ Dass sich die Mehrheit der OECD-DAC-Länder teilweise sehr weit von der 0,7-Prozent-Zielmarke entfernt, stellt ihre politische Unterstützung für dieses Ziel in Frage. Spätestens in der Diskussion um eine Nachfolge der Agenda 2030 wird es Zeit, dass die Weltgemeinschaft neue finanzielle Verpflichtungen in den Blick nimmt, die klar auf die international vereinbarten politischen Ziele ausgerichtet sind.

In den vergangenen drei Jahren verblieb beispielsweise rund ein Drittel der gesamten deutschen ODA im Inland. 2024 überstiegen die ODA-Auszahlungen in Deutschland mit 9,6 Milliarden Euro sogar die bilateralen Zahlungen an Afrika und Asien zusammen (4,8 Mrd. Euro bzw. 4,5 Mrd. Euro). Der in den letzten Jahren auch in anderen ODA-Geberländern tendenziell wachsende Anteil der Inlandsausgaben untergräbt die mit der ODA verbundene Verpflichtung mit Blick auf die globale Partnerschaft, wie sie im UN-Nachhaltigkeitsziel (SDG) 17 verankert wurde. Aus den ODA-Empfänger-

ländern wird regelmäßig die Forderung nach einer Reform der „Governance“ von internationaler Entwicklungszusammenarbeit laut – hin zu „Institutionen, die demokratischer, inklusiver, transparenter sind, ihrer Rechenschaftspflicht nachkommen und darauf ausgerichtet sind, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen“.⁶⁸ Der Rückzug der Geber ist dramatisch für das Erreichen der Agenda-2030-Ziele. Er stellt aber insofern auch eine Chance dar, als er es erlaubt, auf partnerschaftlicher Grundlage eine neue Diskussion über die Ziele, die Institutionen und die Rechenschaftsmechanismen der

GEOGRAFISCHE AUFTEILUNG DEUTSCHER ODA IM JAHR 2024

In Milliarden Euro und in Prozent in Preisen von 2025, nach Auszahlungen. Quelle: OECD (CRS).



¹ Zu „Ausgaben in Deutschland“ gehören Kosten für Geflüchtete, Kosten für Studienplätze für ausländische Studierende, administrative Kosten, Schuldenerlasse sowie Kosten für Bildungsarbeit in Deutschland.

² „Nicht spezifiziert“ bezieht sich auf die Finanzierung, die nicht einem einzelnen Land zugeordnet werden kann, z. B. Beiträge zu globalen themenbezogenen Initiativen oder Mehrländerprojekten. Eine Aufschlüsselung auf Länder und Regionen ist nicht möglich.

³ Die Ukraine ist hier ausgenommen, da gesondert dargestellt.

Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe zu führen.

Insgesamt wird deutlich, dass die bisherige Art der Finanzierungs mobilisierung nicht mehr so erfolgreich ist wie noch vor einigen Jahren. Stattdessen sehen wir immer häufiger eine einmalige oder kurzfristige Mobilisierung von kleineren Koalitionen für enger definierte Entwicklungsziele, wie zum Beispiel die Zusage der Europäischen Union auf dem „Nutrition for Growth“-Gipfel 2025 in Paris, bis 2027 insgesamt 3,4 Milliarden Euro für die globale Bekämpfung der Mangelernährung zur Verfügung zu stellen.⁶⁹ Konkretere finanzielle Verpflichtungen ermöglichen eine bessere Rechenschaft und lassen sich politisch eher umsetzen. Ob sie helfen, das Vertrauen in die Entwicklungspolitik wieder zu erhöhen, wird sich zeigen. Für eine erfolgreiche, nachhaltige und systemische Entwicklungszusammenarbeit werden jedoch vor allem langfristige finanzielle Zusagen benötigt, die eine Umsetzung entwicklungspolitischer Vorhaben über die Jahre hinweg ermöglichen.

Gleichzeitig fließen aus vielen ODA-Empfängerländern erhebliche finanzielle Ressourcen ins Ausland ab. So überstieg der Schuldendienst afrikanischer Länder 2024 mit 102,6 Milliarden US-Dollar die Summe der ODA-Mittel, die sie in diesem Jahr erhielten (73,6 Milliarden USD). Auch die illegalen Finanzströme (*illicit financial flows*) – Geld, das die Länder aufgrund von Korruption, Schmuggel, Steuerhinterziehung oder Terrorismusfinanzierung verlieren – lagen laut letzter Ermittlung im Jahr 2020 mit einem Wert von 88,6 Milliarden US-Dollar nahezu auf dem Niveau der ODA-Mittel für diese Länder.⁷⁰ Der Vergleich von Schuldendienst und ODA zeigt die strukturelle Benachteiligung afrikanischer Länder im globalen Wirt-

schafts- und Finanzsystem. Nicht nur, dass Entwicklungsfinanzierung diese Ungleichgewichte nicht ausgleichen kann; es ist vor allem problematisch, wenn sie dazu herangezogen wird, die dadurch entstehenden Finanzierungslücken zu schließen. Die jungen Menschen, die in Kenia 2024 gegen die Haushaltspolitik und die unverantwortliche Verschuldungspolitik ihrer Regierung protestierten, haben internationale Finanzinstitutionen ausdrücklich mitverantwortlich gemacht für die Situation in ihrem Land.⁷¹ Deutschlands Engagement ist für eine wirksame Reform dieser Institutionen unerlässlich. Auch die internationale Steuerkooperation ist ein Hebel, um zusätzlichen fiskalischen Spielraum für die Länder zu erschließen, die momentan noch stark auf ODA angewiesen sind. Schrumpfende Budgets für Entwicklungszusammenarbeit können somit auch eine Möglichkeit darstellen, den Fokus stärker auf strukturelle Probleme zu lenken.

Öffentliche Entwicklungsfinanzierung für LDCs nimmt ab

Die neuesten ODA-Zahlen zeigen deutlich, dass es ausgerechnet die LDCs sind, die stark von globalen Kürzungen betroffen sind. So sank die ODA für LDCs 2025 um 25,8 Prozent und damit anteilig sogar etwas stärker als die ODA-Zahlungen insgesamt (23,1 %). Dabei muss berücksichtigt werden, dass die ODA in den LDCs etwa zwei Fünftel der externen Finanzierung ausmacht (Rücküberweisungen: zwei Fünftel, ausländische Investitionen: ein Fünftel), während sie in anderen Empfängerländern eine deutlich geringere Bedeutung hat.⁷² Mit einem Anteil von 5 bis 15 Prozent stellt die Entwicklungsfinanzierung in den meisten LDCs einen relevanten Anteil am Nationaleinkommen.⁷³ Vorläufige Berechnungen deuten darauf hin, dass alleine die Schließung

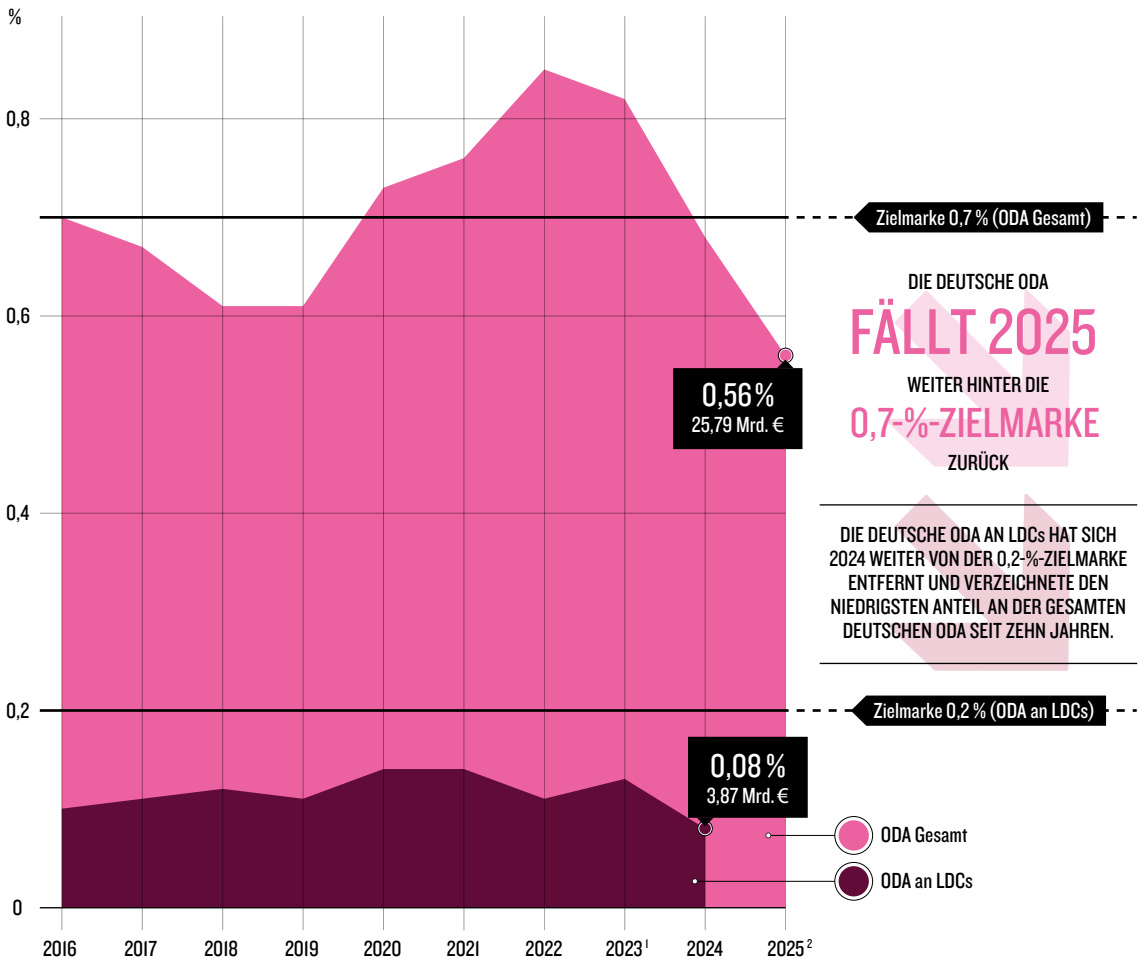
von USAID in vielen dieser Länder zu spürbaren wirtschaftlichen Einschnitten geführt hat (z. B. Liberia: 2,59 % des BNE; Somalia: 1,03 %; Malawi: 0,94 %).⁷⁴

Auch die deutsche Entwicklungsfinanzierung für LDCs ist deutlich rückläufig. Wie die Grafik auf Seite 39 zeigt, sanken die Mittel von 5,9 Milliarden Euro im Jahr 2023 auf 3,9 Milliarden Euro im Jahr 2024 (Zahlen für 2025 liegen noch nicht vor). Damit gingen die deutschen ODA-Zahlungen an diese Länder innerhalb eines Jahres um ein Drittel zurück und somit viel stärker als die ODA-Leistungen aller OECD-DAC-Länder. Dies zeigt, dass sich Deutschland immer weiter von dem Ziel entfernt, 0,2 Prozent des BNE für die ODA an LDCs aufzuwenden – noch weiter als vom 0,7-Prozent-Ziel. Um den im BMZ-Reformplan verankerten Fokus auf die LDCs glaubwürdig umzusetzen, muss diese Tendenz dringend umgekehrt werden.

Dabei steht der aktuelle Fokus der deutschen Entwicklungspolitik auf LDCs möglicherweise in einem Spannungsverhältnis zu dem – bereits lange bestehenden – Wunsch, den Privatsektor stärker für das Erreichen globaler Entwicklungsziele einzubinden.⁷⁵ Instrumente wie Garantien, Beteiligungskapital und verschiedene Formen der Mischfinanzierung sollen zusätzliche private Mittel für entsprechende Vorhaben mobilisieren. Allerdings ist der Erfolg bisher begrenzt. Laut OECD kamen zwischen 2020 und 2023 nur zwölf Prozent der mit diesen Instrumenten eingeworbenen privaten Finanzierung den LDCs zugute.⁷⁶ Zudem konzentrieren sich private Investitionen in diesen Ländern generell stark im Energie- und Rohstoffsektor; in anderen Sektoren, die laut der UN- Handels- und Entwicklungsorganisation (UNCTAD)

DEUTSCHE ODA-QUOTE 2016–2025

Deutsche ODA als Anteil am Bruttonationaleinkommen, gesondert an die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs). Quelle: OECD (DAC1, DAC2a).



¹ Die kalkulatorische multilaterale ODA Deutschlands an Bangladesch, Ruanda und Senegal für 2023 wurde angepasst. Aufgrund von Deutschlands hohem Kernbeitrag an den IMF Resilience and Sustainability Trust (RST) ordnete die OECD-Standardmethode zur Berechnung kalkulatorischer ODA diesen drei LDCs rund 3,5 Milliarden Euro mehr zu, als der RST tatsächlich an sie auszahlte. Die angepassten Werte basieren auf den tatsächlichen Auszahlungsbeträgen.

² Für das Jahr 2025 liegen in den vorläufigen ODA-Daten noch keine Angaben zur deutschen ODA an die LDCs vor.

eine Schlüsselrolle für das Erreichen nachhaltiger Entwicklungsziele spielen, investiert der Privatsektor hingegen vergleichsweise wenig. Dies trifft insbesondere für die Landwirtschaft und auch für die Wasser- und Sanitärversorgung zu, wo die ausländischen Direktinvestitionen in den vergangenen Jahren sogar rückläufig sind.⁷⁷ Investitionen in diese Sektoren sind aber mit Blick auf den

Aufbau resilienter Ernährungssysteme von großer Bedeutung.

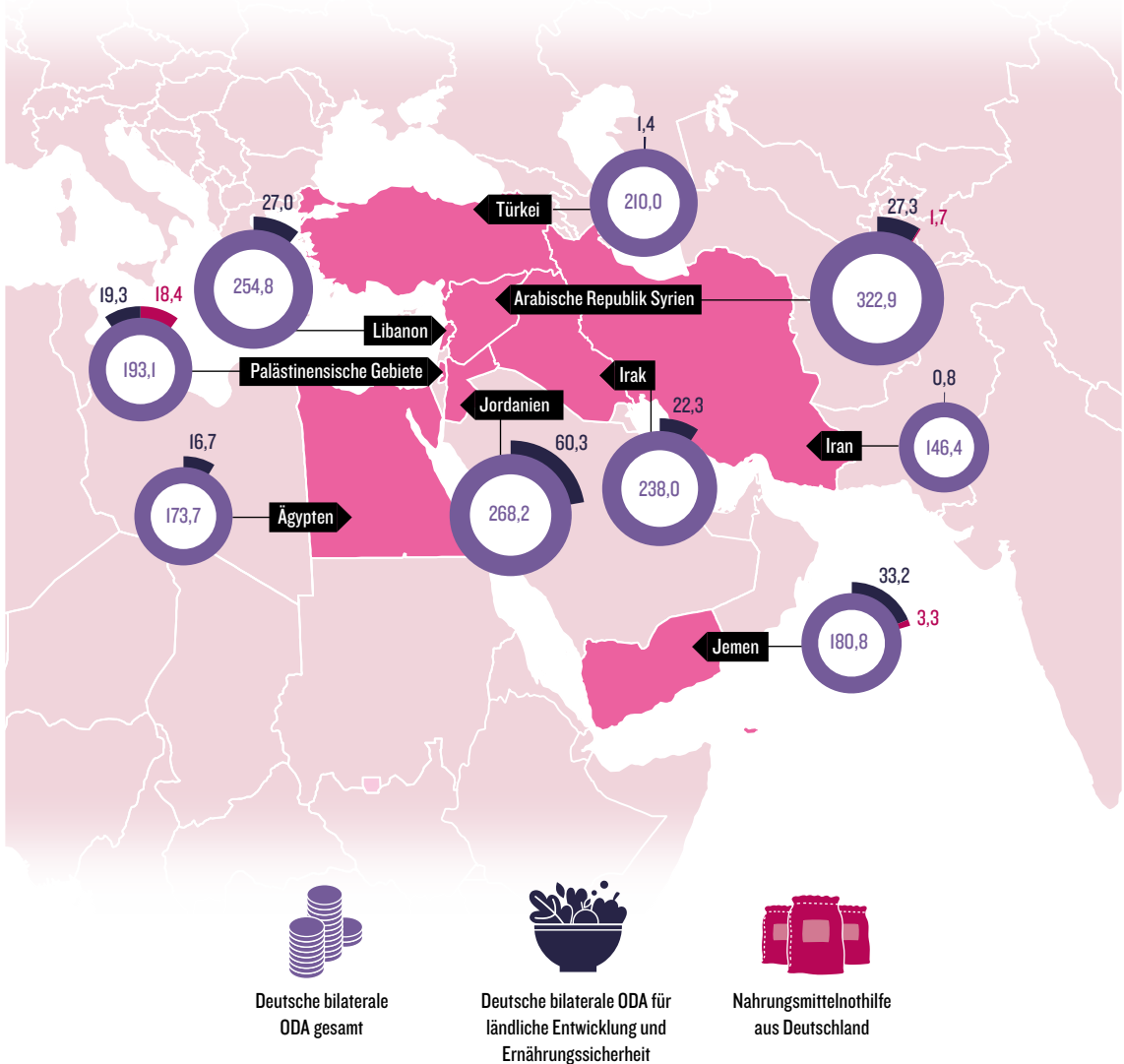
Investitionen in Ernährungssysteme – unabdingbar für Frieden und Stabilität

Externe Finanzierung für Ernährungssysteme wird allerdings nicht nur in den LDCs benötigt. Auch in Ländern wie Libanon, Jordanien oder Syrien – die keinen LDC-Status be-

sitzen – sind große Teile der Bevölkerung von Ernährungsunsicherheit betroffen. Wie auf Seite 13 beschrieben, wird Ernährungssicherung laut dem BMZ-Reformplan als Ziel künftig schwerpunktmäßig in afrikanischen Partnerländern verfolgt. Es ist unklar, welchen Stellenwert dieses Thema in stark von Hunger und Mangelernährung betroffenen Ländern außerhalb Afrikas einnehmen wird.

DEUTSCHE BILATERALE ODA FÜR LÄNDLICHE ENTWICKLUNG UND ERNÄHRUNGSSICHERUNG IM NAHEN OSTEN

Daten für das Jahr 2024; in Millionen Euro, in Preisen von 2025, nach Auszahlungen; Quelle: OECD (CRS).



DIE DEUTSCHE ODA FÜR LÄNDLICHE ENTWICKLUNG UND ERNÄHRUNGSSICHERUNG MACHT IN VIELEN LÄNDERN DER REGION EINEN WICHTIGEN ANTEIL DER GESAMTEN DEUTSCHEN ODA AUS.

Dabei sind Investitionen in die Ernährungssysteme auch in allen Regionen von großer Bedeutung, in denen das BMZ mit seiner Reform den Fokus auf die Sicherung von Frieden und Stabilität legt, beispielsweise im Nahen Osten. Ernährungsunsicherheit kann gesellschaftliche Spannungen

und Unzufriedenheit gegenüber der Regierung verstärken. Dies gilt insbesondere dort, wo gesellschaftliche Ungleichheiten bestehen und bestimmte Bevölkerungsgruppen – etwa aufgrund ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit – besonders von Ernährungsunsicherheit betroffen

sind.⁷⁸ Fehlende Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten können hier zudem die Anreize erhöhen, negative Bewältigungsstrategien zu ergreifen und sich beispielsweise bewaffneten Gruppen anzuschließen. Nachhaltige, inklusive und gerechte Ernährungssysteme, verbunden mit

Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten, können dem entgegenwirken und damit einen wichtigen Beitrag zur Friedensförderung leisten. Deshalb spielen gerade beim Wiederaufbau in Krisenregionen die Investitionen in Landwirtschaft und ländliche Entwicklung eine große Rolle. Die Grafik auf Seite 41 zeigt, dass die Finanzierung für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und nicht-humanitäre Maßnahmen zur Ernährungssicherung im Nahen Osten einen wichtigen Anteil der deutschen ODA ausmacht. Dieser Anteil darf nicht gesenkt werden.

Wirkungsorientierung als Maßstab

Eine kürzlich im Magazin „The Lancet“ veröffentlichte wissenschaftliche Studie hat die potenziellen Auswirkungen von Kürzungen bei Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe untersucht.⁷⁹ Dabei hat eine Auswertung von Daten für den Zeitraum 2002 bis 2021 gezeigt, dass die Sterblichkeit von Kindern von unter fünf Jahren bei höheren ODA-Zahlungen um 39 Prozent sank; bei Todesfällen durch Mangelernährung betrug der Rückgang sogar rund 56 Prozent. Die Effekte zeigten sich insbesondere in den einkommensschwachen Ländern. Die Autor*innen der Studie prognostizieren, dass die aktuellen ODA-Kürzungen und ein anhaltend rückläufiger Trend bis zu 22,6 Millionen zusätzliche Todesfälle bis zum Jahr 2030 verursachen könnten, darunter bis zu 5,4 Millionen Kinder unter fünf Jahren. Dies zeigt, dass der Einsatz von ODA-Mitteln in den Kernbereichen menschlicher Entwicklung, etwa Ernährung oder Gesundheit, messbare Wirkungen hat.

Allerdings werden die ODA-Mittel für immer mehr Ziele eingesetzt, was nicht ohne Einbußen bei der Wirksamkeit möglich ist. Ein Beispiel sind die Mittel für die Finanzierung

globaler öffentlicher Güter (etwa für die internationale Klimafinanzierung), die eigentlich zusätzlich zu den eigentlichen ODA-Zahlungen aufgebracht werden müssten.⁸⁰ Aktuell werden entsprechende Ausgaben aus immer knapper werdenden ODA-Budgets gedeckt. Dabei steht außer Frage, dass eine ambitionierte Klimafinanzierung für die nachhaltige und langfristige Überwindung von Hunger und Armut unabdingbar ist; allerdings trägt nicht jede Klimaschutzmaßnahme unmittelbar zu diesen Zielen bei. Und wenn sich die Entwicklungspolitik nun wie geplant stärker auf Sicherheitsfragen und Wirtschaftsförderung konzentriert und die Mittel entsprechend verlagert werden, besteht die Gefahr, dass die Wirksamkeit der ODA weiter geschwächt wird.

Entwicklungszusammenarbeit ist ein Politikfeld, das wesentlich mehr evaluiert und auf Wirkung geprüft wurde als zahlreiche andere Politikfelder. Viel ist darüber bekannt, wie bestimmte Entwicklungsziele erreicht werden können. Dass die EZ bisher oft nicht die Wirkung entfaltet hat, die erwartet wurde, hängt auch mit mangelndem politischen Willen zusammen; ein wesentlicher Grund ist aber, dass die verfügbaren Mittel und die erwarteten Ziele nie in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander standen. Ein Beispiel: Wissenschaftliche Studien aus dem Jahr 2020 haben gezeigt, dass, um die Verpflichtung der G7-Staaten aus dem Jahr 2015 zu erfüllen, bis 2030 500 Millionen Menschen aus Hunger und Mangelernährung zu befreien, die Regierungen der G7 bis 2030 zusätzlich Entwicklungs-Investitionen für Ernährung und Landwirtschaft in Höhe von 12 Milliarden US-Dollar jährlich leisten müssten; 2024 wurde die Berechnung auf 27 Milliarden US-Dollar jährlich angepasst. Die aktuelle Studie macht damit den „Preis der Untätigkeit“ deutlich.⁸¹

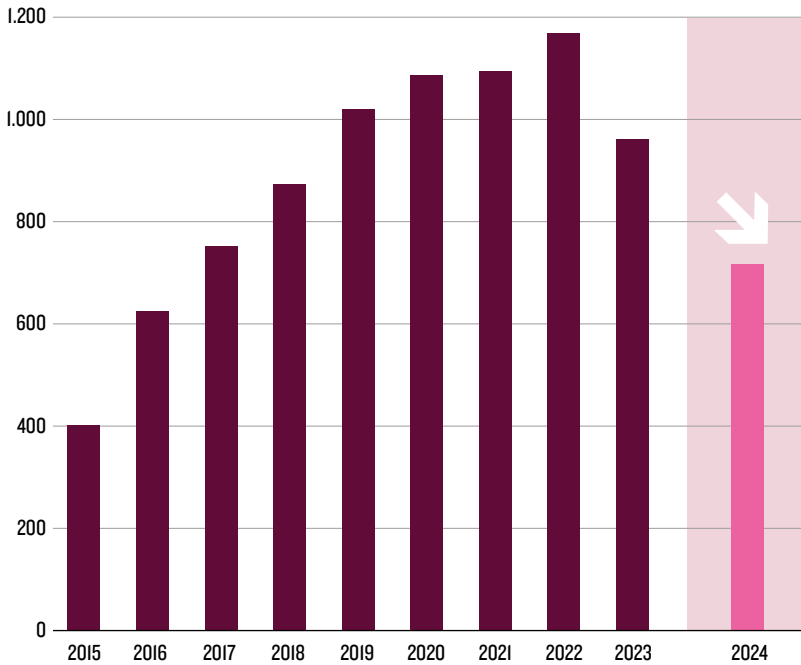
Welche Komponenten der Entwicklungsfinanzierung für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung besonders relevant sind, zeigt die Grafik auf Seite 42 anhand der Entwicklung der bilateralen deutschen ODA-Zahlungen an Länder in Afrika südlich der Sahara. Wie daraus hervorgeht, sind die Mittel für diesen Bereich in den Jahren 2023 und 2024 stark gesunken; sie lagen zuletzt bei 717 Millionen Euro. Deutlich wird in der Grafik auch, dass rund ein Sechstel der entsprechenden deutschen ODA-Leistungen auf Nothilfe entfiel; ein substanzieller Anteil der Mittel muss also für kurzfristige Schadensbegrenzung ausgegeben werden.

Angesichts der schrumpfenden finanziellen Ressourcen und der Kritik an der Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit legt die neue Strategie des BMZ nahe, Mittel auf Maßnahmen zu konzentrieren, deren Wirkung erwiesen ist. Gleichzeitig besteht der Druck, in der Außenkommunikation möglichst konkrete positive Wirkungen auf das Leben der Menschen in den Partnerländern herauszustellen. Wenn es etwa um Schulspeisungen, Impfprogramme oder Maßnahmen der beruflichen Bildung geht, sind die Wirkung und der Mehrwert für den Einzelnen offensichtlich. Solche Maßnahmen tragen sich jedoch meist nicht von selbst. Deswegen ist auch eine Finanzierungsbasis für langfristige und systemische Veränderungen nötig. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass integrierte Ansätze zu mehr nachhaltiger Wirkung führen. So belegt der jüngste Wirkungsbericht der Welthungerhilfe zum Beispiel, dass berufliche Bildung in Verbindung mit der Förderung von Unternehmertum, Finanzdienstleistungen und Geschlechtergleichstellung zu mehr Resilienz, Inklusion und steigenden Einkommen führt.⁸²

DEUTSCHE BILATERALE ODA FÜR LÄNDLICHE ENTWICKLUNG UND ERNÄHRUNGSSICHERUNG IN SUBSAHARA-AFRIKA

In Millionen Euro, in Preisen von 2025, nach Auszahlungen; Quelle: OECD (CRS).

Mio. Euro



2024

MACHTE DIE DEUTSCHE ODA FÜR
LÄNDLICHE ENTWICKLUNG UND
ERNÄHRUNGSSICHERUNG

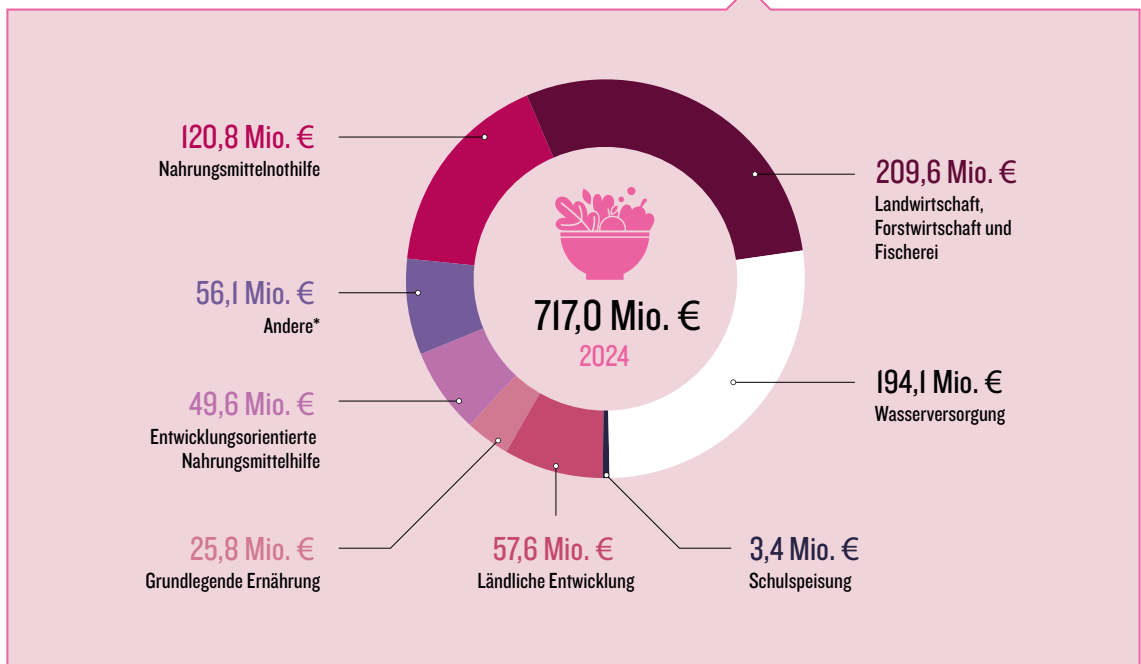
20,2 %

DER GESAMTEN ODA FÜR
SUBSAHARA-AFRIKA AUS.

3,4 %



DER ODA ENTFIELEN
AUF NAHRUNGSMITTELHILFE



* Die Kategorie „Andere“ erfasst Agro-Industrien, Politiken und Verwaltungsführung zur Ernährungssicherung, Programme zur Ernährungssicherung auf Haushaltsebene, Lebensmittelsicherheit und -qualität sowie die Räumung von Landminen und explosiven Kampfmittelrückständen.

Insbesondere bei EZ-Maßnahmen zu Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene (WASH) beobachten wir, dass die Nachhaltigkeit der Ergebnisse stark mit den institutionellen Rahmenbedingungen zusammenhängt. Meist ist also ein Portfolio von Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen notwendig, um nachhaltige Wirkungen zu entfalten. Daher ist es wichtig, auch weiterhin in Programme zu investieren, die auf systemische Veränderungen abzielen. Ein Instrument, das explizit auf die Finanzierung transformativer Vorhaben ausgelegt ist, ist die Sonderinitiative „Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme“ (siehe Seite 13). Die Mittel hierfür wurden jedoch in den letzten Jahren systematisch gekürzt – von 615 Millionen Euro im Jahr 2022 auf 295 Millionen Euro im Jahr 2026. Dieser negative Trend muss dringend umgekehrt werden.

Für Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit: zivilgesellschaftliche und lokale Organisationen stärker einbinden

2024 wurden nur sieben Prozent der deutschen ODA durch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) umgesetzt, was unter dem Durchschnitt von 13 Prozent für alle OECD-DAC-Länder liegt.⁸³ Davon entfiel fast die Hälfte auf die Umsetzung humanitärer Hilfe. Dies ist vermutlich auf die im Rahmen des „Grand Bargain“ eingegangene Verpflichtung des Auswärtigen Amts zurückzuführen, 25 Prozent der Finanzmittel über NGOs bereitzustellen.⁸⁴ Der Vorteil der internationalen NGOs ist in diesem Zusammenhang vor allem ihre Nähe zu lokalen Partnern – sie setzen wenig Intermediäre ein, wodurch ein höherer Anteil der Mittel die Betroffenen direkt erreicht, was wiederum die Effizienz der Mittelumsetzung stark erhöht. Angesichts massiver Haushaltskürzungen gewinnt eine solche direktere Umset-

zung der Mittel an Bedeutung, auch wenn sie eine strukturelle Unterfinanzierung nicht ausgleichen kann. Darüber hinaus erreichen internationale Nichtregierungsorganisationen dank ihrer lokalen Netzwerke Menschen auch dort, wo staatliche oder multilaterale Akteure nur eingeschränkt handlungsfähig sind. Dies ist auch in der Entwicklungszusammenarbeit ihre Stärke, die insbesondere in fragilen Kontexten zum Tragen kommt.

Es wäre im Sinne der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit, zivilgesellschaftliche Organisationen in größerem Maßstab in die Umsetzung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit einzubinden. Die BMZ-Reform ist eine Gelegenheit, dafür neue Instrumente zu konzipieren, die systemische Wirkung entfalten können. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten nicht von vornherein über entsprechende Förderrichtlinien von der Vergabe ausgeschlossen beziehungsweise in der Umsetzung eingeschränkt werden. Viele internationale zivilgesellschaftliche Organisationen verfügen über die nötigen Kapazitäten und über die Expertise, wettbewerbsfähige Vorschläge für größere, transformativ wirkende Vorhaben vorzulegen und diese unter Einbindung der verschiedensten Akteure umzusetzen. Statt im Vorfeld festzulegen, welche Art von Organisation (multilateral/bilateral, internationale oder nationale NGO, Privatsektor etc.) den Zuschlag erhält, sollte die Vergabeentscheidung danach getroffen werden, welcher Vorschlag mit Blick auf Wirkungsorientierung, Wirtschaftlichkeit und das Erreichen von Programmzielen der erfolversprechendste ist.

Darüber hinaus ist die Stärkung lokaler Organisationen essenziell, um die Länder in die Lage zu versetzen, schrittweise Unabhängigkeit von der

ODA-Finanzierung zu erlangen. Die Ergebnisse aus dem neuesten Wirkungsbericht der Welthungerhilfe belegen eindeutig, dass lokale Ownership für den nachhaltigen Erfolg von Maßnahmen entscheidend ist. So zeigt ein Beispiel aus Burundi, dass sich dank eines funktionierenden lokalen Komitees und der starken Einbindung lokaler Behörden der Zugang zur Trinkwasserversorgung nach Projektende von 79 Prozent auf 95 Prozent erhöht hat.⁸⁵

Wo Menschen, Partnerorganisationen und lokale Systeme gestärkt werden, halten die positiven Veränderungen auch nach Abschluss der Finanzierung an, oft auch trotz externer Schocks. Und wenn es um den institutionellen Wandel und Governance-Reformen geht, ist die Beteiligung der lokalen Zivilgesellschaft unentbehrlich. Diese zivilgesellschaftlichen Organisationen sind nicht nur ein Element der sozialen Sicherheitsnetze bzw. schließen die Versorgungslücken, wo die öffentlichen Systeme nicht greifen; sie sind auch entscheidend, um die Bedarfe der Bevölkerung zu artikulieren und die Verantwortungsträger zur Rechenschaft zu ziehen. So hat eine Partnerorganisation der Welthungerhilfe in Malawi beispielsweise die Mitglieder benachteiligter Gemeinden dabei unterstützt, Beschwerden über Unregelmäßigkeiten im staatlichen Agrarförderprogramm einzureichen. Daraufhin haben die Distriktbehörden einen formellen Beschwerdemechanismus eingerichtet.⁸⁶ Und nicht zuletzt bleiben die lokalen Organisationen vor Ort, wenn sich internationale Akteure (wieder) zurückziehen. Immer noch fehlt es dem BMZ aber an Instrumenten für die direkte Unterstützung der lokalen Organisationen. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit von lokalen Organisationen und deutschen NGOs ist vor diesem Hintergrund eine wichtige Brücke.

ENDNOTEN

- 1 Bertelsmann Stiftung (26.03.2026): Immer mehr Autokratien auf der Welt – aber auch mehr demokratischer Widerstand.
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2026/immer-mehr-autokratien-auf-der-welt-aber-auch-mehr-demokratischer-widerstand> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 2 Schneider, Sebastian H. et al. (2024): Öffentliche Unterstützung und Kritik im Kontext multipler Krisen und neuer Leitbilder. Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2024. Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit.
<https://www.deval.org/de/publikationen/oeffentliche-unterstuetzung-und-kritik-im-kontext-multipler-krisen>.
- 3 Pollytix (2026): Zufriedenheit mit der Bundesregierung und Sichtweisen auf Entwicklungszusammenarbeit. April 2026.
<https://pollytix.de/study/studie-sicht-der-bevoelkerung-auf-entwicklungszusammenarbeit>.
- 4 Ritchie, Hannah (10.03.2026): The world has made huge progress in reducing extreme poverty; could this be coming to an end? In: Our World in Data.
https://ourworldindata.org/data-insights/the-world-has-made-huge-progress-in-reducing-extreme-poverty-could-this-be-coming-to-an-end?utm_source=substack&utm_medium=email (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 5 FAO (13.04.2026): Protracted Strait of Hormuz crisis could turn into global agrifood catastrophe.
<https://www.fao.org/newsroom/detail/fao--protracted-strait-of-hormuz-crisis-could-turn-into-global-agrifood-catastrophe/en> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 6 Algieri, Bernarda et al. (2026): Food Security Implications of Armed Conflict in the Middle East and the Strait of Hormuz Blockage. ZEF Policy Brief Nr. 68.
https://www.zef.de/media-assets/publications/zef_policy_briefs/zef-pb-68_en.pdf.
- 7 Council on Foreign Relations (2026): How Conflict in Iran is Breaking Global Humanitarian Aid Efforts.
https://www.cfr.org/articles/the-iran-war-is-breaking-global-humanitarian-aid-efforts?utm_medium=social_owned&utm_source=fb (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 8 BMZ (2026): Zukunft zusammen global gestalten.
<https://www.bmz.de/resource/blob/282486/reformplan-zukunft-zusammen-global-gestalten.pdf>.
- 9 BMZ (2026): Zukunft zusammen global gestalten.
<https://www.bmz.de/resource/blob/282486/reformplan-zukunft-zusammen-global-gestalten.pdf>.
- 10 African Development Bank Group (2026): Africa's Macroeconomic Performance and Outlook. January 2026. https://www.afdb.org/sites/default/files/documents/publications/meo26_complete_english_0202_0.pdf.
- 11 United Nations (1982): Report of the United Nations Conference on the Least Developed Countries.
<https://docs.un.org/en/A/CONF.104/22/Rev.1> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 12 UNDP (2025). 2025 Global Multidimensional Poverty Index (MPI): Overlapping Hardships: Poverty and Climate Hazards.
<https://hdr.undp.org/content/2025-global-multidimensional-poverty-index-mpi#/indicies/MPI> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 13 Oxfam International & Care (2025): Climate Finance Shadow Report. Analysing Progress on Climate Finance under the Paris Agreement.
<https://www.oxfam.de/system/files/documents/2025-10/climate-finance-shadow-report-2025.pdf>.
- 14 BMZ: Ministerium. Grundsätze und Ziele.
<https://www.bmz.de/de/ministerium/grundsätze-ziele> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 15 BMZ (2026): Starke Partnerschaften für eine erfolgreiche Wirtschaft weltweit.
<https://www.bmz.de/resource/blob/269838/aktionsplan-wirtschaft-entwicklung-20251002-ansicht.pdf>.
- 16 BMZ (2026): Zukunft zusammen global gestalten.
<https://www.bmz.de/resource/blob/282486/reformplan-zukunft-zusammen-global-gestalten.pdf>.
- 17 Deutsche Welthungerhilfe (11.12.2024): How the African Union is Shaping a New Agricultural Agenda for the Continent.
<https://www.welthungerhilfe.org/news/latest-articles/interview-post-malabo-process> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 18 OPHI & UNDP (2025): Global Multidimensional Poverty Index 2025. Overlapping Hardships: Poverty and Climate Hazards.
<https://hdr.undp.org/system/files/documents/global-report-document/mpireport2025en.pdf>.
- 19 Amnesty International (2024): Desinformation und Propaganda.
<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/afrika-medien-einfluss-china-russland-desinformation-und-propaganda>
- 20 BMZ (2023): Menschenrechtskonzept der deutschen Entwicklungspolitik. Leistungsprofil für das Qualitätsmerkmal „Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und Inklusion“. <https://www.bmz.de/resource/blob/194624/menschenrechtskonzept-der-deutschen-entwicklungspolitik.pdf>.
- 21 BMZ (2026): Zukunft zusammen global gestalten.
<https://www.bmz.de/resource/blob/282486/reformplan-zukunft-zusammen-global-gestalten.pdf>.
- 22 Zu den 14 Mitgliedsorganisationen von AgriBridge zählen: Africa Network of Agricultural Policy Research Institutes (ANAPRI); African Agribusiness Incubators Network (AAIN); African Centre for Technology Studies (ACTS); African Fertilizer and Agribusiness Partnership (AFAP); Association For Strengthening Agricultural Research in East and Central Africa (ASARECA); CAADP Non-State Actors Group (CNG); Development Sovereignty Group (DSG); Eastern African Grain Council (EAGC); Farm Radio International – Just Communication; International Centre of Insect Physiology and Ecology (icipe); Réseau Billital Maroobé (RBM); Resilient 40; TradeMark Africa (TMA); West and Central African Council for Agricultural Research and Development (CORAF).
- 23 BMZ (2025): Starke Partnerschaften für eine erfolgreiche Wirtschaft weltweit.
<https://www.bmz.de/resource/blob/269838/aktionsplan-wirtschaft-entwicklung-20251002-ansicht.pdf>.
- 24 BMLEH (2025): Moderne Agrarexporte „Made in Germany“. Unsere Exportförderung für die Agrar- und Ernährungswirtschaft zukunftssicher aufstellen.
https://www.bmleh.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Agrarexportstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=7 (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 25 Hartmann, Christoph et al. (2017): Evaluierung des develoPPP.de-Programms. Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval). https://www.deval.org/fileadmin/Redaktion/PDF/05-Publikationen/Berichte/2017_Evaluierung_des_develoPPP.de/DEval_develoPPP_Bericht_2017_DE.pdf.

- 26 Beteiligt sind u. a.: Agentur für Wirtschaft & Entwicklung, Helpdesk Wirtschaft & Menschenrechte, DevelopPPP, Import Promotion Desk, Impact Connect (früher Africa Connect), neu: KI Förderlotse Wachstumsmärkte und Trade Connect.
- 27 BMZ (2025): Partners in Transformation. Mit der Wirtschaft Wandel entfalten. Jahresbericht 2024.
<https://www.bmz.de/resource/blob/282440/2025-jahresbericht-partners-in-transformation-de.pdf>.
- 28 zu Eulenburg, A. et al. (2024): Unterschiedliche Perspektiven – gemeinsamer Erfolg? Entwicklungszusammenarbeit mit der Privatwirtschaft, Themenschwerpunktbericht. Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval).
https://www.deval.org/fileadmin/Redaktion/PDF/05-Publikationen/Berichte/2024_TSP_ZmPW/DEval_TSP_DifferentPerspectives_Web.pdf.
- 29 Habbel, Valerie et al. (2021): Evaluierungssynthese Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft. Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval).
https://www.deval.org/fileadmin/Redaktion/PDF/05-Publikationen/Berichte/2021_Synthese_ZmPW/DEval_2021_Zusammenarbeit_mit_der_Privatwirtschaft_Synthese_web.pdf.
- 30 OECD & UNCDF (2020): Blended Finance in the Least Developed Countries 2020: Supporting a Resilient COVID-19 Recovery, OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/57620d04-en>.
- 31 Tagesspiegel (25.09.2025): Zweite große Kanzlerreise. Große Erwartungen an Merz in Brüssel.
<https://www.tagesspiegel.de/politik/merz-auf-tour-zweite-kanzlerreise-grosse-erwartungen-an-merz-in-brussel-13662715.html> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 32 BMZ (2017): Stellungnahme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zum DEval-Bericht: „Evaluierung des developPPP-Programms“. <https://www.bmz.de/resource/blob/19576/bmz-stellungnahme-evaluierung-des-developpppde-programms.pdf>.
- 33 BMZ (Pressemitteilung, 02.12.2025): Wirtschaftstag in Ghana: Entwicklungsministerium startet neues Dialogformat mit der Wirtschaft.
<https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/wirtschaftstag-in-ghana-281240> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- BMZ (2025): Die Zusammenarbeit des Bundesentwicklungsministeriums mit der Zivilgesellschaft. Solidarisch internationale Verantwortung übernehmen!
<https://www.bmz.de/resource/blob/209008/zusammenarbeit-mit-der-zivilgesellschaft.pdf>.
- 34 Banga, Ajay (18. Februar 2026): How to create jobs for the world's 1.2 billion new workers. World Bank Blogs.
<https://blogs.worldbank.org/en/voices/how-to-create-jobs-for-the-world-s-1-2-billion-new-workers> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 35 ILO (2026): Employment and Social Trends, 2026. World of Work Series.
https://primarynewssource.org/wp-content/uploads/9789220430569_WOW-Trends_2026.pdf.
- 36 ILO (2026): Employment and Social Trends, 2026. World of Work Series.
https://primarynewssource.org/wp-content/uploads/9789220430569_WOW-Trends_2026.pdf.
- 37 Baskakov, Antonia und Coutlakis, Zoe (2026): Fit for the Future: Centering Children and Youth in Germany's Development Cooperation Reforms (unveröffentlichtes Manuskript).
- 38 Mastercard Foundation (10.02.2026): Africa Youth Employment Outlook.
<https://mastercardfdn.org/en/our-research/africa-youth-employment-outlook-2026>.
- 39 Mastercard Foundation (10.02.2026): Africa Youth Employment Outlook.
<https://mastercardfdn.org/en/our-research/africa-youth-employment-outlook-2026>.
- 40 ILO (2026): Employment and Social Trends, 2026. World of Work Series.
https://primarynewssource.org/wp-content/uploads/9789220430569_WOW-Trends_2026.pdf.
- 41 Afrobarometer (2024): African youth are committed to democracy but express greater dissatisfaction than their elders, Afrobarometer inaugural flagship report reveals.
<https://www.afrobarometer.org/wp-content/uploads/2024/08/News-release-Youth-views-on-democracy-Afrobarometer-bh-12aug24.pdf>. Afrobarometer (2025): From aspiration to action: Barriers to youth empowerment in Africa.
<https://www.afrobarometer.org/wp-content/uploads/2025/12/PP98-PAP3-Barriers-to-youth-empowerment-in-Africa-Afrobarometer-2-16dec25.pdf>.
- 42 Afrobarometer (2024): African youth are committed to democracy but express greater dissatisfaction than their elders, Afrobarometer inaugural flagship report reveals.
<https://www.afrobarometer.org/wp-content/uploads/2024/08/News-release-Youth-views-on-democracy-Afrobarometer-bh-12aug24.pdf>. Afrobarometer (2025): From aspiration to action: Barriers to youth empowerment in Africa.
<https://www.afrobarometer.org/wp-content/uploads/2025/12/PP98-PAP3-Barriers-to-youth-empowerment-in-Africa-Afrobarometer-2-16dec25.pdf>.
- 43 Uppsala Universitet (11.06.2025): UDCP: Sharp increase in conflicts and wars.
<https://www.uu.se/en/news/2025/2025-06-11-udcp-sharp-increase-in-conflicts-and-wars> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 44 ACLED (2024): Conflict Index Results: July 2024.
<https://acleddata.com/report/conflict-index-results-july-2024> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 45 Østry, Gudrun & Siri Aas Rustad (2025): Children affected by armed conflict, 1990–2024. PRIO.
<https://acleddata.com/report/conflict-index-results-july-2024> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 46 Unicef (26.06.2025): „Kinder vor dem Grauen der Kriege schützen“. Schwere Kinderrechtsverletzungen erreichen 2024 neuen Höchststand / Einsatz von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten und sexualisierte Gewalt nehmen zu.
<https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/-/kinder-vor-dem-grauen-der-krieges-schuetzen-/377242> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 47 FAO (2025): The State of Food Security and Nutrition in the World 2025.
<https://doi.org/10.4060/cd6008en>.
- 48 FAO (2026): Global Report on Food Crises. Joint analysis for better decisions. <https://doi.org/10.4060/cd9424en>.
- 49 OECD (09.04.2026): A historic decline in foreign aid: Preliminary 2025 ODA data.
<https://www.oecd.org/en/data/insights/data-explainers/2026/04/a-historic-decline-in-foreign-aid-preliminary-2025-oda-data.html> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 50 OECD (09.04.2026): A historic decline in foreign aid: Preliminary 2025 ODA data.
<https://www.oecd.org/en/data/insights/data-explainers/2026/04/a-historic-decline-in-foreign-aid-preliminary-2025-oda-data.html> (letzter Zugriff: 20.05.2026).

- 51 UN OCHA (2024): Global Humanitarian Overview 2025.
https://digitallibrary.un.org/record/4083203?utm_source=chatgpt.com&v=pdf.
- 52 Handelsblatt (25.22.2025): Wadephul strukturiert Auswärtiges Amt um.
<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/aussenpolitik-wadephul-strukturiert-auswaertiges-amt-um/100178161.html> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 53 Deutsche Welthungerhilfe & Terre des Hommes (2025): Kompass 2025. Zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik.
<https://www.welthungerhilfe.de/aktuelles/publikation/detail/bericht-kompass-2025>.
- 54 Auswärtiges Amt (2023): Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie.
<https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/Sicherheitsstrategie-DE.pdf>.
- 55 Münchner Sicherheitskonferenz (2026): Under Destruction. Munich Security Report 2026.
<https://securityconference.org/publikationen/munich-security-report/2026/> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 56 Start Network.
<https://startnetwork.org> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 57 United Nations (16.06.2025): Brutal cuts mean brutal choices warns UN relief chief, launching 'survival appeal'.
<https://news.un.org/en/story/2025/06/1164421> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 58 Integrated Food Security Phase Classification.
<https://www.ipcinfo.org> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 59 Ground Truth Solutions (24. März 2026): What crisis affected communities need from a humanitarian reset – A guide based on two years of conversations with people on the front lines of crisis.
https://static1.squarespace.com/static/62e895bdf6085938506cc492/t/680f4b661b072226ad407221/1745832814570/GTS_Global+Analysis+Report_March+2025_EN_V2.pdf.
- 60 Inter-Agency Research and Analysis Network (IARAN): Future of Aid 2040. Overview & Vision.
<https://iaran.org/future-of-aid/> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 61 Auswärtiges Amt (2024): Strategie des Auswärtigen Amts zur humanitären Hilfe im Ausland.
<https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2672932/fe4c5f5a3e45433d68287e91e67f582/2024-strategie-huhi-data.pdf>.
- 62 VENRO (2025): Bundeshaushalt 2026. Sparen am falschen Ende – Kürzungen haben Konsequenzen. Stellungnahme 2025.
https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Stellungnahmen/2025/VENRO_Stellungnahme_Bundeshaushaltentwurf_2026.pdf.
- 63 Deutscher Spendenrat (2025): Bilanz des Helfens 2024.
<https://www.spendenrat.de/wp-content/uploads/Downloads/Bilanz-des-Helfens/bilanz-des-helfens-2024-deutscher-spendenrat.pdf>.
- 64 Schneider, Sebastian H. et al. (2024): Öffentliche Unterstützung und Kritik im Kontext multipler Krisen und neuer Leitbilder. Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2024. Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval).
<https://www.deval.org/de/publikationen/oeffentliche-unterstuetzung-und-kritik-im-kontext-multipler-krisen>.
- 65 Inter-Agency Research and Analysis Network (IARAN). Future of Aid 2040. Overview & Vision.
<https://iaran.org/future-of-aid/> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 66 UN OCHA (2025): Global Humanitarian Overview 2026.
<https://humanitarianaction.info/document/global-humanitarian-overview-2026/article/glance-17> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 67 United Nations (30.06.2026): It's time to finance our future and 'change course', Guterres tells world leaders in Sevilla.
<https://news.un.org/en/story/2025/06/1165091> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 68 Akakpo, Patricia/Network for Women's Rights in Ghana (April 2025): Intervention at ECOSOC Forum on Financing for Development (FfD4).
<https://www.datocms-assets.com/120585/1745974111-patricia-akakpo.pdf>.
- 69 Europäische Kommission (27.03.2025): EU pledges €3.4 billion to combat global malnutrition.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/el/ip_25_867/IP_25_867_EN.pdf.
- 70 Mo Ibrahim Foundation (2025): Demystifying Africa's dependence on foreign aid. Research Brief.
<https://mo.ibrahim.foundation/sites/default/files/2025-10/africa-oda.pdf>.
- 71 AfriCOG, Okoa Uchumi Campaign & TISA (2025): Stealing the Future.
<https://africog.org/stealing-the-future/> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 72 UNCTAD (2025): 2025 World Investment Report. International Investment in the Digital Economy.
https://unctad.org/system/files/official-document/wir2025_en.pdf.
- 73 Deutsche Welthungerhilfe & Terre des Hommes (2025): Kompass 2025. Zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik.
<https://www.welthungerhilfe.de/aktuelles/publikation/detail/bericht-kompass-2025>.
- 74 Sandefuhr, Justin & Kenny Charles (26.03.2026): USAID Cuts: New Estimates at the Country Level. Center for Global Development.
<https://www.cgdev.org/blog/usa-id-cuts-new-estimates-country-level> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 75 United Nations Department of Economic and Social Affairs (2015): Countries reach historic agreement to generate financing for new sustainable development agenda.
<https://www.un.org/esa/ffd/ffd3/press-release/countries-reach-historic-agreement.html> (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 76 OECD (30.06.2025): Tracking private finance mobilisation. Latest trends and ways forward. Policy Brief.
https://www.oecd.org/en/publications/tracking-private-finance-mobilisation_8d414cdb-en/full-report/component-2.html?utm_source=chatgpt.com (letzter Zugriff: 20.05.2026).
- 77 UNCTAD (2025): 2025 World Investment Report. International Investment in the Digital Economy.
https://unctad.org/system/files/official-document/wir2025_en.pdf.
- 78 Delgado, Caroline et al.: Food Systems in Conflict and Peacebuilding settings. Pathways and Interconnections. SIPRI.
https://www.sipri.org/sites/default/files/2021-06/2106_food_systems.pdf.
- 79 Ferreira da Silva, Andrea et al. (2026): Impact of two decades of humanitarian and development assistance and the projected mortality consequences of current defunding to 2030: retrospective evaluation and forecasting analysis. The Lancet Global Health.
[https://www.thelancet.com/journals/langlo/article/PIIS2214-109X\(26\)00008-2/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/langlo/article/PIIS2214-109X(26)00008-2/fulltext) (letzter Zugriff: 20.05.2026).

80 Elgar, Kerri et al. (2023): Development cooperation and the provision of public goods. OECD Development Cooperation Working Paper 111.

https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2023/05/development-cooperation-and-the-provision-of-global-public-goods_e28bebd8/aff8cba9-en.pdf.

81 von Braun, Joachim et al. (2024): Cost of Ending Hunger – Consequences of Complacency and Financial Needs for SDG2 Achievement. ZEF – Discussion Paper on Development Policy No. 347.

[zef-dp_347.pdf](https://www.zef-dp_347.pdf)

82 Deutsche Welthungerhilfe (2026): Impact Report.

<https://www.welthungerhilfe.org/news/publications/detail/impact-report>.

83 OECD (9. April 2026): Official development assistance to civil society organisations. Dashboard.

<https://www.oecd.org/en/data/dashboards/official-development-assistance-to-civil-society-organisations.html> (letzter Zugriff: 20.05.2026).

84 Auswärtiges Amt (2024): Strategie des Auswärtigen Amts zur humanitären Hilfe im Ausland.

<https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2672932/fe4c5f5a3e4543d68287e91e67f582/2024-strategie-huhi-data.pdf>.

85 Deutsche Welthungerhilfe (2026): Impact Report.

<https://www.welthungerhilfe.org/news/publications/detail/impact-report>.

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
AfCFTA	African Continental Free Trade Area
BMFTR	Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
BMLEH	Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BMWE	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BNE	Bruttonationaleinkommen
CAADP	Comprehensive Africa Agriculture Development Programme
CBPF	Country-Based Pooled Fund
CFS	Committee on World Food Security
DAC	Development Assistance Committee
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FfD	Financing for Development
HDP-Nexus	Humanitarian-Development-Peace-Nexus
HSC	Hamburg Sustainability Conference
IASC	Inter-Agency Standing Committee
IPC	Integrated Food Security Phase Classification
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen

KWI	Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur
LDC	Least Developed Country
LkSG	Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz
NEET	Not in Education, Employment or Training
MIC	Middle Income Country
OCHA	United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PPP	Public Private Partnership
SDG	Sustainable Development Goal
SI AGER	Sonderinitiative Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme
UN	United Nations
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
WAHAFA	Welthungerhilfe Anticipatory Humanitarian Action Facility
WASH	Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene
WFP	World Food Programme
WHI	Welthunger-Index

KONTAKT

Deutsche Welthungerhilfe e. V.

FRIEDRICH-EBERT-STRASSE 1
53173 BONN

TELEFON: 0228 / 22 88 – 0

FAX: 0228 / 22 88 – 333

BÜRO BERLIN:

REINHARDTSTRASSE 18

10117 BERLIN

TELEFON: 030 / 28 87 49 – 11

E-MAIL: POLICY@WELTHUNGERHILFE.DE

INTERNET: WWW.WELTHUNGERHILFE.DE

Terre des Hommes Deutschland e. V.

RUPPENKAMPSTRASSE 11 A
49084 OSNABRÜCK

TELEFON: 0541 / 71 01 – 0

FAX: 0541 / 70 72 33

BÜRO BERLIN:

SOPHIENSTR. 1

10178 BERLIN

TELEFON: 030 / 16 63 85 37 6

E-MAIL: INFO@TDH.DE

INTERNET: WWW.TDH.DE